

# offen-siv

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**4-2023**

---

**Spendenempfehlung: 4,00 €**

## **Ausgabe März-April 2023**

Redaktionsnotiz.....	3
Krieg und Politik.....	4
<i>Heinz Ahlreip: Krieg und Politik</i> .....	4
<i>Gerhard Oberkofler: Weshalb liefert die Deutsche Bundesrepublik     Panzer für den Krieg gegen Russland?</i> .....	9
<i>Marie Illner, Clemens Sarholz: Wer bezahlt die deutschen     Waffenlieferungen in die Ukraine?</i> .....	11

<i>Heinz Ahlreip</i> : Der hohe Schwierigkeitsgrad der proletarischen Revolution.....	14
Zum 70. Todestag J. W. Stalins.....	18
<i>Heinz Ahlreip</i> : Zum 70. Todestag Stalins am 5. März 2023.....	18
<i>Redaktion offen-siv</i> : Dokumentation des Beitrags von Inge Humburg zur China-Debatte der DKP, veröffentlicht in der UZ vom 27. Januar 2023.....	26
<i>Heinz Ahlreip</i> : Aufstieg und Fall der Sowjetunion.....	28
Imperialismus und die Frage nach dem Charakter nationaler Bourgeoisien.....	33
<i>Hector Maravillo (Kommunistische Partei Mexikos – PCM)</i> : Die koloniale Frage und die nationale Bourgeoisie bei Lenin und der Kommunistischen Internationale.....	33
<i>Kommunistische Organisation</i> : Ein Jahr russische Invasion in der Ukraine – ein Jahr Leid und Tod für die Arbeiterklasse.....	68
Negation der Negation.....	81
<i>Heinz Ahlreip</i> : Negation der Negation -- Der Kampf ist absolut.....	81
Ein Beispiel für die heutigen weltweiten Spaltung der kommunistischen Bewegung.....	88
<i>XXII Internationales Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Havanna, 28./29. 10. 2022 - Resolution Nr. 1</i> .....	88
<i>XXII Internationales Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Havanna, 28./29. 10. 2022 - Resolution Nr. 2</i> .....	90
Aus der Leser/innen-Post.....	94
<i>Harald Günterowitsch</i> : Einige Gedanken.....	94
<i>Joachim Becker</i> : Strittige Auseinandersetzungen zu Russland und China.....	99
<i>Jens Röstel</i> : ... ist ja echt der Hammer.....	99
Jugendtreffen der KPD-Jugend.....	99

## Redaktionsnotiz

Die Zeiten werden nicht leichter, die Widersprüche potenzieren sich, der US/EU-Imperialismus erhöht den Druck, die Kriegsgefahr wächst.

Die weltweite Entwicklung bräuchte eine starke, kämpferische Arbeiterbewegung, die im besten Falle in der Lage wäre, der widerlichen Strategie der Spannung, die die USA und die NATO anwenden, machtvolle Klassenkämpfe entgegenzusetzen, die von klaren kommunistischen Parteien angeführt würden und die in der Lage wären, der Kriegsmaschinerie in den Arm fallen zu können. Stattdessen ist die kommunistische Bewegung, die sich nach dem furchtbaren Schlag der europäischen Konterrevolution in den vergangenen 30 Jahren nur sehr mühsam etwas konsolidiert hat, auf dem besten Weg in die nächste tiefe Spaltung.

Diese aktuellen Probleme sind natürlich Thema auch in diesem Heft, dies an verschiedenen Stellen, so beim Schwerpunkt „Krieg und Politik“ oder bei der Dokumentation der zwei Erklärungen vom internationalen Treffen von solid.net im Herbst letzten Jahres in Havanna. Und zum 70. Todestags Stalin erinnern wir selbstverständlich an diesen außergewöhnlichen Kommunisten.

Besonders ans Herz legen wollen wir Euch aber den Schwerpunkt „Der Imperialismus und die Frage nach dem Charakter nationaler Bourgeoisien.“ Dabei handelt es sich um zwei Arbeiten. Die eine ist im Zentralorgan der Kommunistischen Partei Mexikos bereits 2017 veröffentlicht und dankenswerter Weise jetzt von der KO übersetzt und im Internet veröffentlicht worden. Hier werden die historischen Bedingungen analysiert, die Diskussionen und Beschlüsse der Weltkongresse der Kommunistischen Internationale zu diesem Thema zusammenfassend dargestellt und am Beispiel Mexikos die dynamische Entwicklung nachgezeichnet. Die zweite stammt direkt von der KO (<https://kommunistische.org>) und ist eine aktuelle Stellungnahme zum Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine.

### **Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,**

**IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77**

**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

## Krieg und Politik

### **Heinz Ahlreip: Krieg und Politik**

Neben der Frage nach dem Wesen des Staates wird wohl keine andere Frage so verzerrt, so verfälscht wie die Frage nach dem Wesen der Politik.

Wir leben in einem angeblich politischen Zeitalter. Fast alle politisieren und fast alle sind in den elementaren Fragen der Politik Analphabeten. Der Politologe schwätzt drauf los und versagt bei der Erläuterung der Idee seiner Wissenschaft. Journalisten schreiben drauflos, ohne sich über die elementaren Konstellationen ihrer Fragestellung zu vergewissern. Die Herrschenden sagen: Politisiert, soviel ihr wollt, solange ihr nicht hinter das Wesen der Politik kommt.

Das Wesen der Politik für das 20. und 21. Jahrhundert hat Lenin im „Linken Radikalismus“ in sehr prägnanter Form dargelegt: die Massen sind in Klassen geteilt, *“....daß die Klassen gewöhnlich und in den meisten Fällen wenigstens in den modernen zivilisierten Ländern von politischen Parteien geführt werden, daß die politischen Parteien in der Regel von mehr oder minder stabilen Gruppen der autoritativsten, einflussreichsten, erfahrensten, auf die verantwortungsvollsten Posten gestellten Personen geleitet werden, die man Führer nennt.”*<sup>1</sup>

Und Politik beinhaltet gerade den Kampf dieser Parteien um die Macht im Staate. Viele Lösungen der Frage der Beendigung von Kriegen in der Geschichte sind deshalb verfehlt, weil man sich über das Wesen der Politik nicht klar geworden ist, weil man an diese Frage abstrakt herangeht, eben von der Politik - losgelöst von den konkret stattfindenden Klassenkämpfen. Man kann nicht die Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen treffen, wenn man vom Wesen der Politik Spießbürgervorstellungen hat.

So negiert der bürgerliche Pazifismus abstrakt jeden Krieg, es soll keine Gewalt in der Politik angewendet werden. Politik ist aber nach Lenins Bestimmung gerade sehr klassen- und gewaltbeladen. Wer also die Wörter

---

<sup>1</sup> Lenin: Der linke Radikalismus, Ausgewählte Werke, Progress Verlag, Moskau, 1971, S. 582

Frieden und Politik zusammenbringt, versteht von beiden nichts. Eine wissenschaftliche Lösung der Frage des Verhältnisses von Politik und Krieg bleibt dem bürgerlichen Pazifismus natürlich versagt- wie kann man sie von Leuten erwarten, die Probleme, fast möchte man sagen: psychologisch verdrängen.

Seine Kehrseite bildet der revisionistische Pazifismus. Er verdrängt die Notwendigkeit des revolutionären Krieges zum Sturz der bis an die Zähne bewaffneten Bourgeoisie - es soll keine Gewalt in der Revolution angewendet werden. Und so sind diese Jünger dann aufgetreten, als habe man gerade heute, gerade jetzt auf diese Erlöser der Menschheit gewartet. Ihr Pazifismus beim Marsch durch die Institutionen trieb narzisstische Blüten, ihr Versuch, den Ewigen Frieden in die Weltgeschichte einzubilden, ist Einbildung geblieben.

Beide Pazifismen bleiben unterhalb der objektiv wissenschaftlichen Lösungsebene, weil sie nicht den dialektischen Widerspruch beherrschen, *dass man nur durch den Krieg hindurch den Krieg überwinden kann*. Das ist eben der tiefere Sinn der Ausführungen Hegels in der Vorrede zur Phänomenologie des Geistes: *“...als ob die Ungleichheit weggeworfen wäre, wie die Schlacke vom reinen Metall, auch nicht einmal so, wie das Werkzeug vom fertigen Gefäße wegbleibt, sondern die Ungleichheit ist als das Negative, als das Selbst im Wahren als solchem selbst noch unmittelbar vorhanden.”*<sup>2</sup> Die Marxisten haben keine Scheu vor dem Negativen, ich darf wohl sagen, sie sind vielmehr die eifrigsten Anhänger des revolutionären Krieges. Sie haben keine Scheu im gegenwärtigen Krieg um die Ukraine mit den russischen Klassenkampfkräften zusammenzuarbeiten, diese zu unterstützen, um den imperialistischen Krieg von beiden Seiten in einen Bürgerkrieg gegen die eigene Regierung und in einen Befreiungskrieg gegen den US-Imperialismus zu verwandeln.

Eine Partei, die wie die MLPD die populistische Parole ausgibt: Stoppt den Wahnsinn der Kriegstreiberei!<sup>3</sup> kann nur als scheues Rehlein bezeichnet werden, als eine Karikatur auf den Marxismus, als objektiver Handlanger des

---

<sup>2</sup> G.W.F. Hegel: Phänomenologie des Geistes, Rheinisch Westfälische Akademie Ausgabe, Band 9, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 1990, S. 31

<sup>3</sup> Rote Fahne, Magazin der MLPD, Nr. 3, 3. Februar 2023,48

US-Imperialismus. Man darf kein Mitleid mit diesem Rehlein haben, denn es flößt dem deutschen Volk pazifistisches Gift ein.

Dieser Befreiungskrieg wird indessen mit der Intention geführt, die völlige Vernichtung der Bourgeoisie so schnell wie möglich herbeizuführen. Dieser Widerspruch ist jedem revolutionären Krieg immanent. Siegreiche Revolutionen schließen revolutionäre Kriege nicht mit einem Male völlig aus. Die siegreiche Revolution wird weitergehen und Befreiungskämpfe in anderen Regionen direkt mit Waffengewalt unterstützen. Warum spricht Lenin von einem internationalen Bund schrecklicher Nationen?<sup>4</sup> *“Die sozialen Pfaffen und Opportunisten sind gerne bereit, von dem zukünftigen friedlichen Sozialismus zu träumen...”*<sup>5</sup>, schrieb Lenin im Militärprogramm der proletarischen Revolution.

Man kann tief in das Wesen des Krieges, tief in das Wesen der Politik eingedrungen sein, und dennoch bei der Lösung der Frage versagen, wenn man es nicht versteht, den dialektischen Zusammenhang und das Wechselverhältnis zwischen Krieg und Politik aufzuzeigen. Darauf wies eben Engels hin, als er an Conrad Schmidt schrieb: *“Was den Herren allen fehlt, ist Dialektik. Sie sehen stets nur hier Ursache, dort Wirkung. Daß dies eine hohle Abstraktion ist, daß in der Welt solche metaphysischen polaren Gegensätze nur in Krisen existieren, daß der ganze große Verlauf aber in der Form der Wechselwirkung vor sich geht, daß hier nichts absolut und alles relativ ist, das sehen sie nun einmal nicht, für sie hat Hegel nicht existiert...”*<sup>6</sup> Die Unterscheidung zwischen metaphysischer und dialektischer Betrachtungsweise, die Engels hier gibt, ist aufschlussreich für die Beantwortung der Frage: “Wann wird der Krieg kein Mittel der Politik mehr sein?”

Der Hauptfehler, der hier begangen wird, liegt in der einseitigen negativen Verabsolutierung des Krieges und in der einseitigen positiven Verabsolutierung der Politik. Im dialektischen Prozess herrscht

---

<sup>4</sup> Lenin: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, in: Lenin über Krieg und Frieden, Drei Artikel, Peking 1975, S. 71

<sup>5</sup> Lenin, .a.a.O., S. 66f.

<sup>6</sup> Friedrich Engels, Brief an Conrad Schmidt vom 27.10.1890, in: Engels, Briefe über den historischen Materialismus (1890 – 1895), Dietz Verlag Berlin, 1979, S. 39

Wechselwirkung zwischen Krieg und Politik, Politik ist eine Vorform des Krieges und geht in den Krieg über, Krieg ist eine Vorform der Politik und geht in die Politik über, das Erste ist auch immer das Zweite.<sup>7</sup>

Die metaphysische Methode trennt aber den Krieg abstrakt aus dem politischen Prozess der Geschichte, will ihn mechanisch wie ein Werkzeug aus der Geschichte wegwerfen, der Krieg ist das aufzuhebende Negative, zugleich aber verabsolutiert sie die Politik, sie sei nicht relativ, sondern absolut, ewig, die Aufhebung des Krieges wird nicht zugleich mit der Aufhebung der Politik gedacht, vielmehr wird eine versierte logische bürgerliche Politik als Ursache eines Friedenszustandes angepriesen. Das ist natürlich purer Idealismus, bürgerliche Politiker sind doch gerade Hyänen des imperialistischen Krieges. Die Politik ist nach dem metaphysischen Weltbild ein ewiges Schicksal der Menschheit.

---

<sup>7</sup> Welche Schwierigkeiten ein Kriegstheoretiker hat, wenn er dialektisch ungeschult ist, zeigt der Aufsatz von Ulf Häußler (Regierungsdirektor in der Rechtspflege der Bundeswehr): 's ist Krieg?' in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 13. August 2009, S.6. Das klassische Völkerrecht kannte nur die Alternative "Krieg oder Frieden", Krieg wurde nach Ulf Häußler definiert als bewaffneter Konflikt zwischen mindestens zwei souveränen Staaten und mit dieser Schablone kommt man in der Zeit der asymmetrischen Kriege ins Rotieren. "Freilich ist die Dichotomie von Krieg und Frieden dem heutigen Völkerrecht unheimlich geworden." Eine Dichotomie von Krieg und Frieden hat es indessen geschichtlich nie gegeben. Es gab und gibt eben, wie Lenin schreibt, Kriege und Kriege. (Vergleiche Lenin: Krieg und Revolution, Werke Band 24, Dietz Verlag Berlin, 1960,396) Die Schwierigkeit besteht eben darin, dass Krieg und Frieden prozessual ineinander übergehen, der Frieden ist nicht etwas vom Krieg grundsätzlich Verschiedenes. Lenin sagt, sowohl den bürgerlichen als auch den sozialistischen Pazifisten ist der Gedanke fremd geblieben: "...der Krieg ist die Fortsetzung der Politik der Friedenszeit, der Frieden ist die Fortsetzung der Politik des Krieges." "Dass der imperialistische Krieg von 1914 bis 1917 die Fortsetzung der imperialistischen Politik von 1898 bis 1914, wenn nicht einer noch früheren Periode ist, das haben weder Bourgeois noch Sozialchauvinisten sehen wollen und wollen es auch jetzt nicht sehen. Dass der Frieden jetzt, solange die bürgerlichen Regierungen nicht auf revolutionärem Weg gestürzt sind, nur ein IMPERIALISTISCHER FRIEDEN sein kann, der den IMPERIALISTISCHEN KRIEG FORTSETZT (Hervorhebungen von mir, H.A.), sehen weder die bürgerlichen noch die sozialistischen Pazifisten." (Lenin: Bürgerlicher und sozialistischer Pazifismus, Werke, Band 23, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 196)

Ganz anders der Dialektiker: *“Diese Reflexion aber, daß der Zweck in dem Mittel erreicht und im erfüllten Zweck das Mittel und die Vermittlung enthalten ist, ist das letzte Resultat der äußerlichen Zweckbeziehung, worin sie selbst sich aufgehoben und das sie als ihre Wahrheit dargestellt hat.”*<sup>8</sup> In dieser Aussage Hegels finden sich mehrere interessante Hinweise: Zum einen: im erfüllten Zweck ist das Mittel und die Vermittlung enthalten. Man übertrage das auf die revolutionäre Politik, im Keim ist der Gedanke angelegt, daß man nur durch die Vervollkommnung der Volksbewaffnung zum erfüllten Frieden gelangen kann. Und dann: die äußerliche Zweckbeziehung hebt sich selbst auf, d.h.: Wenn es den Krieg nicht mehr als Mittel gibt, gibt es die Politik auch nicht mehr als Zweck. Die Momente und ihre Beziehungen sind im Kommunismus allesamt aufgehoben. Ideologie verblendet diesen Kommunismus, weil sie Momente oder Teilprozesse aus dem ganzen großen Verlauf der Geschichte fixiert, verabsolutiert, festgerinnen lässt. Dies findet sowohl mit dem Krieg als auch mit der Politik statt, wenn man sie aus ihrem Wechselverhältnis herauslöst. So zieht eine Einseitigkeit eine andere nach sich und beide resultieren aus konservierendem Beharren gegen vorwärtstreibende Klassen.

Nichtprozessuale Begriffsfixierung ist selbst nur Reflex gesellschaftlicher Stagnation, um fixierte Begriffe lagern sich wie magnetisch angezogen ideologische Gehalte, die Ballast sind auf den Köpfen nach Freiheit strebender Klassen.

---

<sup>8</sup> Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Wissenschaft der Logik Band II, edition suhrkamp Band 6, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M, 1972, S. 461



## **Gerhard Oberkofler: Weshalb liefert die Deutsche Bundesrepublik Panzer für den Krieg gegen Russland?<sup>9</sup>**

Um die Frage zu beantworten, weshalb die Deutsche Bundesrepublik anstatt für den Frieden einzutreten wieder „Tanks“ gegen Osten rollen lässt, genügt es, die Website des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall zu öffnen. Dort wird zu Jahresbeginn von dem seit 2013 am Standort der Konzernzentrale in Düsseldorf amtierenden Vorsitzenden des Vorstandes der Rheinmetall Armin Papperger (\*1963) gejubelt:

„Mit unserer neuen organisatorischen Aufstellung und dem einheitlichen Markenauftritt als integrierter Technologiekonzern haben wir exzellente Voraussetzungen geschaffen, um den Wandel der Märkte mitzugestalten und unsere ehrgeizigen mittelfristigen Ziele für nachhaltiges profitables Wachstum zu erreichen“.

Diese nette Pressemitteilung wird erläutert:

„Als europäisches Systemhaus für Heerestechnik steht Rheinmetall für langjährige Erfahrung und Innovationen bei gepanzerten Fahrzeugen, bei Waffensystemen und Munition sowie auf den Gebieten der Flugabwehr und der Elektronik. Daneben bedient Rheinmetall aber auch die Anforderungen der Marine, der Luftwaffe und den Bereich der inneren Sicherheit. Ob für teilstreitkräftespezifische oder übergeordnete Anforderungen, ob für äußere oder innere Sicherheit – die Divisionen verfügen über ein breites Produktportfolio an Plattformen und Komponenten, die als Einzel- und als vernetzte Systemlösungen angeboten werden. Das macht Rheinmetall in diesem Bereich zu einem wichtigen Partner der Bundeswehr und der Streitkräfte verbündeter Nationen sowie befreundeter Armeen und von zivilen staatlichen Sicherheitskräften“.

Man muss kein Rüstungsspezialist sein, um den Schluss zu ziehen, dass aufgrund der weltweiten Kriege Rheinmetall seine Umsätze stetig gesteigert und 2021 einen (ausgewiesenen) Umsatz von 5.658 Mio. EUR erzielt hat. Und weil die deutsche Rheinmetall „Die Zukunft im Visier“ hat, wird voll Stolz berichtet, dass im ungarische Várpalota die Grundsteinlegung für ein

---

<sup>9</sup> Quelle: Pda@parteiderarbeit.at

neues Rheinmetall-Werk erfolgt ist, in dem in Zusammenarbeit mit dem ungarischen Staat künftig Munition für verschiedene Systeme hergestellt wird. Die Produktion von Spezialautos, welche die deutsche Wehrmacht erstmals in Charkow zur Vergasung von Sowjetbürgern eingesetzt hat, wird von der deutschen Rüstungsindustrie nicht mehr als notwendig eingeschätzt. Um konkreter zu werden, stellt Rheinmetall fest:

„Als langfristiger strategischer Partner des NATO- und EU-Mitgliedstaates Ungarn wird die Rheinmetall AG mit ihrem Werk dann in der Lage sein, Munition zu produzieren, die zum Beispiel für den Leopard 2-Panzer (Kaliber 120mm) und die Panzerhaubitze 2000 (Kaliber 155mm) benötigt wird. Diese Systeme werden auch von der ungarischen Armee eingesetzt. Ein Teil der Produktion ist für den Bedarf der Streitkräfte des Landes bestimmt, einige Produkte für den internationalen Markt“.

Für die deutsche Rheinmetall ist Ungarn deutsches Bruderland: „Rheinmetalls moderner Schützenpanzer Lynx hat das nächste Zwischenziel genommen: Pünktlich zu Beginn des Jahres 2023 begann im Heimatland des Erstkunden, dem NATO-Mitglied Ungarn, die Low-Rate Initial Production (LRIP). Diese Vorserienproduktion gilt als wichtiger Meilenstein, der auch die Fertigung des Mittelkaliber-Turms Lance sowie weitere Lynx-Varianten umfasst. Die Serienfertigung (Full-Rate-Production/FRP) soll im Juli 2023 beginnen“.

Am 12 September 1990 hat der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, abgeschlossen zwischen der BRD und der DDR einerseits sowie Frankreich, der Sowjetunion, Großbritannien und den USA andererseits (2+4 Vertrag) festgehalten, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen“ soll und „Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen“. Verträge sind Papier. Die deutsche Politik identifiziert sich mit den Interessen der deutschen Wirtschaft. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an den völkerrechtswidrigen Kriegen gegen Jugoslawien (1999), gegen Afghanistan (2001), den Irak (2003) und gegen Libyen (2011) beteiligt und jetzt eben will sie für ihre Rüstungsindustrie am Krieg gegen Russland profitieren.

Nur nebenbei sei bemerkt, dass von der DDR nie ein Aggressionskrieg ausgegangen ist. Vergeblich ruft der von der deutschen Kirche als Ketzler

angeklagte Papst Franziskus immer wieder dazu auf, sich den Gewinninteressen der Rüstungsindustrie zu widersetzen und konkret Frieden zu stiften.

## ***Marie Illner, Clemens Sarholz: Wer bezahlt die deutschen Waffenlieferungen in die Ukraine?***<sup>10</sup>

Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine unterstützt die Bundesregierung die Ukraine mit Waffen und Ausrüstungen. In einer öffentlichen Liste lässt sich jede Lieferung der Bundesregierung in das Kriegsgebiet nachverfolgen, von 5.000 Helmen bis hin zu den 14 Panzerhaubitzen. Doch wie werden die Güter aus Deutschland eigentlich finanziert und muss die Ukraine dafür überhaupt aufkommen? Wir geben die Antworten.

Kürzlich wurde beschlossen, dass moderne Kampfpanzer des Typs Leopard-2 geliefert werden sollen und der ehemalige Botschafter der Ukraine in Deutschland, Andrij Melnyk, fordert nun auch Kampfjets und Kriegsschiffe. Verteidigungsminister Boris Pistorius erklärte kürzlich, dass mit dem „Frühlingspaket“, das Ausrüstung, Patriot-Systeme, Brückenlegepanzer und etwa Marder-Schützenpanzer beinhaltet, nochmal 1,1 Mrd. Euro aufgewendet worden sind. Damit habe die Bundesregierung bislang Hilfsleistungen von rund 3,3 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Aber was bedeutet das genau? Wurden Rüstungsgüter im Wert von 3,3 Milliarden Euro an die Ukraine verkauft? Oder zahlt die Bundesregierung dafür und „schenkt“ sie der Ukraine? Viele stellen sich derzeit die Frage, wie diese Lieferungen überhaupt finanziert werden.

Es gibt fünf verschiedene offizielle Wege, wie die Bundesregierung die Ukraine mit Waffen unterstützt.

### 1.- Aus den Beständen der Bundeswehr:

Wie im Fall der 5.000 Helme geschehen, können die Lieferungen aus den Beständen der Bundeswehr kommen. Das Verteidigungsministerium entscheidet, ob das Material abgegeben werden kann. Denn das Risiko bei

---

<sup>10</sup> Überschrift formuliert von der Redaktion offen-siv

dieser Form der Unterstützung ist, dass die Lieferungen ein Loch in die Bestände der Bundeswehr reißen. Das könnte die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands schwächen. Für Waffenlieferungen aus dem Bestand der Bundeswehr zahlt die Ukraine laut einem Sprecher der Bundesregierung kein Geld.

## 2.- Bestellungen bei deutschen Rüstungsfirmen:

Der Ukraine steht es frei, Waffen bei deutschen Rüstungsunternehmen zu bestellen und sie selber zu bezahlen. Diese Waffenexporte müssen allerdings vom Bundessicherheitsrat genehmigt werden, wie es im Fall von Rüstungsexporten üblich ist. Immer wieder gab es Berichte darüber, dass die Ukraine auch diesen Weg nutzt.

In der Gesamtschau fallen die Lieferungen bis jetzt aber nicht ins Gewicht. Die erste Lieferung über eine Bestellung von 100 Panzerhaubitzen 2000 im Wert von 1,7 Milliarden Euro soll erst im Jahre 2024 erfolgen.

## 3.- Ausgleichslieferungen durch Ringtausch:

Beim Ringtausch überlässt ein Land der Ukraine militärisches Gerät und erhält dafür Ersatz von einem anderen Land. Die überlassenen Waffen sind in der Regel einfacher sowjetischer Bauart, die sie ohne spezielle Ausbildung bedienen und sofort einsetzen können.

Slowenien beispielsweise lieferte der Ukraine sowjetische T-72-Panzer. Im Gegenzug lieferte Deutschland im vergangenen Dezember der ersten von 15 Leopard-2-Kampfpanzern. Diese stammen allerdings nicht aus den Beständen der Bundeswehr, sondern sollen direkt von der Rüstungsindustrie bereitgestellt werden.

## 4.- Aus dem Topf der Ertüchtigungshilfe:

Kiew kann beantragen, dass die Rüstungslieferungen aus dem Topf der so genannten Ertüchtigungshilfe bezahlt werden. Diesen Topf gibt es bereits seit 2016; er ist dafür gedacht, Partnerländer in Krisenzeiten zu unterstützen. Zu Beginn vergangenen Jahres war vorgesehen, 225 Millionen Euro in die Ertüchtigungshilfe zu investieren.

Mit dem Krieg in der Ukraine entschied die Bundesregierung, das Budget um rund 1,7 Milliarden Euro auf 2 Milliarden Euro anzuheben. Das Gros der Mittel ist für die Ukraine. Im Jahr 2023 sollen es 2,2 Milliarden Euro werden.

Laut einem Sprecher der Bundesregierung wurden bisher keine Anträge auf Ertüchtigungshilfe abgelehnt. Aus dem Topf der Ertüchtigungshilfe werden auch die Kosten für Waffen bezahlt, die durch einen Ringtausch der Ukraine indirekt zugutekommen-

#### 5.- Aus dem EU-Topf der „Europäischen Friedensfazilität“:

Alle EU-Staaten zahlen in den Topf der „Europäischen Friedensfazilität“ ein. Er wurde im Jahr 2021 eingerichtet. Dieses Finanzierungsinstrument soll alle außenpolitischen Maßnahmen der EU mit militärischen und verteidigungspolitischen Bezügen im Rahmen der EU-Außen- und Sicherheitspolitik abdecken.

Bereits im Februar 2022, nur wenige Tage nach Beginn des Krieges, stellte die EU der Ukraine 500 Millionen Euro zur Verfügung; bereits einen Monat später wurde das Budget für die Ukraine auf eine Milliarde Euro aufgestockt. Mit diesem Geld können sich EU-Mitgliedsstaaten Geld erstatten lassen, wenn sie der Ukraine Waffen liefern. Mit rund 713 Millionen Euro, die aus dem Topf der Ertüchtigungshilfe kommen, zahlt Deutschland am meisten Geld ein. Bis zum Jahr 2027 beträgt der Beitrag laut einer Sprecherin der Bundesregierung etwa 845 Millionen Euro. Auch Deutschland kann sich Kosten erstatten lassen.

#### FAZIT:

Zum größten Teil finanziert die Bundesregierung die Waffenlieferungen an die Ukraine. Daher zahlt die Ukraine für die meisten deutschen Rüstungsgüter nichts.

#### Verwendete Quellen:

*Anfrage an die Bundesregierung;*

*bmvg.de: “Die Allianz steht zusammen“: Minister Pistorius empfängt NATO-Generalsekretär;*

*bundesregierung.de: Liste der militärischen Unterstützungsleistungen;*

*handelsblatt.com: 1,7 Milliarden Euro für Haubitzen und zehntausende Schuss. Die Ukraine kauft groß in Deutschland ein;*  
*n-tv.de: Kiew soll selbst Waffen in Deutschland gekauft haben;*  
*bmvg.de: Ergänzungshaushalt 2022: Mehr Geld für Ertüchtigung der Ukraine;*  
*baks.bund.de: Das Kuratorium, der Bundessicherheitsrat;*  
*consilium.europa.eu: Zeitleiste – Europäische Friedensfazilität;*  
*n-tv.de: Deutschland startet Panzer-Ringtausch mit Slowenien;*  
*zdf.de: Wer bezahlt deutsche Waffen für die Ukraine?*

## **Heinz Ahlreip: Der hohe Schwierigkeitsgrad der proletarischen Revolution**

Gibt es einen sicheren Maßstab, gesellschaftswissenschaftliche Texte von unwissenschaftlichen, also falschen zu unterscheiden und zu trennen? Warum ist ein Kommentar zu einem wirtschaftspolitischen Ereignis in der ‘Roten Fahne’ richtig und warum ist ein Kommentar zu dem gleichen Thema in dem Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse, der ‘Frankfurter Allgemein Zeitung’ falsch? Nicht nur eine interessante, auch eine wichtige Frage.

Um diese Frage zu beantworten, muss eine weltpolitische Situationsanalyse erstellt werden. Der Kapitalismus scheint auf der Oberfläche noch zu glänzen, aber bereits Rousseau hatte 1762 in seinem berühmten Erziehungsroman „Émile“ festgestellt, dass Staaten, die glänzen, bereits im Untergang begriffen sind. Der Kapitalismus ist 2023 ein monopolistischer, faulender und erbärmlich sterbender. Seine bezahlten Schönfärber sind Legion, indessen sein Gesicht immer fahler wird. Man kann sich davon nicht abwenden, denn dem Ausbeutungssystem kann sich niemand entziehen, wer sich als Intelligenzler vorwitzig in die relativ noch gesunden Nischen bzw. aufstrebenden Branchen, die es im Imperialismus trotzdem noch gibt, eines stinkenden, faulender Körpers flüchtet, täuscht sich, denn der ganze Körper ist dem Untergang geweiht.

*Wir leben in einer Periode des Übergangs vom Kapitalismus zu Sozialismus im Weltmaßstab.* Daran ist nicht zu rütteln. Das ist die Prämisse von Gesellschaftswissenschaftlichkeit. Wenn in einem Text zur aktuellen Politik des Bürgerkrieges zwischen Proletariat und Bourgeoisie nicht die völlige

Vernichtung der Bourgeoisie als Klasse, die mehr und mehr Aas-Charakter annimmt, als Leitmotiv durchdringt, so kann man nicht von einem gesellschaftswissenschaftlich-proletarischen Text ausgehen, der neben dem Kommunistischen Manifest liegt und nicht auf ihm steht. Angesichts der bürgerlichen Dekadenz, die unser Volk vergiftet, *kann heute Gesellschaftswissenschaft im Kern nur noch Revolutionswissenschaft sein*, aber keine beliebige, sondern die *proletarisch-soziale*, die allein den bürgerlichen Monsterstaat zerbrechen kann. Wer heute Texte zur sozialen Umwelt verfasst, die nicht auf die völlige Vernichtung der Bourgeoisie als Klasse hinauslaufen, erweist sich als ein Verteidiger der Lohnsklaverei. Wenn uns die rote Fahne voranleuchtet, so bedeutet das gegenwärtig, primär auf die völlige Vernichtung der Bourgeois-Klasse hinzuwirken, die Hauptkräfte darauf zu konzentrieren.

Kein Volk kommt um die proletarische Revolution herum. In den bürgerlichen Revolutionen täuscht die antifeudale Klasse die Massen mit der Parole 'Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit'. Aus der Euphorie der damaligen Zeit sprach Hegel von einem herrlichen Sonnenaufgang, betonte aber zugleich, dass es eine ungeheuer schwierige Aufgabe sei, dieses Prinzip in die Weltgeschichte einzubilden.

Die Aufgabe ist heute nicht gelöst, die Signale aller proletarischen Revolutionen erreichten noch nie alle Völker bis ans Ende der Welt. Der Höhepunkt des weltrevolutionären Anlaufs im 20. Jahrhundert war mit der Ausrufung der Volkrevolution China durch Mao am 1. Oktober 1949 erreicht, ein Drittel der Weltbevölkerung lebte unter dem roten Banner der Arbeiterklasse und der armen Bauern. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es entsetzliche Rückschläge, aber auch der Zerfall der Bourgeoisie schritt ununterbrochen voran und hat uns in einen Hafen ohne Ausweg gesteuert, in dem Krisenwellen Lebensschiffe um Lebensschiffe versenken, so dass es unvermeidbar ist, dass das 21. Jahrhundert mit einer Explosion weltweit, nicht unbedingt gleichzeitig stattfindender proletarischer Revolutionen schwanger geht. Darauf müssen wir vorbereitet sein.

Die soziale Revolution der Massen, und nur als solche kann von einer proletarischen als der tiefsten Revolution in der Weltgeschichte gesprochen werden, ist kein Spaziergang, keine Aufstandsspielerei, keine simple Machtergreifung, kein bloßer Regierungswechsel, sie ist auch kein

Staatsstreich, als der die Oktoberrevolution von kurzichtigen bürgerlichen Historikern so gerne hingestellt wird.

Eine proletarische Revolution steht vor uns zunächst wie ein unbezwingbarer Mount Everest. Sie hat als bewaffneter Aufstand einen extrem hohen Schwierigkeitsgrad, vergegenwärtigen wir uns nur die Negativsuperlative der Klassiker: Lenin spricht vom bewaffneten Aufstand als der höchsten Kunst, Engels von einer Rechnung mit höchst unbekanntem Größen. Lenin teilt uns mit, dass es in revolutionären Situationen sehr schwierig ist, mit den Ereignissen Schritt zu halten, *dass eine Revolution 100 x schwieriger zu bewerkstelligen ist als ein nationaler Krieg*. Dem noch nicht genug, es ist extrem schwierig, einen Bürgerkrieg richtig zu lesen und in der Vorbereitung der Revolution muss wie in jedem Kampf gegen den imperialistischen Krieg ein illegaler Apparat errichtet werden. Auch damit noch nicht genug, es ist eine klassische Revolution anzupeilen, obwohl man Revolutionen nicht machen kann, klassisch insofern, dass sie einen Vorbildcharakter für alle bekommt.

Von entscheidender Bedeutung wird es sein, den faschistischen Offizierskorps der bürgerlichen Armeen die Knochen zu brechen, denn es ist der innere Hort bürgerlicher Macht, die Knüppelbrigade der Lohnsklavenhalter, der konterrevolutionäre Abschaum konterrevolutionären Abschaums. Besorgen wir uns und studieren wir die Literatur über die Säuberungen in der Roten Armee. De te fabula narratur. Die Säuberungen müssen die oberen Kommandoränge proportional am stärksten treffen.

Das 20. Jahrhundert begann in Europa 1914 mit einem imperialistischen Krieg, ihm folgten fortschrittliche Revolutionen, das 21. Jahrhundert begann in Europa 2022 mit einem imperialistischen Krieg, ihm werden fortschrittliche Revolutionen folgen.

Dialektiker wissen, dass der Revolutionsverlauf in dem gegenwärtigen Jahrhundert einige Muster der Oktoberrevolution enthalten wird, insbesondere die Herausbildung von Sowjets, denn beide Jahrhunderte liefen und laufen ab unter dem Dach des Imperialismus, das gesprengt werden muss. Die unvermeidlich auf uns zukommenden Revolutionen werden unvermeidlich Eigendynamiken entwickeln, nichts kann so sein wie im 20. Jahrhundert, und doch: Behalten wir das Muster der Oktoberrevolution im Kopf, denn sie war



ein Vorbild der Taktik für alle. Kant sprach von der klassischen französischen Revolution 1789 als von einem Ereignis, das sich nicht vergisst. Auch die klassische proletarische Revolution, die Oktoberrevolution, vergisst sich nicht.

Wenn der bewaffnete Aufstand die höchste Kunst ist, so sind an die Revolutionärinnen und an die Revolutionäre höchste Anforderungen zu stellen. Ohne Kritik und Selbstkritik, Ändern der Umstände und Selbstveränderung, können wir uns nicht zu Revolutionsführern erziehen. Wir sind nicht durch eine chinesische Mauer von der perversen imperialistischen Dreckswelt getrennt, wir sind nicht durch eine chinesische Mauer von dem perversen bürgerlichen Drecksstaat getrennt, wir sind nicht durch eine chinesische Mauer von sozialen, geldversessenen Faschistenpack getrennt, wir sind immer im direkten Fronteinsatz gegen eine derzeit große Übermacht, auf engst Tuchfühlung mit ihr.

Es ist das Wort `Bund`, das unseren Todeshass erzeugt. Völliger Bruch mit allem Bundesrepublikanischen, Vorbereitung des Klassenkrieges. Wir haben keinen Bundesligalieblingsverein, wir haben keinen Bundespolitikerliebling, wir haben kein bundesrepublikanisches Vaterland, aber einen gesunden Klassenhass, alles Bundesrepublikanische widert uns an, aber das heißt nicht, dass wir uns nicht in bundesrepublikanische Parlamente wählen lassen. Wir schwimmen heute gegen einen Strom voll mit sozialdemokratischen, grünen und faschistischen Fäkalien. Wir müssen durch diese ekelhafte Pest hindurch durch Organisierung eines kollektiven militanten Reinigungsprozesses von unten als Volksjustiz.

Alle Feinde der Völker arbeiten wie listige Schlangen darauf hin, den Massen einzureden, sie hätten kein Recht auf Bestrafung von Volksfeinden. Georg Büchner stellte seiner Anklageschrift `Der Hessische Landbote` aus dem Jahr 1834 die Losung voran: `Friede den Hütten, Krieg den Palästen!` und bezeichnete in dem Boten die deutsche Feudaljustiz als die Hure der deutschen Fürsten. Heute soll die Strafhoheit in den Händen der bürgerlichen Klassenjustiz bleiben, die, nur allzu offensichtlich, die Hure der Kapitalisten ist.

Nein, wir werden von diesen bürgerlichen Terrorapparaten, wie Lenin es ausdrückt, keinen Stein auf dem anderen stehen lassen, denn es muss ein

völlig neuer Grundstein zur Genesung des deutschen Volke gelegt werden, ein sowjetischer, sich von der Laberbühne der bürgerlichen Parlamente grundsätzlich unterscheidender Grundstein, dessen Urform für die Gesellschaftswissenschaften in Paris liegt wie das Urmeter für die Naturwissenschaftler.

## Zum 70. Todestag J. W. Stalins

### ***Heinz Ahlreip: Zum 70. Todestag Stalins am 5. März 2023***

**...der Sache der proletarischen Revolution und des Weltkommunismus alle meine Kräfte, alle meine Fähigkeiten und, wenn nötig, all mein Blut, Tropfen für Tropfen, zu widmen.**

Sahra Wagenknecht führte über Stalin aus, dass mit seinem Namen jedenfalls nicht Niedergang und Verwesung verbunden sind, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine moderne Großmacht während eines weltgeschichtlich einzigartigen Zeitraums. Fast das Gleiche sagt auch Winston Churchill: „*Er übernahm das Rußland des Hakenpflugs und hinterließ es im Besitz der Atomwaffe.*“ Und zur Bauernfrage schrieb Churchill in seinen „Erinnerungen“ aus einer Unterredung mit Stalin, die am 15. August 1942 in Stalins Privatwohnung zur Eröffnung einer zweiten Front gegen Hitler-Deutschland stattfand, nieder, dass die Bauern Stalins Namen segnen können, weil kommende Bauergenerationen nichts mehr vom Elend wissen werden. (1)<sup>11</sup> Das ist nicht der Kern der Sache. Erinnern wir uns an die Ansprache von Friedrich Engels am Grabe von Karl Marx! „*Marx war vor allem Revolutionär...*“ Und so auch Stalin, vor ihm zitterte die Konterrevolution und man sieht leicht ein, dass von einem Aufbau des Sozialismus ohne Niederhaltung der bürgerlich kapitalistischen Konterrevolution keine Rede sein kann.

Angst lähmte die Bourgeoisie zu Lebzeiten Stalins und darüber hinaus, denn erst nach dem XXII. Parteitag, der vom 17. bis zum 31. Oktober 1961

---

<sup>11</sup> Die Anmerkungen findet Ihr am Ende des Artikels

stattfind, wurde der Leichnam Stalins aus dem Leninmausoleum entfernt. Durch die Angst, Stalin anzutasten, ist etwas Absurdes herausgekommen: der auf dem XX. Parteitag, der vom 14. bis zum 25. Februar 1956 stattfand, als Schwerverbrecher Abgestempelte blieb noch fünf Jahre neben dem Gründer des Sowjetstaates im Mausoleum liegen. Diese Angst drückte der Dichter Jewtuschenko in den Zeilen aus: *„Er führt etwas im Schilde, er hat nur zum Ausruhen sich hingelegt, und ich wende mich an unsere Regierung mit der Bitte: Die Wachen an diesem Grabstein zu verdoppeln, zu verdreifachen, damit Stalin nicht aufsteht und mit ihm die Vergangenheit...“* (Prawda vom 23.10.1962). Ist das nicht Ausdruck des reinsten Irrationalismus?

Indessen ist ja das nach den Anfangsschwierigkeiten in der NEP-Periode rasante Anwachsen der Produktivkräfte nicht einzelnen Personen zuzuschreiben, sondern letztendlich der Tatsache, dass es industrielle und landwirtschaftliche Expropriationen im großen Umfang gegeben und wie Lenin es vorausgesagt hatte: *„Diese Expropriation wird eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichen. Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung aufhält, wie vieles auf Grund der heutigen, bereits erreichten Technik vorwärtsgebracht werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Überzeugung zu sagen, dass die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird.“*(2)

Der Aufbau des Sozialismus kann nur das Werk von Millionen- und Abermillionen Massen von Menschen sein, nicht von einzelnen Individuen, mögen diese auch noch so genial sein. *„Wenn es also darauf ankommt, ...die eigentlich letzten Triebkräfte der Geschichte auszumachen, so kann es sich nicht so sehr um die Beweggründe bei einzelnen, wenn auch noch so hervorragenden Menschen handeln, als um diejenigen, welche große Massen, ganze Völker und in jedem Volk wieder ganze Volksklassen in Bewegung setzen.“*(3)

Das brachte auch Stalin an seinem fünfzigsten Geburtstag zum Ausdruck: *„Eure Glückwünsche und Grüße beziehe ich auf die große Partei der Arbeiterklasse, die mich geboren und mich nach ihrer Weise und ihrem Bild erzogen hat. Und weil ich sie auf unsere ruhmvolle Lenin-Partei beziehe, nehme ich mir die Kühnheit, euch in bolschewistischer Dankbarkeit zu*

*antworten. Ihr möget nicht daran zweifeln, Genossen, daß ich bereit bin, auch künftig der Sache der Arbeiterklasse, der Sache der proletarischen Revolution und des Weltkommunismus alle meine Kräfte, alle meine Fähigkeiten und, wenn nötig, all mein Blut, Tropfen für Tropfen zu widmen.“* Wenn Engels als letzte Triebkräfte der Geschichte große Massen, ganze Völker und in jedem Volk wieder ganze Volksklassen ausmacht, so darf man beim Abfassen von Biografien eben nicht personenkultisch vorgehen und unter der Hand die angeblich personenkultkritische Biografie selbst als personenkultorientierte präsentieren.

Da der großen Mehrheit der Stalin-Biographen der Volksmassenhintergrund abhanden ist – so ist es beliebt, auszublenden, dass die Moskauer Prozesse von großen Massendemonstrationen unterstützt wurden. In dem wissenschaftlichen Hauptwerk des Chefanklägers Wyschinski *„Die Theorie des gesetzlichen Beweismaterials im sowjetischen Recht“* finden wir das grundsätzliche Rechtsbewusstsein der Stalinschen Epoche dargelegt: *„Ein wirklich volkstümliches Rechtsbewußsein ist – wie die wirklich freie innere Überzeugung des Richters – nur in einem wirklich volkstümlichen und freien Land möglich, wo die Rechtsprechung frei und unabhängig, im Interesse des Volkes und unmittelbar durch das Volk selbst ausgeübt wird.“* (4)

Das steht konträr zur These, dass in der Person Stalin ein einzelner krimineller oder wahnsinniger Schachspieler Figuren hin- und hergeschoben habe und darüber hinaus noch ganze Demonstrationen befahlige. Aber es gibt in der Weltgeschichte auch noch die Bedürfnisse der Völker. Diese sind also primär zu berücksichtigen, auch um zu verhindern, dass die Biografien der ach so großen Männer abgleiten, indem sie zu großen Manipulatoren der Weltgeschichte umfunktioniert werden. Bertolt Brecht hätte in diesem Fall gefragt, ob Stalin nicht wenigstens einen Koch oder eine Köchin bei sich gehabt hätte?

Man verbleibt dann in einer Art Rousseauismus, denn Rousseau hatte im „Contrat Social“ geäußert, dass Regierungen die Völker täuschen können und sollen: *„...manchmal muß man dem Volk die Dinge zeigen, wie sie sind, manchmal so, wie sie ihm erscheinen sollen.“*(5) Exemplarisch kann dies in Klaus Kellmanns Stalin-Biographie am Fall Jeschow gezeigt werden. *„Jeschow erhielt alle nur möglichen Orden, Titel und Ehrenzeichen, nach ihm wurden Kolchosen, Betriebe und ganze Städte benannt, um ihn herum wuchs*

*eine künstlich aufgeblähte Popularität, die einzig und allein im Zusammenhang mit seinen Mordleistungen stand, aus denen ihm im richtigen, von Stalin wohl vorbereiteten Moment der Strick gedreht wurde“.* (6)

Die Manipulierungsthese, dass Stalin in der Sowjetunion alles künstlich aufblähen konnte, geht auch in die Biografien seiner Mitkämpfer hinein. So schreibt Arkadi Waksberg in seiner Biographie über den Generalstaatsanwalt der UdSSR, Wyschinski, den der Militärjurist Ulrich, der den Moskauer Prozessen vorstand, das strafende Schwert des Volkes nannte, über angebliche Inszenierungen rund um den Sinowjew-Kamenjew-Prozess von 1936, dass die Bevölkerung einer sowohl drastischen als auch subtilen Gehirnwäsche unterzogen wurde. Eine Atmosphäre des jugendlichen Glücks und des Optimismus sei künstlich erzeugt worden und just zu diesem Zeitpunkt sei eigens ein Schlager komponiert worden, in dem die gegen die Konterrevolutionäre verfasste Textzeile vorkam: *„Denn jetzt ist jeder von uns jung in unserem jungen, herrlichen Lande“.* (7)

Es konnte also nicht ausbleiben, dass die Konterrevolutionäre auf der Anklagebank gegenüber Wyschinski alt aussahen. Stalin und Wyschinski und anderen wachsamem Revolutionären war es gelungen, auch auf dem Gebiet der Rechtsprechung den leninistischen Kurs zu halten. Lenin hatte davon gesprochen, dass die Diktatur des Proletariats gegen einen mächtigeren Feind kämpft und dass es notwendig sei, die Konterrevolutionäre mit den verschiedensten Methoden zu bekämpfen, auch mit der Todesstrafe.

Gegen diese Linie trat Jewgeni Bronislawowitsch Paschukanis auf, einer der führenden Juristen der UdSSR. Er vertrat die faule Theorie, dass der Sozialismus als humane Gesellschaft die Todesstrafe nicht in Anspruch nehmen darf, eine Humanisierung des Strafrechts sei in der Geschichte zu verfolgen. Nach dieser faulen Theorie aber hätte Lenin die Liquidierung der Romanow-Dynastie nicht anordnen dürfen. Der Zar aber hatte sowohl 1905 auf unbewaffnete Demonstranten, auf Frauen und Kinder schießen lassen als auch 1912 auf unbewaffnete streikende Goldminenarbeiter an der Lena. Die gerechte Erschießung des Zaren wird oft als typisch kommunistisch angelastet, geschichtswissenschaftlich betrachtet war sie ein längst überfälliger Akt bürgerlich-jakobinischer Art. *Für diese leninistische Linie, hart und grausam gegen Volksfeinde zu sein, stand der Name Stalin.*

Die Unterstützung Paschukanis durch Krylenko, dem Volkskommissar für das Justizwesen, rückte auch diesen obersten Dienstherren in die Aufmerksamkeit der Volksmassen. In der ersten Sitzung des reorganisierten Präsidiums des Obersten Sowjet im Januar 1938 griff das Präsidiumsmitglied Abbasowitch Bagirow Krylenko öffentlich an, dass er ein armseliger Volkskommissar sei, der seinen Hobbys Bergsteigen, Reisen und Schachspielen doch zu viel Aufmerksamkeit schenke. Zwar übte Krylenko noch Selbstkritik, etwa an Paschukanis Theorie, dass die Strafe abstrakt der Schuld zu entsprechen habe und verwies auf Lenin, der in folgenden Fällen Repressionen ohne Schuldbeweis *vorübergehend* und unter spezifisch örtlichen Bedingungen für zulässig erklärte: Erschießung jedes zehnten Proviantmeisters, falls es in einem Regiment zu Diebstählen kam und zum Beispiel Zwangsmaßnahmen gegen Kapitalistenfamilien wegen der Schuld des Familienoberhauptes, wie es Arkadi Waksberg in seiner Wyschinski-Biografie behauptet.

So richtig diese Selbstkritik auch war, sie rettete Krylenko nicht mehr. Die Biografie von Arkadi Waksberg entbehrt allerdings einer gesellschaftswissenschaftlichen Grundlage: wir haben schon oben gesehen, dass er zur Vorbereitung der Prozesse gegen die Volksfeinde eine stalinistische Gehirnwäsche eines ganzen Volkes für möglich hielt, eine verquere Theorie, die Friedrich der Zweite von Preußen bereits im achtzehnten Jahrhundert auf Anregung d'Alemberts in einer Preisaufgabe der Berliner Akademie der Wissenschaften widerlegen ließ.

Und um nur zwei Beispiele aus dem zwanzigsten Jahrhundert aufzuführen: Weder haben zum Beispiel die konterrevolutionären Hitlerfaschisten das deutsche Volk zwölf Jahre lang betrogen, was ein immens betriebener Propagandaaufwand nahelegen könnte, sondern der deutsche Faschismus war vielmehr eine viehische Instinkte mobilisierende Massenbewegung, wobei die Ich-Schwäche des ohne Führung lebensunfähigen deutschen Spießers hinzukam, noch hat zum Beispiel der Sozialrevolutionär Fidel Castro das kubanische Volk irregeführt, sondern der Castroismus hat derart tiefe soziale Wurzeln, dass er sich über ein halbes Jahrhundert auf eine Massenbasis stützen konnte und noch heute stützt.

Bereitete nach Waksberg eine Volksgehirnwäsche die Moskauer Prozesse vor, so sieht er als deren Ergebnis ein ganzes Volk nach einem Tanz auf dem Scheiterhaufen ohne Verstand.(8) Ein ganzes Volk hat den Verstand verloren.

Hier haben wir ein Musterbeispiel des gesellschaftswissenschaftlichen Niveaus eines Glasnost-Anhängers. Wer aber hier ohne Verstand schwadroniert, das ist der Glasnost-Anhänger selbst. Der Sozialismus wird als eine Gesellschaft dargestellt, in der jeder jeden totschießt und dann kommt man zu dem Schluss, der Sozialismus sei Faschismus.(9) Die Menschen, denen das harte Los zugefallen sei, „unter Stalin“ zu leben, hätten es mit dem geflügelten Wort Tayllerands halten müssen: dem Menschen sei die Zunge gegeben worden, um seine Gedanken zu verheimlichen.(10)

Gegen die These von Prozessmanipulierungen sprechen einerseits die Liste der den Prozessen beiwohnenden in- und ausländischen Beobachter, überwiegend Diplomaten, als auch deren Prozesseinschätzungen. Der US-amerikanische Botschafter Joseph Davies überzeugte Präsident Roosevelt von der Rechtmäßigkeit der Anklagen, was sicherlich zum späteren guten Einvernehmen zwischen Roosevelt und Stalin während des Zweiten Weltkrieges beigetragen hat. In einer seiner Reden erklärte Davies: *„Es ist völlig klar, dass all diese Prozesse, Säuberungen und Hinrichtungen, die seinerzeit so rücksichtslos erschienen und die ganze Welt schockierten, Teil eines energischen Bemühens der Stalinschen Regierung waren, sich nicht nur von einem Staatsstreich von innen, sondern auch vor einem Angriff von außen zu schützen...Die Säuberungen schufen Ordnung im Lande und befreiten es von Verrat“.*(11) Es gab keinen Grund für Joseph Davies als US-amerikanischer Diplomat einen Leninorden anzustreben.

Wie Davies sah es auch der tschechoslowakische Botschafter Zdenek Fierlinger. Schon der erste Prozess gegen Sinowjew und Kamenjew wurde von einer Delegation der höchst angesehenen Internationalen Juristenvereinigung sehr genau unter die Lupe genommen. Ihr gehörten unter anderem der britische Kronanwalt Denis Noel Pritt (gleichzeitig Mitglied des Unterhauses, sein Buch mit dem Titel „Der Sinowjew Prozeß“ erschien 1936 in Prag) an, Dudley Collard, Robert Lazarus und der US-amerikanische Anwalt Joseph Edelman. Diese hochkarätige Delegation kam zu folgendem Ergebnis: *„Wir halten die Behauptung, daß die Verhandlung verkürzt und ungesetzlich war, für völlig unbegründet...Wir erklären hiermit kategorisch, dass die Angeklagten völlig legal verurteilt wurden. Es wurde überzeugend bewiesen, dass zwischen ihnen und der Gestapo eine Verbindung bestand. SIE HATTEN DIE TODESSTRAFE VOLLAUF VERDIENT (kursiv von Heinz*

*Ahlreip*).“(12) Der Kronanwalt Pritt untermauerte diese klare Aussage noch durch ein privates Statement, das wohl auch den letzten Zweifel ausräumen dürfte: „*Das erste, was mir als einem britischen Juristen auffiel, war das völlig freie und ungezwungene Verhalten der Angeklagten. SIE ALLE SAHEN GESUND AUS* (kursiv von Heinz Ahlreip); sie alle erhoben sich und sprachen, wenn sie es wünschten...Ich persönlich bin überzeugt davon, dass es nicht den geringsten Grund gibt, irgendeine Ungesetzlichkeit zu vermuten, was den Inhalt und die Form des Prozesses betrifft. Meiner Ansicht nach waren die gesamte Verhandlung und die Art des Umgangs mit den Angeklagten mustergültig für die ganze Welt in einem Fall, da den Angeklagten eine Verschwörung zur Ermordung führender Staatsmänner und zum Sturz der Regierung vorgeworfen wird, wessen die Angeklagten sich schuldig bekannten. Ich bin der Meinung, dass das Gericht jedes beliebigen Landes unter solchen Umständen die Todesstrafe verkündet und exekutiert hätte“.(13)

Man vergleiche diese Schilderung mit dem Gebrülle Freislers und der Einschüchterung der Angeklagten vom 20. Juli 1944 vor dem Volksgerichtshof. Der weltweit anerkannte englische Historiker Sir Bernard Pares hielt den Verrat vom Kamenjew, Pjatakow; Radek und den anderen Angeklagten für eindeutig bewiesen, er hatte daran keinerlei Zweifel. Ein britisch sowjetischer Parlamentsausschuss hob in seinem Bericht über die Prozesse die „*unstrittige Fundiertheit der Anklagen*“(14) hervor. Der Ausschussvorsitzende, der Labourabgeordnete Neil Maklin, hob besonders hervor, dass ihn „*die Aufrichtigkeit der Geständnisse seitens der Angeklagten beeindruckt habe*“.(15) Und selbst Churchill kam in seinen Memoiren zu einer bemerkenswerten Einschätzung: Die Säuberungen seien unerbittlich, aber vielleicht nicht unnütz gewesen und Wyschinski habe als staatlicher Ankläger brilliert.(16) Obendrein: auch die Internationale Liga für Menschenrechte ließ durch ihren Repräsentanten, durch den Anwalt Rosenmark, die Legalität der Prozesse verlauten. Damit jedoch nicht genug: der Schriftsteller Lion Feuchtwanger hatte den Prozess verfolgen können und konnte keinerlei Anzeichen von Folterspuren bei den Angeklagten entdecken. Sein Buch über den Prozess wurde in der Sowjetunion in einer Auflage von 200.000 Exemplaren gedruckt. Mitte der vierziger Jahre erschien in den USA das Buch der beiden US-amerikanischen Historiker Michael Sayers und



Albert E. Kahn „The Great Conspiracy“, in dem die juristische Haltbarkeit der Anklagen nachgewiesen wurde.

Ich glaube, diese Aufzählung sollte schon ausreichen, die Aufzählung der Liste der „westlichen“ Intellektuellen, die ebenfalls von der Korrektheit der Prozesse überzeugt waren, erspare ich mir deshalb an dieser Stelle.

**Anmerkungen:**

1. Vergleiche Hellmut Andics, Der Große Terror, Von den Anfängen der russischen Revolution bis zum Tode Stalins, Verlag Fritz Molden, Wien, 1967, S. 82
2. Lenin, Staat und Revolution, Lenin Werke, Band 25, Dietz Verlag Berlin 1961, S. 482f.
3. Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, Werke, Band 21, Dietz Verlag Berlin, 1975, S. 298
4. Andrei Wyschinski, Die Theorie des gesetzlichen Beweismaterials im sowjetischen Recht, in: Arkadi Waksberg, Gnadenlos Andrei Wyschinski – der Handlanger Stalins, Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 1991, S. 272. Im gleichen Werk Wyschinskis findet sich auch eine aufschlussreiche Bemerkung zu den politischen Erklärungen der Angeklagten in den Prozessen: sie „nehmen zwangsläufig den Charakter und die Bedeutung grundlegender, zentraler, entscheidender Beweise an“. (a.a.O., S. 273). Professor Strogowitsch, der zeitweise ein enger Mitarbeiter Wyschinskis war, sprach angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes im Sozialismus von einer Verdichtung der Verfahrensform (a.a.O.), also von einer summarischen Aburteilung von Konterrevolutionären.
5. Jean Jacques Rousseau, Der Gesellschaftsvertrag, Reclam Verlag, 1975, S. 42
6. Kurt Kellmann. Stalin Eine Biografie, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Primus Verlag, Darmstadt 2005, S. 131
7. Arkadi Waksberg, Gnadenlos Andrei Wyschinski – der Handlanger Stalins, Lübbe Verlag Bergisch Gladbach, 1991, S. 105
8. Vergleiche a.a.O., S. 234
9. a.a.O., S. 321
10. a.a.O., S. 350
11. a.a.O., S. 469
12. a.a.O., S. 164
13. a.a.O., S. 165
14. ebenda.
15. ebenda.
16. Vergleiche a.a.O., S. 165f.

## **Redaktion offen-siv: Dokumentation des Beitrags von Inge Humburg zur China-Debatte der DKP, veröffentlicht in der UZ vom 27. Januar 2023**

*Einleitung der Red. offen-siv:* Immer wieder wird von Genossinnen und Genossen die Entwicklung der Planwirtschaft, ja sogar die Planwirtschaft selbst, als problematisch angesehen. Sie sei nur für einfache Wirtschaftsabläufe geeignet. Wenn sich der Sozialismus weiterentwickle, brauche man marktwirtschaftliche Elemente. Da sprechen die einen von „massiven Planungsproblemen“, die es in der Sowjetunion nach anfänglichen Erfolgen geben habe, die anderen davon, dass der sowjetische Weg verglichen mit dem chinesischen „eben nicht so erfolgreich“ war, und es gibt noch viele weitere Äußerungen in dieser Richtung.

### Inge Humburg meint zu dieser Frage: Vorwärts oder rückwärts?

Ich nehme an, dass die Genossen nicht den ungeheuren Sprung der nachholenden Produktivkraftentwicklung der Sowjetunion in den 1930er Jahren bestreitet, der in zwei Fünfjahresplänen die Industrialisierung der Landwirtschaft und die Ausrüstung einer siegreichen Armee gegen die Speerspitze des Imperialismus erreicht hat. Für spätere Jahre der Sowjetunion ist ein Tempoverlust bis hin zur Stagnation allerdings nicht zu bestreiten.

Was war dessen Ursache? Unzureichende „Reform und Öffnung“ à la China analysiert „People’s Daily“ – Auslandsblatt des ZK der KP Chinas – am 7. August 2020: „Öffentliches Eigentum, Planwirtschaft und Verteilung nach Arbeit wurden mechanistisch umgesetzt. Es bildete sich ein stark zentralisiertes Wirtschaftssystem und verlor so an Vitalität.“ Die Schlussfolgerung für China: „Wir mussten erkennen, dass das einseitige Streben nach dem Egalitarismus und der Produktion nach Planungsdirektive auf längere Sicht zu einer zu langsamen Entwicklung der Produktivkräfte führt.“

Etwa so dürftig habe ich das in der Schule gelernt: Zentralverwaltungswirtschaft hat in rückständigen Ländern Erfolg. Dann wird sie zu komplex für Planung und es zeigt sich die Überlegenheit flexibler Marktinstrumente und des privaten Gewinnstrebens als Triebfeder.

Demgegenüber müsste eine marxistische Analyse klarmachen, dass Tempoverlust nach anfänglichen riesigen Erfolgen nur eine Erscheinungsform der Tatsache ist, dass die Produktionsverhältnisse (erneut) beginnen, die Entwicklung der Produktivkräfte zu hemmen. So geht auch Josef Stalin 1951 in „Ökonomische Probleme des Sozialismus“<sup>12</sup> an die Frage heran:

Das „kollektivwirtschaftliche Gruppeneigentum und die Warenzirkulation“ beginnen, „die machtvolle Entwicklung unserer Produktivkräfte zu hemmen, insofern sie der völligen Erfassung der gesamten Volkswirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft, durch die staatliche Planung hindernd im Wege stehen“. Stalin schlussfolgert: Aufhebung der verbliebenen unterschiedlichen Eigentumsformen und des Austausches der Produkte als Waren und Verbesserung der Bedingungen dafür, dass die Mitglieder der Gesellschaft stärker deren aktive Gestalter werden können. Abschließend schreibt er gegen die revisionistische Linie in der Partei: „Diese (...) tiefgreifendste ökonomische Veränderungen erheischende Aufgabe auf die rationelle Organisation der Produktivkräfte reduzieren zu wollen, (...) hieße an die Stelle des Marxismus (...) Unsinn zu setzen.“

Gegensätzlicher können die beiden Analysen der auftretenden Stagnation und die Schlussfolgerungen daraus – die der KP Chinas und die Stalins – kaum ausfallen. Zugleich sind diese beiden gegensätzlichen Positionen typisch für eine Gesellschaft im Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus. Die in ihr noch vorhandenen Elemente des Kapitalismus und die schon existierenden Elemente einer kommunistischen Gesellschaft geraten mit der fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte notwendig in Widerspruch zueinander. Es gibt immer drei Möglichkeiten, mit diesen objektiven Widersprüchen umzugehen: Zurück in Richtung Kapitalismus, die Probleme aussitzen oder Kurs halten auf den Kommunismus durch weiteres Zurückdrängen der Muttermale des Kapitalismus.

---

<sup>12</sup> Anmerkung der Redaktion offen-siv: Für die Diskussionen um die so genannte „sozialistische Marktwirtschaft“ oder das „Reiten des Tigers“, wie es als Bild für die Wirtschaftspolitik Chinas gebräuchlich ist, empfehlen wir, sich erneut oder zum ersten Mal, je nach Lebensalter, mit Stalins Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ von 1951 zu beschäftigen. Stalins Werke werden in Deutschland nicht mehr verlegt, aber im Internet sind sie jederzeit verfügbar.

Deshalb bedarf die Arbeiterklasse einer kommunistischen Partei, die trotz eventuell notwendiger Umwege Kurs zur Weiterentwicklung der Produktionsverhältnisse in Richtung Kommunismus hält.

Der genannte objektive Widerspruch und seine Widerspiegelung auch in den Köpfen der Parteimitglieder sind der Grund dafür, dass die Konterrevolution im Sozialismus und auch in der Partei immer noch siegen kann und sowohl in der Sowjetunion als auch in China schließlich gesiegt hat.

### ***Heinz Ahlreip: Aufstieg und Fall der Sowjetunion***

Nach der Pariser Commune war die Bildung der Sowjetunion der zweite weltgeschichtliche Versuch, die gesamte Gesellschaft von den Diktaten der Warenproduktion zu befreien. In den Verfassungen der bürgerlichen Republiken mögen die süßesten Worte stehen, die Gesellschaftswissenschaft erblickt den totalitären Charakter dieser „Demokratien“ in der Tatsache, dass es sich bei ihnen um warenproduzierende Wirtschaftsorganismen handelt und dass die kapitalistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit die Fesseln der Fetischklaverei anlegt. Den auffälligsten Ausdruck dieser Fetischklaverei stellt die Religion dar- der religiöse Mensch ist der völlig aus seiner eigenen Achse gesprungene Mensch, der sich ganz verloren hat. Die Warenproduktion ist eine historisch vorübergehende Periode und in ihr gründet die Religion, die verschwindet, *„sobald die Verhältnisse des praktischen Werkeltagslebens den Menschen tagtäglich durchsichtig vernünftige Beziehungen zueinander und zur Natur darstellen.“*<sup>(1)<sup>13</sup></sup>

Dem Ziel des Kommunismus stand neben Randproblemen eine Hauptschwierigkeit im Weg. Bereits unter dem Kapitalismus hatte nach der revolutionären Theorie die Kombination der Produktionsmittel und die Konzentration der Produzenten eine Stufe erreicht, auf der die Produktionsmittel nur noch gemeinsam, gesamtgesellschaftlich in Bewegung gesetzt und in Bewegung gehalten werden können. Mit diesen Voraussetzungen sah es freilich für den sowjet-russischen Sozialismus spärlich aus. Keime einer sozialistischen Kollektivität waren im Gegensatz zum kleinen, aber konzentrierten industriellen Sektor auf dem bestimmenden

---

<sup>13</sup> Die Anmerkungen findet Ihr am Ende des Artikels.

landwirtschaftlichen Sektor so gut wie nicht vorhanden (2), ein konterrevolutionärer Sturm individuell-anarchistischer Habgier konnte jederzeit in einem Land losbrechen, das auf Grund seiner Klassenzusammensetzung – die überwältigende Mehrheit wurde aus Kleinbauern gebildet – einen zutiefst kleinbürgerlichen Grundzug aufwies. So musste Lenin zum Beispiel in einer sozialistischen Kollektivrevolution das Agrarprogramm der kleinbürgerlich-individualistischen Sozialrevolutionäre (jedem Bauern seine Privatscholle) „*voll und ganz, ohne jede Änderung*“ übernehmen, da es unmittelbar nach der Oktoberrevolution keine groß-kollektivistischen Landwirtschaftsbetriebe gab. „*...wir gingen unzweifelhaft einen Kompromiss ein, um den Bauern zu beweisen, daß wir sie nicht majorisieren, sondern uns mit ihnen verständigen wollen.*“ (3)

In diesem weiten Ozean der Egoismen galt es zunächst, die Insel der revolutionären Partei zu sichern, die Lenin einer strengen Disziplin unterwarf bei gleichzeitigem Laissez-faire begrenzter kapitalistischer Verkehrsformen auf dem Wirtschaftssektor. Das zentrale Thema des zehnten Parteitages im März 1921 war die eiserne Einheit, die eiserne Disziplin, die eiserne Zentralisation und die Aufopferungsbereitschaft der Partei - auch, weil gerade zu diesem Zeitpunkt die Schwankungen in der kleinbürgerlichen Bevölkerung zunahmen. Entscheidend war, dass die Kernfrage einer sozialistischen Revolution - Vergesellschaftung des Privateigentums an Produktionsmitteln - im Ansatz richtig gelöst wurde und dass es den Kommunisten auf dieser Grundlage gelang, in regelrechten Kollektivierungswellen revolutionäre Disziplin in immer größeren Kreisen auf die gesamte Gesellschaft auszudehnen.

Trotz des Vorhandenseins einer allerdings auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs beschränkten Warenproduktion waren an die Stelle der Diktate der Fetische andere getreten: die strenge Zucht des Studiums des wissenschaftlichen Materialismus, die Lektionen der Bürgerkriege, der beharrliche Aufbau eines Kollektivs gegen die innere und äußere Konterrevolution, der es nicht gelang, über die Isolierung der Sowjetunion die Geschlossenheit ihrer Bewohner aufzubrechen. Als höchster Ausdruck dieser kollektivistischen Disziplin gilt der Weltrekord in der Kohlegewinnung durch den Hauer Stachanow - eine weltgeschichtliche Tat, in der die immanente Entwicklung der Sowjetunion ihren Höhepunkt erreichte. In der sich

anschließenden Stachanowbewegung wurde nicht nur deutlich, dass der Sozialismus von der Arbeiterklasse selbst aufgebaut wurde, sondern dass diese eine Arbeitsproduktivität entwickelt hatte, die der im Kapitalismus erreichten weit überlegen war. Lenin sah denn auch das Wesen der Diktatur des Proletariats nicht so sehr in der Gewalt, sondern in einer höheren Arbeitsproduktivität. Noch während der NÖP-Periode war die Arbeitsproduktivität beträchtlich geringer als vor dem ersten Weltkrieg.

Der Sozialismus wurde also nicht durch die kluge Politik dieses oder jenes „Lieblings der Partei“ aufgebaut - konnte er umgekehrt durch die kluge revisionistische Politik dieses oder jenes Politikers beseitigt werden? Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion kann nicht aus der Sphäre der Politik, auch nicht aus dem Hin- und Herwälzen von Basis- und Überbauursachen dargelegt werden. Beide Erklärungsversuche verharren noch unter dem Immanenzschatten der Fetischverblendung, die zu durchbrechen nur vorgegeben wird. Der wissenschaftlichen Erklärungsweise gelingt der Durchbruch von der Erscheinung zum Wesen gesellschaftlicher Prozesse nur mit Hilfe der materialistischen Dialektik, in der als genuine Prozesswissenschaft der innere Zusammenhang der Prozesse in gesetzmäßiger Abhängigkeit widergespiegelt wird. Durch dieses Kriterium allein sind die Marxisten in der Lage, geschichtliche Prozesse mit Bewusstsein, d.h. u.a. die gesellschaftlichen Folgen ihres geschichtlichen Handelns zu erfassen.

Als die Revisionisten um Chruschtschow z. Bsp. 1958 die Auflösung der Maschinen-Traktor-Stationen beschlossen, wussten sie vielleicht nicht und machten sich eventuell keine grundsätzlichen Gedanken darüber, zu welchen gesellschaftlichen Folgen diese „Neuerung“ führen werde, für Kommunisten aber war klar, dass diese „Neuerung“ zu einer Umgruppierung der gesellschaftlichen Kräfte führen würde, die, ließ man dem Prozess freien Lauf, mit einem Sieg der Konterrevolution enden musste.

Durch die Auflösung der Maschinen-Traktor-Stationen wurden ungeheure Mengen von Produktionsinstrumenten der Landwirtschaft in die Bahn der Warenzirkulation geworfen und diese Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation ging bis zu dem Punkt, an dem ein Umschlag von Quantität in Qualität erfolgte - für das Proletariat in negativer, für die Bourgeoisie in positiver Hinsicht, insofern durch diese ökonomische Verschiebung das Wertgesetz auch wieder Regulator der Produktion wurde. Durch

Überhandnehmen der Warenzirkulation aus der Kurve zum Kommunismus geschleudert, nahm die Lokomotive einen Weg in Richtung Konsumismus, an dessen Ende sich die Staatsstreichgewinnler an ihren Gulaschhäppchen übergeben mussten. Die gesellschaftlichen Prozesse gerieten völlig unter den Strudel der Warenzirkulation und rissen auch bald Chruschtschow von der politischen Bühne. Sein Sturz ist selbst nur Beweis, dass beim Handeln der Individuen unter den Bedingungen der Warenproduktion noch etwas anderes herauskommt als sie unmittelbar wissen und wollen.

Keineswegs darf man einen die Dialektik nur dilettantisch handhabenden Generalsekretär die Macht zuschreiben, aus revisionistischer Intention heraus durch Staatsstreich per Geheimrede sozusagen einen sozialistischen Wirtschaftsorganismus in einen kapitalistischen zu verwandeln, man würde ihm eine persönliche Gewalt der Initiative zuschreiben, wie sie beispiellos in der Weltgeschichte dastehen würde.

Die Anhänger des „weisen Denkens“ (4) begehen einen ähnlichen Fehler wie Victor Hugo bei seiner Analyse des Staatsstreichs Napoleon III. in seinem Buch: „Napoleon le Petit“. Das Ereignis des Staatsstreichs selbst „...*erscheint bei ihm wie ein Blitz aus heiterer Luft. Er sieht darin nur die Gewalttat eines einzelnen Individuums. Er merkt nicht, daß er dieses Individuum groß statt klein macht, indem er ihm eine persönliche Macht der Initiative zuschreibt, wie sie beispiellos in der Weltgeschichte dastehen würde.*“ (5) Im 18. Brumaire leitet Marx dann auch den Machtantritt des kleinen Napoleon aus einer ökonomischen Krise ab, keineswegs sieht er in ihr primär den „*Abschluss einer ganzen Reihe konterrevolutionärer Taten der herrschenden Bourgeoisie in den Jahren der Republik.*“ (6) Marx hat ja gerade nachgewiesen, „*wie der Klassenkampf in Frankreich Umstände und Verhältnisse schuf, welche einer mittelmäßigen und grotesken Personage das Spiel der Heldenrolle ermöglichen*“ (7) konnte.

Und was für Napoleon III. und den Staatsstreichler Chruschtschow gilt, trifft auch auf Gorbatschow zu: er vollendete den Zyklus der Konterrevolution auf perestroikale Weise und geriet sehr schnell selbst unter die Räder seiner eigenen Perestroika. Indessen ist der Niedergang der Sowjetunion zwar schmerzlich, aber welthistorisch kein so großer Beinbruch, dass er zu Resignation und damit Passivität führen müsste, „...*denn zu glauben, die Weltgeschichte ginge glatt und gleichmäßig vorwärts, ohne manchmal*

*Riesensprünge rückwärts zu machen, ist undialektisch, unwissenschaftlich, theoretisch unrichtig.“ (8)*

**Anmerkungen:**

1. Karl Marx, Das Kapital, Marx Engels Werke, Band 23, Dietz Verlag Berlin, 1975, S. 94

2. Die “Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) Kurzer Lehrgang“ spricht davon, dass Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften „nur in Gestalt einiger kleiner Inseln in dem unermesslichen Ozean einzelbäuerlicher Wirtschaften“. (Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) Kurzer Lehrgang, Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Berlin 1946, S. 414) existierten. Schon vor der Oktoberrevolution, als Lenin die kommenden Aufgaben des Proletariats in der Revolution umriss, wies er darauf hin, dass jede konfiszierte Gutswirtschaft in einen Musterbetrieb verwandelt werden muss, „...der unter der Kontrolle der Sowjets der Landarbeiterdeputierten steht.“ (Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, Lenin Werke, Band 24, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 57).

3. Lenin, Der „linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, in: Lenin: Ausgewählte Werke Progress Verlag Moskau, 1971, S. 609f.

So wies die Oktoberrevolution auf diesem Agrargebiet in der Tat einen reaktionären, kleinbürgerlichen Grundzug auf, den bereits Friedrich Engels bei dem Proudhonisten Mülberger entdeckt hatte, der für den Kleinbesitz schwärmte. „In Deutschland besteht noch sehr viel großes Grundeigentum. Nach der Proudhonschen Theorie müsste dies alles in kleine Bauernhöfe zerteilt werden, was beim heutigen Stand der Ackerbauwissenschaft und nach den in Frankreich und Westdeutschland mit dem Parzellen-Grundeigentum gemachten Erfahrungen geradezu reaktionär wäre. Das noch bestehende Grundeigentum wird uns vielmehr eine willkommene Handhabe bieten, den Ackerbau im großen, der allein alle modernen Hilfsmittel, Maschinen usw. anwenden kann durch assoziierte Arbeiter betreiben zu lassen und dadurch den Kleinbauern die Vorteile des Großbetriebs vermittelt der Assoziation augenscheinlich zu machen.“ (Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, in: Marx Engels Werke Band IV, Dietz Verlag Berlin, 1972, S. 275f.). Es ist wahr, die Geschichte unternimmt in ihrem Verlauf zum Kommunismus mitunter eigentümliche Zickzackbewegungen.

4. Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) sieht die Ursache für die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion in der kleinbürgerlichen Denkweise der Verantwortungsträger in Partei, Staat und Wirtschaft.

5. Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 559



6. a.a.O., (Vorwort), S. XII

7. a.a.O., S. 560

8. Lenin, Über die Junius Broschüre, Lenin Werke, Band 22, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 315

## Imperialismus und die Frage nach dem Charakter nationaler Bourgeoisien

### ***Hector Maravillo (Kommunistische Partei Mexikos – PCM): Die koloniale Frage und die nationale Bourgeoisie bei Lenin und der Kommunistischen Internationale***

*Vorwort der deutschen Erstveröffentlichung auf der Web-Seite <https://kommunistische.org>:*

*Wir veröffentlichen im Folgenden die Übersetzung eines Textes des Genossen Hector Maravillo, welcher 2017 in der Zeitung „El Machete“ der Kommunistischen Partei Mexikos (PCM) erschienen ist. Im Text werden viele Fragen behandelt, die auch in den aktuellen Diskussionen um die Imperialismusfrage eine Rolle spielen. Wir freuen uns daher, ihn für den deutschsprachigen Raum in die Diskussion einzubringen. Die Redaktion der Zeitung „El Machete“ bedankt sich für die Übersetzung und die Verbreitung des Textes, wir bedanken uns bei der Redaktion und dem Genossen Maravillo für die Möglichkeit, ihn zu veröffentlichen. Zitate von Marx, Engels und Lenin sowie aus den Resolutionen der Kommunistischen Internationale wurden dort in ihrer gängigen deutschen Version wiedergegeben, wo die entsprechenden Texte einfach digital zugänglich sind.*

*von Hector Maravillo (Mitglied des ZK der Kommunistischen Jugendfront Mexikos FJC)*

### **Imperialismus, als monopolistische Phase des Kapitalismus<sup>14</sup>**

---

<sup>14</sup> Anmerkung der Redaktion offen-siv: Wir haben den ersten Teil des Textes etwas gekürzt, weil dort die Grundlagen der Leninschen Imperialismustheorie dargelegt

(.....) In der imperialistischen Epoche hat die freie Konkurrenz des Kapitalismus zu einer so starken Konzentration der Produktion geführt, dass sie zum Monopol wird.<sup>15</sup> Dieser Prozess betrifft nicht nur die Organisation der einzelnen Kapitale und ihr Verhältnis in den einzelnen Wirtschaftszweigen, sondern endet damit, dass die Weltwirtschaft und damit die individuelle Wirtschaft eines jeden Landes der Konkurrenz der Monopole unterworfen wird.

Die monopolistischen Zusammenschlüsse von Kapitalisten (Kartelle, Konsortien, Trusts usw.) teilen in erster Linie den heimischen Markt unter sich auf und übernehmen mehr oder weniger vollständig die gesamte nationale Produktion. Doch im Kapitalismus und erst recht im Imperialismus ist der Binnenmarkt unweigerlich mit dem Weltmarkt verbunden. Und da sich dieser Prozess vor allem seit dem Kapitalexport fortsetzte und ausweitete, führten die Beziehungen dieser Monopolverbände mit dem Ausland zu Vereinbarungen mit internationalem Charakter zwischen ihnen, zur Bildung internationaler Kartelle (ebd.).

Die Monopole konkurrieren nicht nur um „ihren“ heimischen Markt, um Rohstoffe, Transportmöglichkeiten für ihre Waren und Märkte, in die sie sie einführen wollen; sie gehen über die Grenzen ihrer eigenen Länder hinaus und beginnen, um neue Märkte und Territorien zu konkurrieren. Darüber hinaus sind die Monopole angesichts der Grenzen, die „ihrer“ Volkswirtschaft bei

---

werden – was in der offen-siv in den vergangenen Monaten nach unserer Auffassung in hinreichendem Maße geschehen ist.

<sup>15</sup> Bevor wir fortfahren, ist es wichtig, Lenins Vorbehalte gegenüber seiner Definition zu wiederholen. Erstens, dass die Definition, die er in diesem Text liefert, aufgrund der von der zaristischen Zensur auferlegten Beschränkungen gezwungen war, sich auf die wesentlichen wirtschaftlichen Merkmale zu konzentrieren und einige andere Elemente auszulassen, die im Text nur angedeutet werden, aber für eine vollständige Definition des Imperialismus notwendig sind. Zum Beispiel das Entstehen einer Arbeiteraristokratie als objektive Grundlage der opportunistischen Politik der sozialdemokratischen Parteien oder die unausweichliche Beziehung zwischen Imperialismus und sozialistischer Revolution. Zweitens, dass die Tendenz zur Konzentration der Produktion und zur Monopolisierung der Wirtschaft nicht die Beseitigung des freien Wettbewerbs bedeutet, sondern die Existenz von Monopolen über und neben dem Wettbewerb.

der Erzielung steigender Profite gesetzt sind (Tendenz zum Sinken der Profitrate, unvermeidliche Tendenz zu Überproduktions- und Überakkumulationskrisen, starke Arbeiterbewegung usw.), gezwungen, ihr Kapital zu exportieren und die Welt mit anderen Monopolen zu bestreiten. So gelingt es ihnen nur um den Preis, dass sie die Widersprüche des Kapitalismus auf die ganze Welt übertragen, individuell zu überleben.

Auf der Grundlage des Verteilungs- und Wirtschaftsstreits der Welt zwischen den verschiedenen kapitalistischen Verbänden werden innerhalb und zwischen den Staaten politische Bündnisse für die territoriale Aufteilung der Welt, den Kampf um Kolonien und „Einflussphären“ zwischen den Großmächten geschlossen.

Die Internationalisierung des Kapitalismus durch den Kampf zwischen den Monopolen um die Aufteilung der Welt, durch den Kapitalexport und die Kontrolle der Märkte, der Rohstoff- und Brennstoffquellen, der Handelswege usw. sowie der Kampf zwischen den Mächten um die Aufteilung von Kolonien und „Einflussgebieten“ bringen den Weltmarkt auf eine höhere Ebene der Verflechtung und gegenseitigen Abhängigkeit der kapitalistischen Ökonomien. Lenin benutzte das Schema der „imperialistischen Kette“, um den Arbeitern pädagogisch zu erklären, dass in der imperialistischen Epoche die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern und ihren Volkswirtschaften zu einem allgemeinen System werden, in dem jedes einzelne ein Element, „Kettenglieder der Operationen des Weltfinanzkapitals“ sind (ebd.)<sup>16</sup>. Mit dieser erklärenden Figur zeigte Lenin die Verflechtung zwischen der Wirtschaft der Metropolen, in denen das Finanzkapital vorherrschte, und der Wirtschaft der anderen Länder, vor allem der Kolonien, auf, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Volksschichten in der

---

<sup>16</sup> „all dies hat einerseits die einzelnen nationalen Wirtschaften und nationalen Territorien in Glieder einer einheitlichen Kette, genannt Weltwirtschaft, verwandelt und andererseits die Bevölkerung des Erdballs in zwei Lager gespalten: in eine Handvoll „fortgeschrittener“ kapitalistischer Länder, die ausgedehnte koloniale und abhängige Länder ausbeuten und unterdrücken, und in eine übergroße Mehrheit von kolonialen und abhängigen Ländern, die gezwungen sind, für die Befreiung vom imperialistischen Joch zu kämpfen“ (Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus).

ganzen Welt durch eine Handvoll Länder und mehr noch durch eine Handvoll Monopolgruppen zu demonstrieren.

Aus der Interdependenz („*interdependencia*“ im Original, was gelegentlich auch mit „*gegenseitiger Abhängigkeit*“ oder „*Wechselwirkung*“ übersetzt wird, Anm. d. Redaktion) der verschiedenen Volkswirtschaften, die zu bloßen Gliedern der imperialistischen Kette geworden sind, wird gefolgert, dass es im Monopolkapitalismus keine wirkliche Möglichkeit einer echten nationalen Wirtschaft gibt. Zweitens wird festgestellt, dass die Kämpfe der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und der Volksmassen in den kolonialen Ländern auch Glieder desselben Kampfes gegen den Imperialismus bilden, die „innere“ und „äußere“ Front, wie Stalin es nennen würde, und schließlich diese Verflechtung der Weltwirtschaft, die Wirtschaftskrise eines jeden Landes in eine Krise des Weltkapitalismus verwickelt (wie 1929 und 2008, um nur einige Beispiele zu nennen), imperialistische Kriege unausweichlich macht und die revolutionäre Krise in der ganzen Welt verschärft (Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus).

Auf dieser Grundlage hält Lenin an der Möglichkeit der sozialistischen Revolution in Russland fest, und es dauerte nur ein Jahr nach der Veröffentlichung von „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, bis sich dies durch die Fakten bestätigte. In der imperialistischen Kette, in der Weltwirtschaft, könne die proletarische Revolution nicht als ausschließliches Ergebnis der inneren Entwicklung eines Landes aufgefasst werden, sondern als „Ergebnis der Entwicklung der Widersprüche im Weltsystem des Imperialismus betrachten, als Ergebnis dessen, dass die Kette der imperialistischen Weltfront in diesem oder jenem Lande reißt.“ (ebd.)<sup>17</sup>

---

<sup>17</sup> „Früher pflegte man an die Analyse der Voraussetzungen der proletarischen Revolution vom Standpunkt des ökonomischen Zustands dieses oder jenes einzelnen Landes heranzugehen. Jetzt ist diese Art des Herangehens bereits unzulänglich. Jetzt muss man an diese Frage vom Standpunkt des ökonomischen Zustands aller Länder oder ihrer Mehrheit, vom Standpunkt des Zustands der Weltwirtschaft herangehen, denn die einzelnen Länder und die einzelnen nationalen Wirtschaften haben aufgehört, sich selbst genügende Einheiten zu sein, sie haben sich in Glieder einer einheitlichen Kette, genannt Weltwirtschaft, verwandelt, denn der alte „zivilisierte“ Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden, der Imperialismus aber ist ein

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) hat das Schema der imperialistischen Pyramide verwendet, um das imperialistische Weltsystem genauer zu veranschaulichen, im Gegensatz zu den Versuchen des Opportunismus, sich hinter entkontextualisierten Lenin-Zitaten zu verstecken, um die Verteidigung „ihrer“ „nationalen“ Monopole angesichts der Weltmarktkonkurrenz zu rechtfertigen. Das Bild der imperialistischen Pyramide unterstreicht, dass der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus keine Situation einiger weniger Länder ist, sondern die Basis, auf der sich alle wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln. Die Position eines bestimmten Landes „definiert die verschiedenen Formen der Beziehungen zwischen den Kapitalisten, die durch Ungleichheit gekennzeichnet sind“. In das imperialistische System als Weltsystem werden „alle kapitalistischen

---

Weltsystem finanzieller Versklavung und kolonialer Unterdrückung der gigantischen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll „fortgeschrittener“ Länder. Früher war es üblich, vom Vorhandensein oder Fehlen objektiver Bedingungen für die proletarische Revolution in den einzelnen Ländern oder, genauer gesagt, in diesem oder jenem entwickelten Lande zu sprechen. Jetzt ist dieser Standpunkt bereits unzulänglich. Jetzt muss man vom Vorhandensein objektiver Bedingungen für die Revolution im ganzen System der imperialistischen Weltwirtschaft als eines einheitlichen Ganzen sprechen, wobei der Umstand, dass diesem System einige industriell mangelhaft entwickelte Länder angehören, kein unüberwindliches Hindernis für die Revolution bilden kann, wenn das System als Ganzes oder, richtiger gesagt, da das System als Ganzes bereits für die Revolution reif geworden ist. Früher war es üblich, von der proletarischen Revolution in diesem oder jenem entwickelten Lande als von einer einzelnen, sich selbst genügenden Größe zu sprechen, die der einzelnen, nationalen Front des Kapitals als ihrem Antipoden entgegengestellt wurde. Jetzt ist dieser Standpunkt bereits unzulänglich. Jetzt muss man von der proletarischen Weltrevolution sprechen, denn die einzelnen nationalen Fronten des Kapitals haben sich in Glieder einer einheitlichen Kette verwandelt, genannt die Weltfront des Imperialismus, der die allgemeine Front der revolutionären Bewegung aller Länder entgegengestellt werden muss. Früher betrachtete man die proletarische Revolution ausschließlich als Ergebnis der inneren Entwicklung des betreffenden Landes. Jetzt ist dieser Standpunkt bereits unzulänglich. Jetzt muss man die proletarische Revolution vor allem als Ergebnis der Entwicklung der Widersprüche im Weltsystem des Imperialismus betrachten, als Ergebnis dessen, dass die Kette der imperialistischen Weltfront in diesem oder jenem Lande reißt.“(Ebenda).

Länder einbezogen, auch solche, die rückständig sind oder Reste vorkapitalistischer Wirtschaftsformen aufweisen. Die führenden Mächte stehen an der Spitze; zwischen ihnen herrscht ein starker Wettbewerb, und die getroffenen Vereinbarungen sind vorübergehender Natur“, aber „die imperialistische Politik wird nicht nur von den kapitalistischen Ländern an der Spitze ausgeübt, sondern auch von denen auf anderen Ebenen, einschließlich derjenigen mit starken Abhängigkeiten von den Großmächten, wie regionale und lokale Mächte“, wie Länder wie die Türkei oder Israel (Papariga, On Imperialism and the Imperialist Pyramid). Die Verteilung der Positionen, die die Länder in der imperialistischen Kette oder Pyramide einnehmen, ist nicht etwas Unveränderliches, wie Lenin in seinem Pamphlet zeigt, sondern etwas, das historisch durch die ungleiche Entwicklung des Kapitalismus bestimmt ist und das den Aufstieg neuer Mächte im imperialistischen Wettbewerb ermöglicht; zu Lenins Zeiten nahmen Deutschland, Japan und die Vereinigten Staaten diese neuen Positionen ein, heute sind es Länder wie China, die aufsteigen.

## **Koloniale und abhängige Länder im Imperialismus**

Der Imperialismus verwandelte die vielfältigen Beziehungen zwischen verschiedenen Staaten und Nationen in eine Reihe von miteinander verknüpften Beziehungen, allerdings mit einem klaren Unterschied zwischen den Unterdrückerländern und den unterdrückten Nationen, den imperialistischen Ländern und den Kolonien. Aber wie alles in dieser Welt befindet sich auch dieser Widerspruch nicht in einem „reinen“ Zustand, sondern in einem Zustand der Entwicklung; daher ist der Widerspruch von verschiedenen Zuständen im Übergang umgeben. Das Fehlen eines dialektischen Kriteriums für die Herangehensweise an die Frage war ein wesentlicher Bestandteil einiger der konzeptionellen und vor allem politischen Probleme, mit denen die kommunistische Bewegung konfrontiert war und die der Opportunismus ausgenutzt hat.

Lenin hat, wie es weder seine Gewohnheit war, noch die Art und Weise, das Problem vom Standpunkt des dialektischen Materialismus aus anzugehen, nie einen Katalog der verschiedenen Übergangszustände oder eine Definition für die verschiedenen konkreten Formen der Länder, die der imperialistischen Unterdrückung unterworfen waren, angeboten. Es genügte, den wesentlichen Zustand all dieser Länder anhand des höchsten Falles imperialistischer

Unterdrückung, der Kolonie, zu erklären, wie auf dem VI. Kongress der Kommunistischen Internationale, wo Travin (Sergej I. Gussew) in den Thesenentwürfen des Kongresses die Möglichkeit von 16 verschiedenen Kombinationen zur Charakterisierung der verschiedenen Arten von Kolonien hervorhob. Es ist daher sinnvoll, die gebräuchlichsten Bezeichnungen für diese Länder zu klären: Kolonie, Halbkolonie und abhängige Länder.

Kolonien gab es in der Freihandelsphase des Kapitalismus und sogar unter vorkapitalistischen Produktionsweisen und bedeuteten in unterschiedlichem Maße die Unterwerfung eines oder mehrerer Völker unter einen Staat, die politische Kontrolle und wirtschaftliche Ausbeutung ihres Territoriums. Das wesentliche Merkmal der Kolonie im Imperialismus ist, dass diese politische Unterwerfung und wirtschaftliche Ausbeutung dem Finanzkapital, den Monopolgesellschaften, dient und sich in der Kontrolle durch die imperialistischen Mächte materialisiert.

Neben den beiden grundlegenden Ländergruppen (die, die Kolonien besitzen und die Kolonien) gibt es aber auch „Übergangsformen staatlicher Abhängigkeit“, eine Reihe von verschiedenen Formen abhängiger Länder, „die politisch, formal selbständig, in Wirklichkeit aber in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt sind. Auf eine dieser Formen, die Halbkolonien, haben wir bereits hingewiesen. Ein Musterbeispiel für eine andere Form ist z.B. Argentinien.“ (Lenin, Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus).

Die metaphysische Argumentation hat es ermöglicht, die kolonialen und „abhängigen“ Länder ohne ihre notwendige Verflechtung mit der Weltwirtschaft zu betrachten und die Tatsache zu ignorieren, dass sie sich in einem Entwicklungsprozess befinden. Das koloniale Problem wird häufig als ein geschlossener Katalog betrachtet, in den alle Länder zwangsweise eingeordnet werden müssen. Dies wurde vom Opportunismus und der „Linken“ als Vorwand benutzt, um als Rezept Taktiken anzuwenden, die weder der konkreten Situation noch der revolutionären Strategie entsprachen, wobei einige Merkmale einseitig hervorgehoben wurden.

Das Beispiel Portugals, das Lenin in seinem Text anführt, ermöglicht es uns, die richtige Herangehensweise an das Problem auf der Grundlage des dialektischen Materialismus zu verstehen. Lenin sagt uns, dass Portugal, ein

Land, das seine politische Unabhängigkeit als unabhängiger souveräner Staat bewahrt, in finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit von England steht. Vor allem war Portugal ein kolonialistisches Land, da es seine Kolonien in Afrika besaß und ausbeutete, während es gleichzeitig von England abhängig war. Zeitgenössische Opportunisten, die sich über die These der Interdependenz („*interdependencia*“ im Original, Anm. der Redaktion) lustig machen, hätten das Gleiche von Lenin gedacht: „ein ‚abhängiges koloniales‘ Land“<sup>18</sup> Was für ein Unsinn, man weiß, dass das eine das eine und das andere das andere ist. Die Realität ist töricht und drängt sich auf, man denke nur an das Beispiel der Kolonialpolitik Spaniens gegenüber Marokko und Marokkos gegenüber dem saharaischen Volk oder an das Verhältnis zwischen der imperialistischen Politik der Europäischen Union als Ganzes und den besonderen Interessen Frankreichs und Deutschlands.

Es genügt, von der Gesamtheit aller Zusammenhänge des Prozesses auszugehen, um sich nicht auf dem Weg zu verirren. Zum Beispiel Portugal: Um seine Beziehung zu Angola im 20. Jahrhundert zu verstehen, muss man nachvollziehen, dass Portugal nicht nur die politische Kontrolle und die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes aufrechterhielt, sondern auch in ein Netz finanzieller (und damit diplomatischer) Abhängigkeit von England verstrickt war. Auf diese Weise hat die Ausbeutung der angolanischen Massen indirekt das britische Finanzkapital vermehrt, ohne die Profite der portugiesischen Bourgeoisie aus „ihren“ Kolonien zu unterdrücken.

Da die Wirklichkeit nur in Bewegung existiert und daher alle Prozesse und Phänomene sowie ihre jeweiligen Konzepte in einem ständigen Wandel begriffen sind, ist es unerlässlich, die koloniale Unterdrückung und die

---

<sup>18</sup> Auch auf Seiten der imperialistischen Mächte stellt sich das Problem der Übergangsformen. So schrieb Lenin 1916, dass es nicht nur einen „Kolonialimperialismus“ britischer Prägung gebe, sondern dass die imperialistische Unterdrückung auch durch andere Mechanismen erfolgen könne, wie im Falle des französischen Imperialismus, den er als „Wucher“ bezeichnet, oder des deutschen Imperialismus, der keine großen Kolonien besitze und dessen Kapital in den fortgeschrittenen Ländern Europas und in den Vereinigten Staaten angelegt sei (ebd.). (Imperialistische Länder, die in andere imperialistische Länder investieren, was für ein Horror, ein Angriff auf die unverrückbaren Muster! Was kommt als nächstes? China ohne Kolonien zu beschuldigen, imperialistisch zu sein?)



finanzielle Ausbeutung in ihrer Entwicklung zu analysieren. Nur so ist Lenins Warnung vor Persien und China zu verstehen, die von halbkolonialen Ländern mit begrenzter Unabhängigkeit im Begriff waren, vollständig zu Kolonien zu werden, die politisch völlig untergeordnet waren.<sup>19</sup> Aber es erlaubt uns auch zu verstehen, dass die koloniale oder abhängige Situation nicht über Jahre hinweg statisch bleibt und dass ein Land, das sich vor Jahrzehnten in einer solchen Situation befand und auf die ungleiche Entwicklung des Kapitalismus reagierte, den Sprung schaffen und seinen Platz als aufstrebendes imperialistisches Land behaupten kann, wie es Brasilien, Südafrika, der Iran oder die Türkei in den letzten Jahrzehnten zumindest in ihrer Region versucht haben.

## **Die Debatte über koloniale und abhängige Länder in der Kommunistischen Internationale**

Die Charakterisierung der Länder, die unter der Unterdrückung des Finanzkapitals durch den Imperialismus stehen, war für die Kommunistische Internationale ein Problem von größter Bedeutung, da davon die richtige Einschätzung des Charakters der Revolution in diesen Ländern und die Festlegung einer revolutionären Strategie mit der entsprechenden Taktik abhing; eine der am meisten diskutierten Fragen war die Rolle, die gegenüber der „nationalen“ Bourgeoisie eingenommen werden sollte.

Das Kolonialproblem wurde erstmals auf dem Zweiten Kongress (1920) der Kommunistischen Internationale (KI) in den „Thesen und Ergänzungen zu den nationalen und kolonialen Problemen“ in besonderer Weise analysiert. Was das nationale Problem betrifft, so enthalten die Thesen drei Warnungen, die man immer im Hinterkopf behalten muss, um nicht die Orientierung zu verlieren: [man müsse ausgehen] „erstens von einer genauen Einschätzung der konkreten historischen und vor allem der ökonomischen Situation; zweitens von einer klaren Herauslösung der Interessen der unterdrückten Klassen, der Werktätigen, der Ausgebeuteten, aus dem allgemeinen Begriff der Volksinteressen schlechthin, der die Interessen der herrschenden Klasse bedeutet; drittens von einer ebenso klaren Unterscheidung zwischen unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten und unterdrückenden,

---

<sup>19</sup> Oder heute mit der Situation in Palästina oder Haiti.

ausbeutenden, vollberechtigten Nationen“ (Lenin Werke 31, S. 133, im spanischen Original zitiert nach Los cuatro primeros congresos de la Internacional Comunista. Primera parte: 151-152).

Auf diesem Kongress wurden die nationale und die koloniale Problematik gemeinsam behandelt, und obwohl sie im Allgemeinen miteinander verwoben sind, bleiben sie qualitativ unterschiedlich.<sup>20</sup> In den Thesen wird unterschieden zwischen rückständigeren Nationen und Staaten, „in denen feudale oder patriarchalische und patriarchalisch-bäuerliche Verhältnisse überwiegen“, eine Situation, die alle kommunistischen Parteien unter anderem dazu verpflichtet „erstens [...] die bürgerlich demokratische Befreiungsbewegung in diesen Ländern [zu] unterstützen (...) viertens die Notwendigkeit, speziell die Bauernbewegung in den zurückgebliebenen Ländern gegen die Gutsherren, gegen den Großgrundbesitz, gegen alle Erscheinungsformen oder Überreste des Feudalismus zu unterstützen (...) fünftens [...] Die Kommunistische Internationale muß ein zeitweiliges Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie der Kolonien und der zurückgebliebenen Länder eingehen, darf sich aber nicht mit ihr verschmelzen, sondern muß unbedingt die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung — sogar in ihrer Keimform — wahren“ (Lenin Werke 31, S. 137 f, im spanischen Original zitiert nach Los cuatro primeros congresos de la Internacional Comunista. Primera parte: 155-156)

Die in dieser These dargelegte Spaltung ist von grundlegender Bedeutung, auch wenn sie vielleicht unbemerkt bleibt, da sie den Kommunistischen Parteien verbindliche Aufgaben auferlegt. Der Prüfstein ist nicht in formalen Elementen wie der politischen Unabhängigkeit zu finden, sondern in der Charakteristik des Landes, seiner wirtschaftlichen Rückständigkeit, die sich in der Vorherrschaft feudaler oder patriarchalischer Verhältnisse ausdrückt. Aus

---

<sup>20</sup> Im Jahr 1920, dem Jahr, in dem dieser Kongress stattfand, war die Lösung des Kolonialproblems in Sowjetrußland noch im Gange, und es sollte noch drei Jahre dauern, bis 1922 die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gegründet wurde. Außerdem nahmen nur wenige Kolonialländer am 1. und 2. Kongress teil, und es waren hauptsächlich europäische Organisationen, die daran teilnahmen. Aus diesem Grund wurde bei der Analyse der nationalen Frage das Hauptaugenmerk auf den europäischen Fall gelegt: hauptsächlich auf den Balkan, Mitteleuropa und Irland.

den ersten beiden Vorbehalten geht hervor, dass das Bündnis mit der „nationalen Bourgeoisie“ nicht überall dort angewendet werden kann, wo es ein koloniales oder nationales Problem gibt, sondern nur in den Ländern, die wirtschaftlich rückständig sind.

Die ergänzenden Thesen, die auf der Grundlage des Vorschlags des indischen Kommunisten M.N. Roy verfasst wurden, entfalteten die kapitalistischen Verhältnisse in den Kolonien und definierten den Charakter der Revolution in diesen Ländern. Sie erklärten die Rolle der Kolonien in der imperialistischen Kette als „eine der Hauptquellen der Kräfte des europäischen Kapitalismus“, da sie über große Märkte und ausgedehnte Ausbeutungsgebiete verfügten, die den „kapitalistischen Mächten Europas“ neben dem dort erzielten Mehrwert zusätzliche Märkte für den Verkauf der Überproduktion und Quellen für Rohstoffe lieferten. Der Besitz und die Ausbeutung der Kolonien wurden zu einem großen Hindernis für die Niederlage des Kapitalismus.

Gleichzeitig verhinderte der ausländische Imperialismus, dass sich die Kolonien sozial und wirtschaftlich im gleichen Maße entwickelten wie die Klassen in Europa und Amerika. „Dank der imperialistischen Politik, die bestrebt ist, die industrielle Entwicklung in den Kolonien aufzuhalten, hat das eingeborene Proletariat eigentlich erst vor kurzem zu existieren begonnen. (...) Die lokal zersplitterte Hausindustrie hat der zentralisierten Industrie der imperialistischen Länder den Platz geräumt; infolgedessen wurde die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung gezwungen, sich mit Ackerbau zu beschäftigen und die Rohstoffe ins Ausland auszuführen. Andererseits ist eine schnell anwachsende Konzentration des Bodens in den Händen der Großgrundbesitzer, der Kapitalisten und des Staates zu beobachten, was wieder zur Vermehrung der Zahl der landlosen Bauern beiträgt.“ (zitiert nach der deutschen Version der Ergänzungsthesen über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, im spanischen Original zitiert nach Los cuatro primeros congresos de la Internacional Comunista. Primera parte: 159)

Die Schlussfolgerung war einfach: Wenn die Fremdherrschaft die freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte und damit die Bildung einer starken Arbeiterklasse behindert, muss der erste Schritt der Revolution in den Kolonien die Zerstörung dieser Fremdherrschaft sein. Obwohl die Nuance wichtig ist, impliziert das imperialistische Wesen die wirtschaftliche Ausbeutung der Kolonien als eine Säule der Stärke des Kapitalismus, aber es

ist nur ein sekundäres Merkmal die Behinderung der industriellen Entwicklung, die nicht Teil des Imperialismus als Phase ist, sondern nur eine imperialistische, und daher eine vorübergehende Politik.<sup>21</sup>

Die Thesen machten deutlich, dass die Revolution in ihrer ersten Phase nicht kommunistisch sein konnte, aber dass die Führung von Anfang an in den Händen einer kommunistischen Avantgarde liegen sollte, um die Massen nicht zu desorientieren. Die Revolution in den Kolonien müsse kleinbürgerliche Reformen auf dem Lande durchführen, z.B. die Landverteilung, aber nicht notwendigerweise die Führung in die Hände der bürgerlichen Demokratie legen, sondern Propaganda entwickeln und Bauern- und Arbeitersowjets organisieren, die in enger Zusammenarbeit mit den Räterepubliken zum Kommunismus führen, ohne die verschiedenen Stadien der kapitalistischen Entwicklung zu durchlaufen (Ebenda: 160).

Der Vierte Kongress der KI (1922), der die auf dem Zweiten Kongress angenommenen Thesen bestätigte<sup>22</sup>, stellte eine Schwächung der imperialistischen Macht über die Kolonien fest, die nicht nur die Rivalität zwischen den verschiedenen imperialistischen Gruppen verstärkte, sondern auch „die Entwicklung des einheimischen Kapitalismus in den kolonialen und halbkolonialen Ländern erleichterte“. Bis dahin hatte das Finanzkapital der Metropolen „in seinem Versuch, den Mehrwert der Ausbeutung, der kommerziellen, industriellen und fiskalischen Ausbeutung der rückständigen Länder zu monopolisieren, versucht, letztere vom Weltwirtschaftskreislauf zu

---

<sup>21</sup> Auf dem Dritten Kongress der KI (1921) wird erwähnt, dass „die Entwicklung der nationalen Industrie in diesen Ländern (Kolonialländer wie Südamerika, Kanada, Australien, Indien, Ägypten) wiederum eine Quelle neuer Handelsschwierigkeiten für England und für ganz Europa wird“ (Übersetzung aus dem Spanischen nach Los cuatro primeros congresos de la Internacional Comunista. Segunda parte: 14-15). Diese Länder nutzten die Unterbrechung der internationalen Verbindungen, um ihre einheimische Industrie zu entwickeln; die Entwicklung oder die Behinderung der industriellen Entwicklung der Kolonien ist keine unheilbare Krankheit, sondern ein konkreter Streitpunkt zwischen imperialistischen Interessen.

<sup>22</sup> Auf diesem Kongress wird das koloniale Problem als „die Frage des Ostens“ dargestellt, was eine Antwort auf das Aufkommen der Befreiungskämpfe bis 1924 in verschiedenen Ländern des asiatischen Kontinents und des Nahen Ostens, vor allem in China, Indien, der Türkei und Ägypten, darstellt.

isolieren“. Auf diesem Kongress wird er als unauflösbarer Widerspruch zwischen den „Interessen des Weltkapitalismus“ und dem „Fortschritt der einheimischen Produktivkräfte in den Kolonien“ dargestellt, denn „das Wesen des Imperialismus besteht in der Ausnutzung des unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte in den verschiedenen Sektoren der Weltwirtschaft mit dem Ziel, die Gesamtheit des monopolisierten Mehrwerts zu sichern“ (Ebenda).

Aufgrund dieser Situation beschloss die Kommunistische Internationale, „jede national-revolutionäre Bewegung, die sich gegen den Imperialismus richtet“, zu unterstützen, ohne jedoch „die bestehende Verbindung zwischen der einheimischen Bourgeoisie und den reaktionären feudalen Elementen“ aus den Augen zu verlieren, eine Verbindung die so eng ist dass man sagen kann, dass die „Nationalisten ideologisch und politisch von den Großgrundbesitzern abhängen“, weshalb diese „einheimische Bourgeoisie“ eine hybride Politik betreibt, aus Angst vor Agrarparolen, die sie so weit wie möglich unterdrückt (Ebenda: 227). Zu Beginn übernehmen die Bourgeoisie und die Intellektuellen die Rolle der Avantgarde im kolonialen Kampf, aber wenn sich die proletarischen und bäuerlichen Massen diesen Bewegungen anschließen, „entfernen sich Elemente der Großbourgeoisie und der Bourgeoisie des Großgrundbesitzes“.

Der Fünfte Kongress der KI (1924) brachte keine besondere These zur Kolonialfrage hervor<sup>23</sup>, obwohl auf der 20. und 21. Tagung (30. Juni bzw. 1. Juli 1924) eine Diskussion zu diesem Thema stattfand. D. Z. Manuilsky, der von 1924 bis zu ihrer Auflösung Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale war, stellte zu Recht fest, dass der Zweite Kongress der KI die Haltung der jungen kommunistischen Parteien gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung der an die Macht gelangten Bourgeoisie festgelegt hatte, fügte aber hinzu, dass sich diese Situation in zwei Ländern des Ostens geändert hatte, was bedeutete, die Haltung gegenüber einer Bourgeoisie festzulegen, die bereits an die Macht gelangt war (Fünfter Kongress der Kommunistischen Internationale. Berichte, Übersetzung aus

---

<sup>23</sup> Im Gegensatz dazu gab es eine spezifische These „Zum nationalen Problem in Mitteleuropa und auf dem Balkan“.

dem Spanischen nach V Congreso de la Internacional Comunista. Informes: 273).

In dieser Diskussion kritisiert Manuilsky die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) dafür, dass sie eine so klare Situation wie die Position, die im Klassenkampf angesichts einer an die Macht gekommenen Bourgeoisie einzunehmen ist, nicht versteht. Er kritisierte die TKP dafür, dass sie empfahl, „das nationale Kapital gegen das ausländische Kapital zu unterstützen“, und wies darauf hin, dass die gleiche Tendenz in Russland mit dem legalen Marxismus von Struve existierte, der die Arbeiterklasse aufforderte, den Kapitalismus zu unterstützen. Beide Fehler rühren von der Verwechslung der Entwicklung der Produktionskräfte mit der Entwicklung des Kapitals her (ebd.: 273-274).<sup>24</sup>

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Kongressen entwickelte der Sechste Kongress der KI (1928) keine Thesen und Resolutionen zu den verschiedenen Einzelproblemen, sondern legte ein „Programm für die proletarische Weltdiktatur, ein Programm des Kampfes für den Weltkommunismus“ fest (Sechster Kongress der Kommunistischen Internationale. Hier und im Folgenden übersetzt aus dem Spanischen nach VI Congreso de la Internacional Comunista. Primera parte: 249). Aus diesem Grund wurde verstärkt versucht, die wesentlichen Merkmale der Wirtschaft in den Kolonien und der imperialistischen Kolonialpolitik zu systematisieren, um die allgemeine Strategie und Taktik für diese Länder festzulegen. In der ersten diesbezüglichen Erklärung stellt die Kommunistische Internationale fest, dass

---

<sup>24</sup> Diese Verwirrung und ihre opportunistische Anwendung hat sich bis zur Absurdität in Fällen von imperialistischen Ländern wiederholt, wie im Fall der Besetzung des deutschen Ruhrgebiets durch Frankreich, aus dem Thalheimer (Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Jahre später als Opportunist und Trotzkiist ausgeschlossen) begann, eine Reihe von Artikeln zu veröffentlichen, in denen er den Kampf für den Sozialismus durch einen Kampf für nationale Befreiung ersetzte. Manuilski kritisierte diese Position, indem er darauf hinwies, dass Thalheimer vergaß, dass Deutschland über ein entwickeltes Industrieproletariat verfügte und sich in der Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus befand, und spottete über diese Tatsache, als ob „Deutschland dank der Besetzung des Ruhrgebiets zu einem wirtschaftlichen und sozialen Zustand zurückgekehrt wäre, der so primitiv war wie der von Marokko“ (ebd.: 274).

die Geschichte der Kolonien nur verstanden werden kann, wenn man sie „als integralen organischen Bestandteil der Geschichte der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft als Ganzes, von ihren ältesten Formen bis zu ihrem letzten Stadium, dem Imperialismus“, betrachtet (ebd.: 195).

In dem Maße, wie die Kolonien vom Kapitalismus in seine Weltwirtschaft eingegliedert wurden, kommen „alle charakteristischen Merkmale (...) der kapitalistischen Produktionsweise und der bürgerlichen Gesellschaftsordnung wie in einem Spiegel in der wirtschaftlichen und politischen Geschichte der kolonialen und halbkolonialen Länder zum Ausdruck“ (ebenda: 195). Diesen Thesen zufolge werden die schädlichen Folgen der kapitalistischen Entwicklung in den Kolonien reproduziert, vor allem in der ersten Phase ihrer Existenz, aber die fortschrittlichen Folgen des Kapitalismus sind nur in geringem Maße spürbar.

In den Thesen des Sechsten Kongresses werden zwei Arten von Kolonialländern unterschieden, nämlich solche, die als Kolonisationsgebiete für die überschüssige Bevölkerung dienen und zu einer „Erweiterung ihres kapitalistischen Systems“ werden (Australien, Kanada usw.), und solche, die „von den Imperialisten als Verbrauchermärkte, Rohstoffquellen und Gebiete für die Platzierung von Kapital ausgebeutet werden“ (ebd.: 196).

Dieser Kongress definiert das „imperialistische Regime“<sup>25</sup> sehr präzise als „ein Monopol der Bourgeoisie des imperialistischen Landes in dem jeweiligen abhängigen Land, das nicht nur auf wirtschaftlichem Druck, sondern auch auf außerwirtschaftlichem Zwang beruht und im Übrigen ein Monopol ist, das zwei Hauptfunktionen erfüllt: Sie dient einerseits der skrupellosen Ausbeutung der Kolonien (verschiedene Formen der direkten und indirekten Besteuerung, Superprofite [...], Lieferung von billigen Rohstoffen [...], Ausbeutung der Arbeitskraft usw. ); und andererseits dient das imperialistische Monopol der Aufrechterhaltung und Entwicklung der eigenen Existenzbedingungen, d.h. es erfüllt die Funktion der Versklavung der Massen in den Kolonien“. (Ebd.: 197).

---

<sup>25</sup> Vergessen wir hier nicht die Warnung von vorhin: Dass alle Imperialisten nach eigenen Kolonien streben, um sie auszubeuten und ihre Völker zu versklaven, bedeutet nicht, dass jeder Imperialismus kolonial ist; das Finanzkapital hat andere Wege gefunden, die Welt aufzuteilen und auszubeuten.

Die allgemeine Tendenz der imperialistischen Länder besteht darin, ihre Kolonien „zu einem untergeordneten integralen Bestandteil des jeweiligen imperialistischen Systems zu machen und sie in dieses System einzugliedern im Interesse der Gewährleistung (sic) wirtschaftlicher Autarkie, um mit anderen imperialistischen Systemen zurechtzukommen, andererseits aber auch in dem Sinne, dass die Kolonien aus den unmittelbaren Beziehungen zur Weltwirtschaft als Ganzes amputiert werden und die Funktion eines obersten Vermittlers und Reglers aller ihrer wirtschaftlichen Kontakte mit der Außenwelt übernehmen“ (Ebenda: 200). Um das Monopol der Kolonie aufrechtzuerhalten, versucht das imperialistische Land, die einseitige Abhängigkeit der Kolonien von der Metropole zu verstärken und sie zu zwingen, die Interessen ihrer autonomen Entwicklung zu opfern und die Rolle eines bloßen wirtschaftlichen Anhängsels zu übernehmen. Die traditionelle Wirtschaftsordnung der Kolonien wird zerstört und der Kette des Finanzkapitals untergeordnet, wodurch das Gleichgewicht der Produktionszweige gestört und die Entwicklung der Produktivkräfte in den Kolonien künstlich behindert wird.

Die Wirtschaftspolitik des Imperialismus in den Kolonien geht Hand in Hand mit dem Ziel, „ihre Abhängigkeit aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, ihre Ausbeutung zu verstärken und so weit wie möglich auf ihre autonome Entwicklung hinzuarbeiten“. Der Kapitalexport in den Kolonien beschleunigt tendenziell die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse, aber nie mit dem Ziel, die Unabhängigkeit zu fördern, sondern eher, um die Abhängigkeit vom imperialistischen Finanzkapital zu verstärken. Nur unter dem Druck besonderer Umstände kann die Bourgeoisie der imperialistischen Staaten gezwungen werden, die Entwicklung der Großindustrie in den Kolonien zu fördern. So kann sie beispielsweise zur Kriegsvorbereitung zur Entwicklung bestimmter Industrien wie der Metallurgie oder der Chemie führen; die Konkurrenz durch stärkere Konkurrenten kann Zugeständnisse in der Zollpolitik erzwingen; oder um die Bourgeoisie der Kolonialländer in Zeiten der Revolutionsbewegung zu bestechen, kann sie den wirtschaftlichen Druck bis zu einem gewissen Grad lindern. Doch sobald diese außergewöhnlichen Umstände ihren Einfluss verlieren, zielt die Wirtschaftspolitik der imperialistischen Staaten sofort auf Unterdrückung ab (ebd.: 204).



In der Absicht, als Programm für die Weltrevolution des Proletariats zu dienen, legte der Sechste Kongress ein Schema der grundlegenden Revolutionstypen vor, die ineinandergreifen, um in ihrer Endphase die Weltdiktatur des Proletariats zu erreichen:

„Hochentwickelte kapitalistische Länder (Vereinigte Staaten, Deutschland, England usw.) mit mächtig entfaltetem Produktivkräften, weitgehend zentralisierter Produktion, verhältnismäßig geringem spezifischen Gewicht der Kleinbetriebe und mit einem bereits seit langem bestehenden bürgerlich-demokratischen politischen Regime. In diesen Ländern ist die politische Hauptforderung des Programms der unmittelbare Übergang zur Diktatur des Proletariats (...“

„Länder auf mittlerer kapitalistischer Entwicklungsstufe (Spanien, Portugal, Polen, Ungarn, die Balkanländer usw.) mit erheblichen Resten halbfeudaler Verhältnisse, in der Landwirtschaft, mit einem gewissen Minimum der materiellen Voraussetzungen zum Aufbau des Sozialismus, Länder, in denen die bürgerlich-demokratische Umwälzung nach nicht abgeschlossen ist. In manchen dieser Länder ist ein mehr oder minder rasches Umschlagen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische, in anderen sind Typen proletarischer Revolutionen mit umfangreichen Aufgaben bürgerlich-demokratischer Natur möglich (...“

„Koloniale und halbkoloniale Länder (China, Indien usw.) und abhängige Länder (Argentinien, Brasilien usw.) mit bestimmten Ansätzen, zuweilen sogar mit einer erheblichen, für einen selbständigen Aufbau des Sozialismus meist jedoch ungenügenden Entwicklung der Industrie; mit vorherrschenden mittelalterlich feudalen Verhältnissen oder der „asiatischen Produktionsweise“ sowohl in der Wirtschaft als auch im politischen Überbau; schließlich mit Konzentration der ausschlaggebenden Industrie-, Handels- und Bankunternehmungen, der wichtigsten Transportmittel, der Latifundien, Pflanzungen usw. in der Hand ausländischer imperialistischer Gruppen. (...) Der Übergang zur proletarischen Diktatur ist hier in der Regel erst über eine Reihe von Vorbereitungsstufen, erst als Ergebnis einer ganzen Periode des Umschlagens der bürgerlichdemokratischen Revolution in die sozialistische möglich. Der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus ist in den meisten dieser

Länder nur möglich bei unmittelbarer Unterstützung durch die Länder der proletarischen Diktatur.“ (Ebenda: 286-287)<sup>26</sup>

Der Charakter der Revolution wird in den folgenden Abschnitten skizziert. Der Charakter der Revolution ist, wie aus den jeweils beschriebenen Merkmalen hervorgeht, in der Entwicklung der Produktivkräfte eines jeden Landestyps umrissen, die objektiv den sozialistischen Aufbau ermöglichen.<sup>27</sup>

Im Falle der Kolonien und abhängigen Länder war nicht ihre Situation als solche, d.h. ihr Zustand als vom Imperialismus ausgebeutete Länder, sondern der niedrige Entwicklungsstand ihrer Produktivkräfte ausschlaggebend dafür, dass die Revolution zunächst nicht sozialistisch sein konnte.<sup>28</sup>

Im Bericht der lateinamerikanischen Delegation zum Programm des Sechsten Kongresses leistete Ricardo Paredes, Gründer und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Ecuadors im Jahr 1931, einen enormen Beitrag zum Kolonialproblem, indem er die Situation der „abhängigen“ Länder präziserte, aber vor allem auf die Notwendigkeit hinwies, die Entwicklung des Kapitalismus in den Kolonien und den abhängigen Ländern zu berücksichtigen. Ricardo Paredes argumentiert, dass das Programm des 6.

---

<sup>26</sup> Das Schema stellt einen weiteren Fall dar, nämlich den von noch rückständigeren Ländern, wie in einigen Teilen Afrikas, wo es fast keine Arbeiter und keine nationale Bourgeoisie gibt, die Mehrheit der Bevölkerung in Form von Stämmen lebt und der ausländische Imperialismus die Rolle eines militärischen Besatzers spielt.

<sup>27</sup> Wie die Thesen dieses Kongresses deutlich machen, wird die Möglichkeit, sich unter objektiven, günstigen Bedingungen in die Realität zu verwandeln, „durch den Kampf und nur durch den Kampf bestimmt. Deshalb ist es die Pflicht aller Kommunisten, für eine solche Entwicklung in Theorie und Praxis einzutreten und selbstlos dafür zu kämpfen“. (Ebd.: 194)

<sup>28</sup> Aber es kann sein, dass die kapitalistische Entwicklung und die Entwicklung der Produktivkräfte in den Kolonien und den abhängigen Ländern voranschreiten, wie Stalin 1925 zu Recht feststellte: „Bisher hat man vom Osten als einem homogenen Ganzen gesprochen. Jetzt ist jedem klar, dass es den einheitlichen, homogenen Osten nicht mehr gibt, dass es jetzt Kolonien gibt, die vom kapitalistischen Standpunkt aus entwickelt sind oder sich entwickeln, und Kolonien, die zurückgeblieben sind oder zurückbleiben, für die nicht derselbe Maßstab gelten kann“ (Stalin, Bilanz der Arbeit der 14. Konferenz der KPR(B)).

Kongresses „die Entwicklung des Kapitalismus in den kolonialen und halbkolonialen Ländern nicht richtig wiedergibt“. Und er fügt hinzu, dass es notwendig ist, „die Form der imperialistischen Herrschaft in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, die Art und Weise, in der sich der nationale Kapitalismus entwickelt, seine Beziehungen zum Imperialismus klar zu definieren“ (Sechster Kongress der Kommunistischen Internationale. Zweiter Teil: 177).

Um die Entwicklung des nationalen Kapitalismus und seine Beziehung zum Imperialismus zu erklären, ging Paredes vom Fall der lateinamerikanischen Länder aus, in denen vor allem die Vereinigten Staaten und Großbritannien in den Kolonien eine extraktive Industrie geschaffen hatten, die sich in großem Umfang entwickelt hatte. Sie versuchten, die verarbeitende Industrie in sehr kleinem Maßstab zu entwickeln, um die Industrie der Metropolen nicht zu schädigen und diese Länder zu zwingen, Fertigprodukte aus den Metropolen zu kaufen. Im Gegensatz dazu „versucht der nationale Kapitalismus, eine verarbeitende Industrie zu schaffen, aber die gesamte Wirtschaftspolitik des Imperialismus arbeitet dagegen an“.

In die freien Länder dringt der Imperialismus durch den Handel des Finanzkapitals ein. Der Imperialismus schafft eine starke wirtschaftliche Position und erobert gleichzeitig politische Positionen. Paredes weist jedoch darauf hin, dass es Länder gibt, die einer wirtschaftlichen und politischen Beherrschung eher widerstehen, „entweder weil sie größer und daher schwieriger zu unterwerfen sind, oder weil sie von ihrer geografischen Lage oder von der Konkurrenz anderer Imperialismen profitieren.“ Die ‚abhängigen‘ Länder seien die Länder, die aufgrund einer relativ großen politischen Kraft „in der Lage sind, der imperialistischen Durchdringung [mit dem Ziel der Kolonisierung] zu widerstehen“, wie Brasilien, Argentinien, Mexiko. Weiter fügt er hinzu, dass es sich um „Länder handelt, in denen die Kraft des Imperialismus nicht überwiegt.“ Dies ist entweder auf die politische Stärke dieser Länder (Argentinien, Brasilien) oder auf die schwache wirtschaftliche Durchdringung des Imperialismus (Ecuador) zurückzuführen. Aufgrund dieser fehlenden Vorherrschaft des Imperialismus schreitet die Entwicklung des Kapitalismus schneller voran als in den Kolonien, was zu einem stärkeren Proletariat und einer stärkeren nationalen Bourgeoisie und damit zu einer größeren Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Kapital

und Arbeit führt. Aus diesem Grund kritisiert Paredes die Tendenz in den abhängigen Ländern, die Stärke des Proletariats und der Bourgeoisie zu unterschätzen und die Stärke der Bauernschaft zu überschätzen, was die Strategie in diesen Ländern verändert.<sup>29</sup> Auf dem Siebten Kongress der KI (VII) kritisierte Paredes, dass das Proletariat und die Bourgeoisie unterschätzt wurden.

Auf dem Siebten Kongress der KI (1935)<sup>30</sup> legte Van Min (Chen Shao Yu) den Bericht über das koloniale und halbkoloniale Problem vor und beschrieb die Veränderungen, die seit dem Sechsten Kongress und 1935 stattgefunden hatten. Van Min nannte zwei Hauptmerkmale: die verstärkte Offensive des Imperialismus auf breiter Front gegen die kolonialen und halbkolonialen Völker und das Anwachsen der Kräfte der kolonialen Revolutionen. Diese beiden Änderungen führten objektiv zu drei wichtigen Konsequenzen, da sie die Taktik der damaligen Zeit veränderten:

Die wachsende Unzufriedenheit und Empörung des gesamten Volkes gegen den Imperialismus und seine Agenten im Inneren des Landes, die günstige Voraussetzungen für die Bildung der antiimperialistischen Einheitsfront schaffen. Eine gewisse Verschärfung der Widersprüche zwischen der kolonialen und der imperialistischen Bourgeoisie, zwischen den

---

<sup>29</sup> „Die Rolle der nationalen Bourgeoisie in den verschiedenen Bewegungen des Proletariats und der Bauernschaft ist in den verschiedenen Ländern unterschiedlich. Erstens: In den abhängigen Ländern, in denen es bereits eine nationale Bourgeoisie gibt, die eine politische Kraft darstellt, wird diese Kraft nicht gegen die Imperialisten eingesetzt, sondern gegen das Proletariat, das für seine Klassenforderungen kämpft. Der Hauptkampf muss hier gegen die nationale Bourgeoisie geführt werden, die mit den Imperialisten verbündet ist (...) Meiner Meinung nach unterschätzen die Thesen die Stärke der nationalen Bourgeoisie“ (Übersetzung aus dem Spanischen nach VI Congreso de la Internacional Comunista. Segunda Parte: 355).

<sup>30</sup> Der Siebte Kongress der Kommunistischen Internationale hatte die Tragik, dass er auch der letzte Kongress war und dass seine Resolutionen, Berichte und konkreten Vereinbarungen, die einer historischen Zeitschrift entsprachen, im Laufe der Jahre in allgemeine Umrisse umgewandelt wurden. Seltsamerweise sind es gerade diejenigen, die sich als Kämpfer gegen Dogmatismus und unabhängig von äußeren Einflüssen darstellen wollten, die am Ende die vom Siebten Kongress festgelegte Taktik wiederholen.

konkurrierenden imperialistischen Mächten und zwischen den Gruppen und Schichten der kolonialen Bourgeoisie und den Großgrundbesitzern, die die Möglichkeit bietet, diese Widersprüche zur Entwicklung der revolutionären Massenbewegung zu nutzen. Die Schwächung des Einflusses des Nationalreformismus unter den Massen, die Bildung nationalrevolutionärer linker Flügel unter den nationalreformistisch-bürgerlichen Parteien und Gruppen.

Stärkung der Rolle und der Autorität des Proletariats und seiner Partei (Faschismus, Demokratie und Volksfront. Siebter Kongress der Kommunistischen Internationale. Übersetzung aus dem Spanischen nach (Fascismo, democracia y frente popular. VII Congreso de la Internacional Comunista: 263 )

Angesichts des Vormarsches des Faschismus und der wachsenden Gefahr eines imperialistischen Krieges und erst recht eines Krieges gegen die Sowjetunion vollzog die Kommunistische Internationale in dieser Zeit eine taktische Wende, die sich auch auf die Kolonialfrage auswirkte. Eine Analyse der Beschlüsse und Auswirkungen dieser politischen Wende auf dem Siebten Kongress fehlt, aber unabhängig davon betraf ihr Gesamtorschlag nur den Bereich der Taktik. Das Problem trat auf, als die KI 1943 aufgelöst wurde und sich die für diesen Zeitraum vorgeschlagenen Taktiken in der Strategie der verschiedenen kommunistischen Parteien zu ändern begannen. Die alte Kommunistische Partei Mexikos bildete da keine Ausnahme und blieb schließlich für mehrere Jahre in der nationalen Befreiungsbewegung stecken und trieb die mexikanische Revolution an der Seite des "nationalrevolutionären" Flügels der mexikanischen Bourgeoisie voran.

## **Das Konzept der „nationalen Bourgeoisie“.**

Das Konzept der „nationalen Bourgeoisie“ kann irreführend sein und zu verschiedenen Missverständnissen führen, wenn es nicht kritisch analysiert wird. Gegenwärtig wird dieser Begriff, um einen bekannten Fall anzusprechen, in Mexiko verwendet, um die mexikanische Bourgeoisie zu bezeichnen, deren Wesen es ist, gegen den Imperialismus und für die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, vorzugsweise des „mittleren“ Industriekapitals, zu sein. Eine solche Idee hat als ideologische Grundlage die Position von Vicente Lombardo Toledano, die auf subtile Weise alle

kommunistischen und revolutionären Gruppierungen in Mexiko durchdrang, einschließlich der inzwischen aufgelösten Kommunistischen Partei Mexikos. Ein so metaphysisch verwendetes Konzept kann zu einer solchen Psychose führen, dass es heute in Mexiko Organisationen gibt, die, nachdem sie vergeblich, sogar unter Steinen, nach „nationalistischen Industriellen und Geschäftsleuten“ gesucht haben, die die „Interessen der Nation“ verteidigen können und mit denen sich die Arbeiterklasse nach dem Schema von Lombardo Toledano verbünden sollte, ihr Verschwinden als soziale Klasse erklärt haben! (Natürlich ist es einfacher, eine soziale Klasse mit einem Federstrich verschwinden zu lassen, als zu akzeptieren, dass sie sich verändern oder eine unwesentliche Eigenschaft verlieren kann).

Marx und Engels pflegten die Bourgeoisie eines jeden Landes beim Namen zu nennen, während Lenin sich über den Opportunismus lustig machte, der die internationale Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg zersetzte, indem er aufzeigte, dass die Politik der Kriegsteilnahme im Namen „seines“ Landes nichts anderes als ein verschleierte Versuch war, „seine“ Bourgeoisie im Kampf um die Aufteilung der Welt zu unterstützen. Solange sich der Kapitalismus in den unabhängigen Nationalstaaten entwickelte, gab es keinen Grund für Missverständnisse, der Begriff der „nationalen Bourgeoisie“ war überflüssig.

Die Frage wurde komplex, als sich die kapitalistischen Beziehungen auf Gebiete ausdehnten, in denen nationale Unterdrückung herrschte. Mit der Herausbildung einer Bourgeoisie in den unterdrückten Nationen beginnt „die grundlegende Frage für die junge Bourgeoisie“, nämlich der Markt. „Ihr Ziel ist, ihre Waren abzusetzen und aus dem Konkurrenzkampf gegen die Bourgeoisie anderer Nationalität als Sieger hervorzugehen. Daher ihr Wunsch, sich ihren „eigenen“, „heimatlichen“ Markt zu sichern. Der Markt ist die erste Schule, in der die Bourgeoisie den Nationalismus erlernt.“

Aus diesem wirtschaftlichen Kampf um den Markt entsteht einerseits eine Vereinigung der Bourgeoisie „der herrschenden Nation“, um eine Reihe von restriktiven Maßnahmen zu ergreifen, die in Repression umschlagen (Einschränkung der Freizügigkeit, Sprachbeschränkungen, Einschränkung des Wahlrechts, Einschränkung der Schulen, Einschränkung der Religion usw.). Auf der Grundlage dieser ständigen Schikanen setzt sich die Bourgeoisie „der unterdrückten Nation“ in Bewegung, appelliert an die Volksmassen ihres

Landes, „erhebt ein Geschrei vom „Vaterland“ und gibt ihre eigene Sache für die Sache des ganzen Volkes aus.“ (Stalin, Marxismus und nationale Frage).

Für Lenin und Stalin war klar, dass das Wesen der Bourgeoisie im Streben nach Profit und kapitalistischer Akkumulation besteht, was sie dazu bringt, den Markt anzufechten. Das „nationale“ Merkmal einer bestimmten Bourgeoisie ist lediglich eine Funktion des Kampfes um den Markt und der Notwendigkeit, diese Interessen als die Interessen des gesamten Volkes darzustellen.

Auf den verschiedenen Kongressen der Kommunistischen Internationale werden je nach Übersetzung die Adjektive indigen, einheimisch, national, autochthon oder lokal verwendet, um die Bourgeoisie zu bezeichnen, der die Tatsache gemein ist, dass sie einem kolonialen oder halbkolonialen Land angehört. Das Hauptmerkmal dieses Konzepts ist natürlich, dass die Hauptstädte dieser Bourgeoisie zu einer Nation gehören, die unter dem imperialistischen Joch steht. Nicht die politischen Interessen, die sie zu einem bestimmten Zeitpunkt vertritt, noch die Größe oder der Wirtschaftssektor können die „nationale“ Bourgeoisie definieren, sondern einfach ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation. Diese Aussage kann für diejenigen, die die Idealisierung einer „nationalistischen Bourgeoisie“ so verinnerlicht haben, als große Ketzerei angesehen werden, dass es sich lohnt, zwei Anmerkungen zu machen, um die Idee noch deutlicher zu machen:

Es gibt einige Merkmale, die jene Bourgeoisien einer unterdrückten Nation, die sich gegen den Imperialismus gestellt haben, früher hatten. Es wäre jedoch ein schwerwiegender logischer Fehler, den Sinn des Arguments umzukehren und zu behaupten, dass jegliches Industriekapital aufgrund dieser Tatsache national oder mehr noch, nationalistisch sein muss. Die politische Position, die das industrielle Kapital eines unterdrückten Landes einnimmt, hängt natürlich von objektiven, aber konkreten Interessen ab, d.h. von der Gesamtheit der bestehenden Widersprüche (ein einfaches Beispiel ist die gegensätzliche Position der industriellen Bourgeoisie von Monterrey im Jahr 1936 in Bezug auf die cardenistische Regierung).

In den Thesen der KI wurde die Bourgeoisie, die eine antiimperialistische Position vertrat, in der Regel einer Schicht gegenübergestellt, die objektiv mit der imperialistischen Unterdrückung verbunden war, im Allgemeinen der

Handels- und Wucher-Bourgeoisie. Wenn man die Thesen genau liest, stellt man fest, dass sie sich in den meisten Fällen auf eine Schicht oder einen Teil der Bourgeoisie des unterdrückten Landes beziehen, d. h. auf einen Teil der nationalen Bourgeoisie selbst und nicht auf eine separate soziale Klasse.<sup>31</sup> Ab etwa 1925 bezeichneten sowohl die Kommunistische Internationale als auch Stalin die Spaltung der nationalen Bewegung in zwei Flügel, den national-reformistischen und den national-revolutionären, als Ausdruck der Spaltung der Interessen der nationalen Bourgeoisie. Es war Mao, der diese Zweiteilung der Bourgeoisie in zwei Teile, in die Gegenüberstellung zweier verschiedener Klassen, der „Kompradorenbourgeoisie“ und der „nationalen Bourgeoisie“, umwandelte, was, unabhängig davon, ob diese Zweiteilung in China als eine besondere dargestellt wurde oder nicht, nach dem Niedergang der Kommunistischen Internationale zur vorherrschenden Ansicht der internationalen kommunistischen Bewegung wurde.<sup>32</sup> Nach dem Triumph der Revolution in China ging er mit seiner berühmten Theorie des Widerspruchs

---

<sup>31</sup> Auf dem Sechsten Kongress der KI wird diese Frage deutlich: „Die nationale Bourgeoisie dieser Kolonialländer nimmt gegenüber dem Imperialismus keine einheitliche Position ein. Ein Teil dieser Bourgeoisie, vor allem die Handelsbourgeoisie, dient unmittelbar den Interessen des imperialistischen Kapitals (es handelt sich um die so genannte Kompradorenbourgeoisie) und vertritt allgemein und mehr oder weniger konsequent einen antinationalen und imperialistischen Standpunkt, der sich gegen die nationale Bewegung als Ganzes richtet, ebenso wie die feudalen Verbündeten des Imperialismus und die besser bezahlten lokalen Beamten. Der verbleibende Teil der lokalen Bourgeoisie, insbesondere der Teil, der die Interessen der lokalen Industrie vertritt, steht auf dem Terrain der nationalen Bewegung und stellt eine besonders schwankende, kompromissbereite Strömung dar, die als nationaler Reformismus (oder in der Terminologie der Thesen des Zweiten Kongresses als ‚bürgerlich-demokratisch‘) bezeichnet werden kann“.

<sup>32</sup> 1935 schrieb er in seinem Text Über die Taktik des Kampfes gegen den japanischen Imperialismus: „Die nationale Bourgeoisie ist nicht dasselbe wie die Klasse der Großgrundbesitzer oder die Kompradorenbourgeoisie; es gibt Unterschiede zwischen ihr und den letzteren. Die nationale Bourgeoisie ist weder so feudal wie die Grundbesitzerklasse noch so kompradorisch wie die Kompradorenbourgeoisie. Ein Teil der nationalen Bourgeoisie unterhält mehr oder weniger zahlreiche Verbindungen zum ausländischen Kapital und zum Bodeneigentum im Lande; er bildet ihren rechten Flügel.“



zwischen der Arbeiterklasse und der nationalen Bourgeoisie als Widerspruch innerhalb des Volkes sogar noch weiter.<sup>33</sup>

Bis zu diesem Punkt wurde versucht, Probleme der Strategie und Taktik zu vermeiden, da diese direkt mit der konkreten Situation, im Wesentlichen mit der Entwicklung der Produktivkräfte und mit dem Kampf und dem Kräfteverhältnis auf nationaler und internationaler Ebene zusammenhängen. Die Position, die gegenüber der nationalen Bourgeoisie einzunehmen ist, wurde daher nur beiläufig angesprochen, wobei sich die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung des Konzepts konzentrierte, das die Veränderungen der Realität widerspiegelt (sowohl die politischen und ideologischen Kämpfe als auch die wirtschaftlichen Veränderungen). Der einzige Fall, in dem Elemente des Strategischen<sup>34</sup> behandelt werden, ist der des Charakters der Revolution,

---

<sup>33</sup> „In unserem Land ist der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der nationalen Bourgeoisie Teil der Widersprüche innerhalb des Volkes. Der Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse und der nationalen Bourgeoisie ist im Allgemeinen ein Klassenkampf in den Reihen des Volkes, denn die nationale Bourgeoisie Chinas hat einen doppelten Charakter. In der Zeit der bürgerlich-demokratischen Revolution hatte sie in ihrem Charakter sowohl eine revolutionäre als auch eine versöhnliche Seite. In der Periode der sozialistischen Revolution beutet sie die Arbeiterklasse zwar aus Profitgründen aus, unterstützt aber die Verfassung und ist bereit, die sozialistische Transformation zu akzeptieren. Die nationale Bourgeoisie unterscheidet sich vom Imperialismus, der Grundbesitzerklasse und der bürokratischen Bourgeoisie. Der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der nationalen Bourgeoisie, der ein Widerspruch zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern ist, ist an sich antagonistisch. Unter den konkreten Bedingungen Chinas kann dieser antagonistische Widerspruch zwischen den beiden Klassen jedoch in einen nicht-antagonistischen umgewandelt und mit friedlichen Mitteln gelöst werden, wenn er richtig behandelt wird. Aber der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der nationalen Bourgeoisie wird zu einem Widerspruch zwischen uns und dem Feind werden, wenn wir ihn nicht richtig behandeln, d.h. wenn wir die Politik der Einheit, der Kritik und der Erziehung gegenüber der nationalen Bourgeoisie nicht anwenden, oder wenn sie diese unsere Politik nicht akzeptiert.“ (Mao, Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volke).

<sup>34</sup> „Die Strategie ist die Festlegung der Richtung des Hauptschlags des Proletariats auf der Grundlage der gegebenen Etappe der Revolution, die Ausarbeitung eines entsprechenden Planes für die Aufstellung der revolutionären Kräfte (der Haupt- und

der niemals dem politischen Auf und Ab oder einer konkreten Taktik untergeordnet werden kann, sondern absolut von der objektiven Entwicklung des Widerspruchs zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen abhängt. Bei letzterem ist die Warnung Stalins und der KKE vor der Gefahr der Verwechslung von Taktik und Strategie und der Anwendung einer Taktik, die nicht mit der strategischen übereinstimmt, zu beachten; die Taktik ist zweifellos ein Teil der Strategie, der sie untergeordnet ist und der sie dient.

## **Der Fall Mexiko: die Entwicklung der nationalen Monopolbourgeoisie**

Um die Veränderungen der nationalen Bourgeoisie angesichts der Entwicklung des Kapitalismus in ihren Ländern und in der Welt in seiner imperialistischen Phase aufzuzeigen, werden wir das Beispiel Mexikos verwenden. Da eine Analyse der Entwicklung der nationalen Bourgeoisie den Rahmen und die Möglichkeiten dieses Artikels sprengen würde, begnügen wir uns damit, drei Momente der wirtschaftlichen Situation der mexikanischen nationalen Bourgeoisie zu illustrieren, die die Veränderungen aufzeigen, die sie durchlaufen hat, ohne zu erklären, wie es dazu gekommen ist.

Nach Angaben des sowjetischen Historikers Shulgovski (Mexiko am Scheideweg seiner Geschichte) waren die Investitionen in bestimmten Wirtschaftszweigen im Jahr 1935 wie folgt: In der Erdölindustrie betrug der Anteil des inländischen Kapitals 1 % und der Anteil des ausländischen Kapitals 99 %; in der Metallindustrie betrug der Anteil des inländischen Kapitals 2 % und der Anteil des ausländischen Kapitals 98 %; die Elektroindustrie wurde zu 100 % von ausländischem Kapital kontrolliert. Die wichtigsten ausländischen Unternehmen, die in unserem Land investierten, waren die folgenden:

Compañía Mexicana de Petróleo El Águila (englisch), Standar Oil of New Jersey (amerikanisch) und Sinclair Pierce (amerikanisch), die zusammen 95 % der gesamten Ölproduktion kontrollierten.

---

Nebenreserven), der Kampf für die Durchführung dieses Planes während des ganzen Verlaufs der gegebenen Etappe der Revolution.“ (Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus).

Compañía Mexicana de Luz y Fuerza Motriz (kanadisch-europäisch) und American An Foreign Power (amerikanisch), die rund 90 % der Elektrizitätswirtschaft kontrollierten.

American Smelting, American Metal Co und Anaconda Koper, alle drei in amerikanischem Besitz, kontrollierten 90 % der Bergbauindustrie in Mexiko.

Im Telekommunikationsbereich kontrollierten Western Union (amerikanisch), Ericson (schwedisch-amerikanisch) und Mexicana de Teléfonos (amerikanisch) den Telefondienst des Landes vollständig.

Im Schienenverkehr gab es drei Monopole: Ferrocarriles Nacionales de México (zu 49 % von ausländischem Kapital kontrolliert), Ferrocarril Mexicano (englisch) und Ferrocarril Sudpacífico (nordamerikanisch).

Der Seeverkehr wurde ausschließlich von ausländischen Reedereien bedient, sowohl im Passagier- als auch im Frachtverkehr; auch der Luftverkehr wurde von der in amerikanischem Besitz befindlichen Pan American World Airways kontrolliert.

Im verarbeitenden Gewerbe nahm das ausländische Kapital zu, vor allem in der Produktion von Zwischenprodukten und Investitionsgütern.

Zum Beispiel in der Automobilproduktion mit Montagewerken von Ford Motor Co, General Motors und Chrysler Corporation; in der Reifenherstellung mit Unternehmen wie Goofrich und General Tire.

Die Zementindustrie wurde von British Cement Manufactures monopolisiert, die die beiden größten Zementwerke des Landes (Tolteca und Cementos Mixcoac) betrieben und etwa 90 % der gesamten nationalen Produktion herstellten.

Ausländische Monopole waren auch in der mexikanischen Eisen- und Stahlindustrie mit Consolidada (Nordamerika), in der Papierindustrie mit Fábricas de San Rafael y Anexas (Frankreich) und Fábricas de Loreto y Peña Pobre (Deutschland), in der chemischen Industrie mit Dupont und American Smeltin, beide mit nordamerikanischem Kapital, beteiligt.

Der Handel lag hauptsächlich in den Händen des französischen Kapitals mit großen Unternehmen wie dem Palacio de Hierro, El Puerto de Liverpool, dem Centro Mercantil, La Francia Marítima und Paris Londres.

Das Bankensystem wurde ebenfalls von ausländischem Kapital dominiert, und zwar durch die Bank of London and Mexico und die National City Bank; hinzu kam die Beteiligung ausländischen Kapitals an der Banco Nacional de Mexico.

Die Auslandsinvestitionen, meist in Form von Tochtergesellschaften großer amerikanischer Monopole, beliefen sich auf 3,9 Milliarden Pesos, während das Bruttosozialprodukt in jenem Jahr (1935) 4,5 Milliarden Pesos betrug.

Mexiko war direkt an das nordamerikanische Finanzkapital gebunden, das zum Beispiel 1929 Kapital in Form von ausländischen Direktinvestitionen in Höhe von 683 Millionen Dollar nach Mexiko exportiert hatte; es folgte das britische Kapital, das 1930 275 Millionen Dollar investierte, dann Spanien mit 238 Millionen Dollar und schließlich Frankreich mit nur 25 Millionen Dollar.

Es liegt auf der Hand, dass das ausländische, vor allem amerikanische Kapital die mineralgewinnende Industrie, die Energiewirtschaft und das Transportwesen vollständig oder fast vollständig kontrollierte, d. h. es kontrollierte das Rückgrat der mexikanischen Wirtschaft und hatte somit die Richtung der kapitalistischen Entwicklung in Mexiko in der Hand.

Der direkte Wettbewerb zwischen der nationalen Bourgeoisie und dem ausländischen Kapital fand in der verarbeitenden Industrie und im Handel statt, wo beide jeweils etwa 50 % kontrollierten. Die nationale Bourgeoisie war eine relativ schwache Bourgeoisie (im Vergleich zu den ausländischen Monopolen), die nur in der verarbeitenden Industrie und im Handel konkurrieren konnte. Ihre Produktion war hauptsächlich auf den Inlandsmarkt ausgerichtet, obwohl einige Unternehmen begannen, sich über den Export mit der US-Produktion zu verbinden, ohne von den USA kontrolliert zu werden, wie z. B. Fundidora de Fierro y Acero de Monterrey. In jenen Jahren entstanden auch die ersten Keime eines nationalen Monopols, als 1936 die Valores Industriales (VISA) in Form einer Holdinggesellschaft gegründet wurden.

Es ist wichtig zu betonen, dass der Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit vor allem in den am weitesten entwickelten Wirtschaftssektoren stattfand, die gleichzeitig vom ausländischen Kapital kontrolliert wurden; ihre Arbeiter sollten die Vorhut der Arbeiterbewegung und die Säulen der Vereinigung der Arbeiterklasse in der Konföderation der mexikanischen

Arbeiter sein: Eisenbahner, Ölarbeiter und Elektriker. Das bedeutet, dass die entscheidenden Kämpfe der Arbeiterklasse sie direkt mit dem ausländischen Kapital konfrontierten, wobei sie zeitweise mit einigen Sektoren der nationalen Bourgeoisie zusammenfielen (was die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der nationalen Bourgeoisie nicht unterdrückt, wie die enorme Streikwelle von 1936-1938 zeigte).

Aus Gründen, auf die wir hier nicht eingehen werden, stellte sich der mexikanische Staat mit Unterstützung der Arbeiterklasse und der Bauern dem US-amerikanischen und britischen Imperialismus entgegen, indem er 1937 die Eisenbahn verstaatlichte und 1938 die Ölindustrie enteignete. Mit weniger Konflikten wurde die Elektrizitätswirtschaft 1960 verstaatlicht, indem alle Aktien der Elektrizitätsgesellschaften aufgekauft wurden. Im Jahr 1958 gewährte der Staat mexikanischen Unternehmern die Möglichkeit, sämtliche Anteile am Telefondienst zu erwerben, der von Teléfonos de México (das aus der Fusion der mexikanischen Tochtergesellschaften von Ericsson und der International Telephone and Telegraph Company hervorging) vollständig monopolisiert war. 1972 erwarb der Staat 51 % der Anteile und wurde Mehrheitsaktionär.

Ähnliches geschah im Luftverkehr mit der Gründung der halbstaatlichen Gesellschaft Aeropuertos y Servicios Auxiliares im Jahr 1965. Dies bedeutete, dass der mexikanische Staat im Laufe von drei Jahrzehnten ausländisches Kapital aus den Sektoren verdrängte, die wir zuvor als Rückgrat der mexikanischen Wirtschaft bezeichnet hatten, mit Ausnahme des Bergbaus. Es ist hier nicht der richtige Ort, um zu analysieren, wie dieser Prozess der nationalen Bourgeoisie direkt zugutekam, indem er für niedrigere Input- und Logistikkosten (Öl, Strom, Transport und Kommunikation) sorgte, und um jene politischen Positionen zu kritisieren, die in der Verstaatlichung einen Schritt in Richtung Sozialismus sahen, insbesondere den Lombardismus und den „revolutionären Nationalismus“. Das Einzige, was wir daraus schließen können, ist, dass das ausländische Finanzkapital aus diesen strategischen Sektoren verdrängt wurde und andere Mechanismen gefunden hat, um seine Mehrwertschöpfung fortzusetzen: durch Auslandsverschuldung, Kredite an mexikanische Unternehmen oder Verflechtung mit mexikanischem Bankenkapital.

1965 verfassten Arturo Gámiz und Pablo Gómez ein Dokument von enormer Bedeutung für den Klassenkampf in Mexiko, die Zweite Begegnung in der Sierra „Heraclio Bernal“ (Segundo Encuentro en la Sierra “Heraclio Bernal”), in dem sie die Notwendigkeit begründeten, nach kubanischem Vorbild zu den Waffen zu greifen und für die sozialistische Revolution in unserem Land zu kämpfen. Mit einem vollständig dialektischen Ansatz und einer pädagogischen Sprache für die Arbeiterklasse und die Bauern analysierten Gámiz und Pablo Gómez die Entwicklung des Kapitalismus in Mexiko in seiner imperialistischen Phase: „Die Volkswirtschaft hat einen ausgeprägten monopolistischen Charakter und ist vom Imperialismus abhängig. Wir können sagen, dass der Imperialismus 50 % der Wirtschaftsstruktur der Nation in seinen Klauen hat, der Staat kontrolliert etwa 30 % und der Privatsektor die restlichen 20 % der nationalen Wirtschaft. Der staatliche Sektor und der unabhängige private Sektor bilden die nationale Bourgeoisie. Der staatliche Sektor wird zugegebenermaßen vor allem auf Kosten des US-Imperialismus gestärkt, indem Unternehmen verstaatlicht werden. (...)

Die nationale Oligarchie, die uns regiert, wird in rasantem Tempo stärker und vergrößert ihre Macht auf allen Ebenen (...). Sie erwirbt einige Industrien und beteiligt sich an anderen mit dem Geld des Volkes. Waren 1955 von den 100 wichtigsten Unternehmen nur 10 eigene, so sind es heute 24, die zu den wichtigsten gehören. Insgesamt verwaltet sie mehr als 55 Unternehmen und ist an vielen anderen beteiligt.

Sie kontrolliert die Elektrizität, das Erdöl, die Petrochemie, die Kohle, die Mineralien, das Eisen, einen Teil der Eisen- und Stahlindustrie, die Eisenbahn, einen Teil der Telekommunikation, einen Teil der Zivilluftfahrt, einen Teil der verarbeitenden Industrie, die Papierindustrie, die Düngemittel, mehrere Banken und Finanzinstitute usw.; sie ist wahrscheinlich die mächtigste Oligarchie Lateinamerikas“.

Die Analyse des Zweiten Treffens der Sierra „Heraclio Bernal“ gibt ein Bild davon, was die nationale Bourgeoisie 1965 geworden war. Sie zeigt eine Bourgeoisie, die trotz eines Anteils von nur 50 % an der Wirtschaftsstruktur des Landes das Rückgrat und das Gerüst des Kapitalismus im Lande kontrolliert und ihm somit ihren Stempel aufdrücken kann, ohne seinen Zustand als abhängiges Land zu leugnen. Sie drückt sich zum Beispiel in

einer gewissen politischen Freiheit bei der Gestaltung der mexikanischen Außenbeziehungen in dieser Zeit aus.

Dies ist eine begriffliche Herausforderung an das metaphysische Denken: Ein abhängiges Land kann seine Produktivkräfte nicht entwickeln, weil der ausländische Imperialismus die Achse seiner Wirtschaft kontrolliert und ihm eine amorphe, abhängige Entwicklung aufzwingt. Was aber geschieht, wenn es einem abhängigen Land aufgrund einer Reihe konkreter Umstände gelingt, die Kontrolle über die Achse seiner Wirtschaft zu erlangen, ohne sich völlig aus der imperialistischen Abhängigkeit zu befreien? Arturo Gámiz und Pablo Gómez geben ein Beispiel dafür, was passiert: die Monopolisierung der Wirtschaft nicht nur durch ausländisches Kapital, sondern auch durch die nationale Bourgeoisie und damit ihre Stärkung. Die „unabhängige und souveräne“ Entwicklung des Kapitalismus konnte nicht anders als ... den Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase zu entwickeln, was unter anderem die Konzentration und Monopolisierung des Kapitals, die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital und die Suche nach neuen Märkten und Territorien impliziert.

Ein Teil dieses Prozesses wurde durch den Staatskapitalismus in Mexiko ermöglicht, der ihrer Meinung nach „die enge Integration oder Verschmelzung des Staatsapparats mit dem nationalen Kapital bedeutet, die Nutzung des Staates, um die Entwicklung dieses Kapitals zu erleichtern, es gegen den Imperialismus und vor allem gegen das Proletariat zu vertreten und zu schützen und bessere Preise für seine Waren und mehr Märkte zu suchen. Der Staat schützt die Interessen des Kapitals gegen den Imperialismus durch Kompromisse und gegen das Proletariat und die Volksmassen durch Kontrolle, mediale Berichterstattung und Unterdrückung der revolutionären Bewegung“. Dies wird deutlich, wenn man die Verschiebung der Widersprüche der Arbeiterbewegung vergleicht, die zuvor mit dem Imperialismus konfrontiert war und nun direkt mit ihrem Chef konfrontiert ist: dem Staat. Die Bewegung der Eisenbahner, Telegrafarbeiter, Ärzte und Lehrer von 1956–1958 richtete sich direkt gegen den Staat, der diese Konflikte mit aller Härte unterdrückte. Auch während des „Arbeiteraufstands“ in den 1970er Jahren, bei dem die Elektriker und Atomarbeiter im Mittelpunkt standen, stellte sich die Arbeiterklasse direkt gegen die nationale Bourgeoisie.

In den Jahrzehnten nach dem Encuentro de la Sierra haben sich in der Wirtschaft des Landes große Veränderungen vollzogen, von denen die Privatisierungsprozesse hervorzuheben sind, durch die die großen staatlichen Unternehmen in private Hände übergangen: Eisenbahn, Luftverkehr, Telekommunikation, Petrochemie, Satelliten, Straßen, Fernsehen, Eisen und Stahl usw., und zwar in der ersten Periode von 1984 bis 1995.

Die Elektrizitäts- und die Ölindustrie haben erst vor kurzem damit begonnen, denselben endgültigen Prozess einzuleiten. Die Privatisierungen erfolgten durch inländisches und ausländisches Kapital, und die Ergebnisse geben uns eine Vorstellung von den Kräfteverhältnissen, in denen sich beide Sektoren befanden.<sup>35</sup> In der Stahlindustrie gingen beispielsweise Altos hornos mit der Grupo Acerero del Norte an mexikanisches Kapital, Siderúrgica Lázaro Cárdenas-Las Truchas an die Grupo Villareal, ebenfalls mexikanisches Kapital (auch wenn sie kürzlich, im Jahr 2006, von dem europäischen Unternehmen AcerolMittal übernommen wurde), und Fundidora Monterrey wurde für insolvent erklärt. Im Falle der Eisenbahn wurde das Unternehmen aufgeteilt und in Teilen privatisiert und schließlich von Transportación Marítima Mexicana, Ferromex und Ferrotur (Carso-Gruppe) und Kansas City Southern (vor kurzem hat KCS TFM, Ferromex und Ferrotur übernommen) gekauft. Der berühmteste Fall ist die Privatisierung von Telmex, das an eine

---

<sup>35</sup> „Einerseits wollen wir daran erinnern, dass wir nie von einer – nennen wir es ‚gerechten‘ – Teilung der Bourgeoisie gesprochen haben, sondern von einer Teilung des Marktes, die auf dem Kräfteverhältnis, auf ungleicher Entwicklung und harten intermonopolistischen Kämpfen beruht. Andererseits ist die Trennung zwischen einer ‚nationalen Bourgeoisie‘, die angeblich entwicklungsorientiert, angeblich patriotisch und angeblich dem Imperialismus gegenüberstehend ist, und einer ausländischen Bourgeoisie völlig künstlich. Vor allem, wenn man bedenkt, dass wir in der Epoche des Imperialismus leben, einer Epoche, in der im Rahmen der Produktionsweise das kapitalistische Privateigentum zugunsten des kapitalistischen Kollektiveigentums abgeschafft worden ist. Der Prozess der Entstehung von Monopolen ist nicht nur der der Konzentration, sondern auch, und das ist sogar ein dominierender Prozess, der der Zentralisation. Übernahmen und Fusionen verflechten die Kapitalien der zuvor verstreuten Unternehmen und führen dazu, dass die verschiedenen beteiligten Großbourgeoisien aus Sicht der ‚Abhängigkeitstheorie‘ ununterscheidbare Interessen haben“ (Diego Torres, Monopolwirtschaft und Monopolmacht in Lateinamerika – ein Ansatz).



Gruppe verkauft wurde, die aus Grupo Carso, Southwestern Bell und France Cables et Radio besteht. Letztendlich ist es sehr kompliziert zu beantworten, welche „Gruppe“ mehr profitiert hat, das „ausländische“ Kapital oder das „nationale“ Kapital; sicher ist, dass in jenen Jahren das Kapital (zusammen mit dem Bankenkaptal) so verflochten war und Formen der monopolistischen Vereinigung vorherrschten, dass es keine klare Trennlinie zwischen den beiden Kapitalien mehr gibt, obwohl man feststellen kann, welches Kapital innerhalb der Konzerne und Unternehmen hegemonial ist.<sup>36xxiii</sup>

Es ist nicht notwendig, Daten vorzulegen, um die Konzentration und Zentralisation des Kapitals zu rechtfertigen, es ist mehr als offensichtlich, dass sie weit über dem Niveau liegt, auf dem sich die Wirtschaft 1965 befand, ganz zu schweigen von 1936. Es genügt zu sagen, dass von der gesamten Wirtschaft die Wirtschaftseinheiten mit mehr als 1.127 Beschäftigten, die von der Volkszählung 2009 als „sehr groß“ registriert wurden, 43 % der gesamten Bruttoproduktion des Landes erzeugen. Wenn wir dazu die 7.176

---

<sup>36</sup> „Wo fangen diese Bourgeoisien an und wo hören sie auf, wo sind ihre Interessen nicht miteinander verflochten? KOF ist das Ergebnis der Fusion zwischen der amerikanischen Coca-Cola Company und der Abfüllgesellschaft FEMSA, deren Umsatz in Mexiko, Mittelamerika, Kolumbien, Venezuela, Brasilien, Argentinien und auf den Philippinen 37 Milliarden Dollar übersteigt. Für 20,1 Milliarden Dollar schlossen sich Grupo Modelo und Anheuser-Busch zusammen, was zu einer zentralisierten Produktion von 400 Millionen Hektolitern Bier und einem Umsatz von über 47 Milliarden Dollar führte. Die Grupo Alusa, die ihrerseits aus einer Kombination von chilenischem und peruanischem Kapital hervorgegangen ist, nahm ihre Tätigkeit in Kolumbien mit der Fusion der Grupo Flexa auf. Das chilenische Unternehmen Copec hat sein Kapital in Kolumbien mit dem Unternehmen Inversiones Nordeste zusammengelegt. Grupo Sura führte eine Transaktion im Wert von 3,6 Mrd. USD zum Erwerb von ING-Aktiva in Chile, Kolumbien, Mexiko, Peru und Uruguay durch. Der Zusammenschluss des Kapitals der chilenischen Concha y Toro, der französischen Rothschild und der amerikanischen Fetze sowie die Kontrolle von Tochtergesellschaften in mehreren lateinamerikanischen Ländern ermöglichen es dieser Gruppe, Hunderte von Millionen Litern Wein zu produzieren und eine wachsende Marktdominanz zu erreichen. In drei Jahren flossen 15 Milliarden Dollar aus China in die Karibik, um Fusionsgeschäfte abzuschließen. Die Banamex hat ihr Kapital mit der amerikanischen Citibank fusioniert, in beiden Fällen mit Beteiligung der jeweiligen Staaten“ (Ebenda).

Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten addieren, kommen wir auf zwei Drittel der gesamten nationalen Produktion.

Auch in Bezug auf die Anzahl der Unternehmen ist die Situation diametral anders. Laut der von Expansión für 2011 erstellten Liste der 500 größten Unternehmen Mexikos gehören 54 % zum staatlichen Kapital und zu halbstaatlichen Unternehmen, die zusammen 68 % des Nettoumsatzes erwirtschaften (50 Prozent beim staatlichen Kapital und 18 Prozent bei den halbstaatlichen Unternehmen). Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass das nationale Kapital in den Unternehmen mit den höchsten Nettoumsätzen in der Mehrheit ist. Zählt man beispielsweise die Nettoumsätze der ersten 18 Unternehmen zusammen, von denen jedes mehr als 100 Milliarden Pesos umsetzt, so macht das nationale Kapital mit 8 Unternehmen 65 % aus, während das ausländische Kapital nur 35 % ausmacht (fünf nordamerikanische Unternehmen und vier aus anderen Ländern). Von den Unternehmen mit einem Inlandsumsatz zwischen 25 und 100 Milliarden Pesos entfielen mit 26 Unternehmen 63 % des Nettoumsatzes auf mexikanische Unternehmen, während in den Schichten zwischen 10–25 und 1–10 Milliarden Pesos 46 bzw. 49 % des Umsatzes auf inländische Unternehmen entfielen. Wie man sieht, entfällt bei den 66 größten Unternehmen mehr als die Hälfte des Umsatzes auf inländisches Kapital (65 und 63); nur bei den kleinsten Unternehmen mit einer Produktion von weniger als 10 Milliarden Pesos überwiegt ausländisches Kapital mit einigen Prozentpunkten. Das bedeutet, dass auf der höchsten Zentralisierungsebene das nationale Kapital, d. h. die mexikanischen Monopole, einen höheren Umsatz erzielen als die ausländischen.

Der wichtigste Sektor, in dem große Monopole in US-Besitz zu finden sind, ist laut der Expansión-Liste 2011 der Automobil- und Autoteile-Sektor: mit Chrysler, Ford und General Motors sowie Daimler. Dasselbe gilt für Deutschland mit Volkswagen oder für Japan mit Nissan, Toyota und Honda. Gefolgt von der Elektronikbranche mit dem koreanischen Unternehmen Samsung, Celastica aus Singapur. Bei den Banken handelt es sich hauptsächlich um spanische Unternehmen wie Bancomer und Santander, um amerikanische wie Banamex oder englische wie HSBC. Walmart sticht ebenfalls hervor, ebenso wie einige Lebensmittelunternehmen wie die Schweizer Nestlé oder die französische Danone. Die größten mexikanischen

Monopolgruppen sind in der Lebensmittel-, Bergbau-, Getränke-, Petrochemie-, Bau- und Eisen- und Stahlindustrie tätig. Ebenso wie Finanzgruppen und Supermärkte.

Die folgende Tabelle zeigt die ersten Unternehmen und Konzerne auf der Liste von Expansión 2011 nach ihrem Nettoumsatz, um die wichtigsten in Mexiko tätigen Monopole zu nennen, die die direkten Feinde der Arbeiterklasse in unserem Land sind, unabhängig von ihrer Nationalität oder der Herkunft ihres Kapitals. Verfolgt man die Namen einiger der Eigentümer dieser Unternehmen (oder genauer gesagt der Inhaber der Mehrheit der Aktien der Unternehmen und Konzerne), so findet man die Söhne und Enkel jener nationalen Bourgeoisie aus der Mitte des 20. Jahrhunderts: Jose Fernández Carbajal, Präsident von FEMSA, Schwiegersohn von Eugenio Garza Lagüera, Präsident von Grupo VISA; Armando Garza Sada, Präsident von Grupo Alfa, Sohn von Roberto Garza Sada, Gründer von HYLSA und Fábricas Monterrey; Alberto Bailleres, Sohn von Raul Bailleres, geschäftsführender Direktor der Serie B der Banco de México von 1941 bis 1952.

Das Gleiche gilt, wenn man sich die Beziehungen und Hintergründe der heutigen Monopole ansieht. Die Schlussfolgerung ist dieselbe, sie sind die Erben der „nationalen Bourgeoisie“ des letzten Jahrhunderts, sie sind deren logische und historische Konsequenz. Die Bourgeoisie des 20. Jahrhunderts, die die nationalistischen Sektoren der PRI unterstützte, die Kredite von Nacional Financiera erhielten und in CANACINTRA waren, wurde zusammen mit der Bourgeoisie von Monterrey, die sich in den dreißiger Jahren gegen Cárdenas und in den siebziger Jahren gegen Echeverría stellte, umgewandelt. Sie ist nicht verschwunden, sie ist nicht gestorben, sie ist einfach den Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung gefolgt und hat sich zu einer monopolistischen Bourgeoisie entwickelt, die untereinander, mit den Banken und mit dem ausländischen Kapital verflochten ist und in einem scharfen Wettbewerb steht. (.....)<sup>37</sup>

---

<sup>37</sup> Anmerkung der Redaktion offen-siv: Im Original folgen nach dem Text die angekündigten Wirtschaftsstatistiken und Tabellen, die wir aus Platzgründen weglassen müssen. Bei Interesse: <https://kommunistische.org>

## ***Kommunistische Organisation*<sup>38</sup>: Ein Jahr russische Invasion in der Ukraine – ein Jahr Leid und Tod für die Arbeiterklasse**

Seit neun Jahren herrscht bereits Krieg im Donbass, im Osten der Ukraine. Bereits bevor russische Truppen am 24. Februar 2022 die Grenze zur Ukraine überschritten, starben in Kämpfen zwischen der ukrainischen Armee und den Streitkräften der sogenannten „Volksrepubliken“ Lugansk und Donezk auf beiden Seiten insgesamt 14.000 Menschen. Der bis vor einem Jahr lokal begrenzte Krieg begann 2014 – er ist eine Folge der aggressiven Osterweiterung der NATO bis an die Grenzen Russlands heran, den Bestrebungen der EU, sich die Ukraine ökonomisch einzuverleiben und ihre Arbeitskräfte auszubeuten, und des von NATO und EU unterstützten und mit umgesetzten Putsches, durch den die Regierung von Wiktor Janukowytsch gestürzt wurde. Die mit westlicher Hilfe an die Macht geputschte Regierung bestand aus rechtsradikalen, nationalistischen und offen faschistischen Kräften und lieferte schnell, was sich die Herrschenden in den Machtzentralen von EU und NATO erhofften: Wirtschaftliche und politische Verbindungen zu Russland wurden gekappt, Gewerkschaften, kommunistische und linke Organisationen und Parteien verboten und starker Repression ausgesetzt. Außerdem wurde durch verschiedene Maßnahmen die russische Sprache, immerhin Muttersprache etwa eines Drittels der Bürger der Ukraine, stark diskriminiert und das Geschichtsbild der ukrainischen Faschisten (die Sowjetunion, der Kommunismus und „die Russen“ als das Böse schlechthin – die Nazis und ihre Kollaborateure als Helden) als vorherrschendes und einzig zugelassenes Narrativ verankert. Der Widerstand gegen den Putsch im Osten und Süden der Ukraine wurde gewaltsam niedergeschlagen, wo das neue Regime dazu fähig war – im Donbass konnten sich die Aufständischen mit russischer Hilfe halten, es folgte ein jahrelanger Bürgerkrieg, bei dem vor

---

<sup>38</sup> Anmerkung der Redaktion offen-siv: Die Kommunistische Organisation hat sich bekanntlich gespalten. Nun gibt es zwei Organisationen, die den Namen für sich beanspruchen und dem entsprechend auch benutzen. Das macht es demjenigen, der einen Artikel nachdrucken und die Quelle dafür angeben will, nicht besonders leicht. Bei diesem Artikel ist die Quelle die Kommunistische Organisation, die die Webseite <https://kommunistische.org> betreibt.

allem auf der Seite Kiews neonazistische Einheiten wie das Asow-Regiment eine wichtige Rolle spielten.

Durch den Einmarsch Russlands, der sich nun zum ersten Mal jährt, eskalierte der Krieg jedoch zu einer neuen Qualität: Seitdem handelt es sich um einen direkten Krieg zwischen Russland und der Ukraine mit vielen Zehntausenden Toten, der die gesamte Ukraine erfasst, riesige Zerstörungen verursacht und die Gefahr eines Weltkriegs zwischen der NATO und Russland enorm verschärft hat. Es handelt sich um einen brutalen Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der NATO, die zwar nicht mit eigenen Truppen, aber mit gewaltigen Mengen an Waffen, Logistik, Aufklärungsdaten, militärischer Ausbildung und Knowhow die ukrainische Armee gegen Russland in den Kampf schickt.

### **Wer zahlt die Rechnung für den Krieg?**

Nach einem Jahr können wir nun eine Bilanz ziehen: Welche direkten und indirekten Auswirkungen hat der Krieg für die Masse des Volkes in der Ukraine und in Russland? Welche auf den Rest der Welt? Wie sieht es mit den Kriegszielen aus und wer profitiert von dem massenhaften Töten und Sterben in der Ukraine?

Vor allem hat sich eines bestätigt: Die Rechnung für den Krieg wird auf allen Seiten die Arbeiterklasse, das einfache Volk, zahlen: Zehntausende, meist junge Männer, die in den Armeen Russlands, der Ukraine und der „Volksrepubliken“ in den Krieg gezwungen oder mit Versprechungen gelockt wurden, wurden aus dem Leben gerissen. Tausende Zivilisten sind tot, weitere Zehntausende Menschen auf beiden Seiten sind verstümmelt, traumatisiert, ihrer Lebensgrundlage und Träume beraubt. Es sind Millionen Menschen aus der Ukraine auf der Flucht. Alleine in Deutschland befinden sich über eine Million Geflüchtete aus der Ukraine. Große Teile der Ukraine, gerade auch des Donbass, zu dessen Schutz Russland die Invasion unter anderem angeblich gestartet hat, wurden in ein Trümmerfeld verwandelt. Die Ukraine, die unter dem sowjetischen Sozialismus von einem armen Agrarland zu einem modernen Industriestaat und einem wirtschaftlich wichtigen Teil der Sowjetunion aufgebaut worden war, hatte zwar durch die Wiedereinführung des Kapitalismus 1989-91 schon gewaltige wirtschaftliche Zerstörungen erlebt – doch nun werden die historischen Leistungen, die die ukrainische

Arbeiterklasse mit ihren Händen als Teil der Sowjetunion geschaffen hatte, endgültig in Schutt und Asche gelegt.

Auch im Rest Europas treiben Sanktionen, Wirtschaftskrieg, Aufrüstung und die Sprengung der „Nord Stream“-Pipelines den Preis des Krieges für die armen Volksschichten in die Höhe. Die Inflation, angetrieben vor allem durch die hohen Öl- und Gaspreise, macht den Alltag für immer mehr Familien unbezahlbar. Große Teile der DGB-Gewerkschaften haben im letzten Jahr den Kurs der Klassenkollaboration mit dem Kapital noch vertieft; sie verzichten auf Mobilisierungen zur Verteidigung des Lebensstandards der Beschäftigten und für höhere Reallöhne; sie unterstützen die Aufrüstung und immer tiefere Verwicklung Deutschlands in den Krieg gegen Russland. Allerdings gibt es in Teilen einiger Gewerkschaften, vor allem an der Basis, auch Stimmen gegen die Sanktionen, gegen die Waffenlieferungen und die allgemeine Kriegshetze.

In Russland werden Kriegsgegner und Kriegsdienstverweigerer verfolgt, selbst den Krieg einen Krieg zu nennen, steht unter Strafe. Während der russische Staat eine Reihe von regierungstreuen Pseudokommunisten als „linke“ Feigenblätter toleriert, werden die tatsächlichen Kommunisten und andere linke Kriegsgegner, in ihren Aktivitäten eingeschränkt, eingesperrt und zensiert. In den sogenannten „Volksrepubliken“ des Donbass, die sich v.a. in der Anfangszeit mit sowjetischen Symbolen schmückten und sich auf die antifaschistischen und prosozialistischen Stimmungen der Bevölkerung stützten, werden Streikbewegungen ebenfalls seit Jahren unterdrückt und die Kommunisten nicht zu den Wahlen zugelassen.

In der Ukraine, die in der verlogenen Propaganda der Medien hierzulande als Demokratie und Hort der Freiheit beschönigt wird, ist der Kampf gegen den Krieg sogar noch schwieriger: Waren lange vor der russischen Invasion bereits alle kommunistischen und linken Parteien verboten, gilt dies nun praktisch für alle Oppositionsparteien überhaupt (mit Ausnahme derer, die noch weiter rechts stehen als die Regierungsparteien). Konnten Antifaschisten, Kommunisten oder auch nur Verteidiger der Rechte der russischsprachigen Minderheit seit 2014 ihres Lebens nicht mehr sicher sein, kann nun jeder, der die Diktatur kritisiert, vom ukrainischen Geheimdienst SBU verhaftet werden und auf unbestimmte Zeit verschwinden – so ist es z.B. mit dem Vorsitzenden des Kommunistischen Jugendverbands der Ukraine Michail Kononowitsch und seinem Bruder Aleksandr geschehen, die von

März bis Dezember 2022 ohne Kontakt zur Außenwelt eingesperrt waren. Die Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften wurden seit 2014 immer stärker eingeschränkt und heute sind Tarifkämpfe faktisch verunmöglicht worden. Die Kapitalisten können einseitig aus Tarifverträgen aussteigen, Arbeitszeiten verlängern, Urlaubstage streichen und kranke Arbeiter kündigen.

In den NATO-Staaten haben die Herrschenden die lang ersehnte Gelegenheit ergriffen, um mit Hilfe völlig unrealistischer und hysterischer Bedrohungsszenarien („Als nächstes wird Putin die NATO angreifen“) die Abneigung großer Teile der Bevölkerung gegen weitere Aufrüstung zu überwinden. In Deutschland wurde die ohnehin oft umgangene Regelung, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern, entsorgt. Die Ausrichtung der gesamten Gesellschaft auf das Führen von Kriegen, die Normalisierung von Militär und militärischer Gewalt, die seit Jahrzehnten schrittweise vorangetrieben wurde, hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Grünen haben dabei vollendet, was sie mit dem Vorantreiben des Angriffs auf Jugoslawien 1999 begonnen hatten: Angetreten als Partei für Frieden und Umweltschutz hetzten grüne Politiker in den letzten Monaten am heftigsten und scheinen die Kriegsspirale immer noch ein Stück weiter drehen zu wollen. Wenn es nach dem SPD-Kriegsminister Pistorius geht, ist das alles aber nur der Auftakt: Selbst die Vorgaben der NATO, 2 % des Bruttoinlandsproduktes für Militär auszugeben sieht er nur als „Basis für alles weitere“. Die Bundeswehr zur stärksten Armee der EU zu machen, ist eine Ankündigung von mehr und größeren Kriegseinsätzen unter schwarz-rot-goldener Flagge. Historisch hat der deutsche Imperialismus schon zweimal bewiesen, dass Staaten Kriege anzetteln und zum Faschismus als Mittel der Durchsetzung ihrer Interessen greifen, um im Wettbewerb der imperialistischen Hierarchie zu bestehen. Das kapitalistische Herrschaftssystem, das beide Weltkriege verursacht hat, besteht heute genauso wie damals und es ist trotz seiner „demokratischen“ und „weltoffenen“ Lackierung kein bisschen menschenfreundlicher geworden.

Der Rassismus vor allem gegen Menschen aus Russland hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Aufrufe zum Boykott von Geschäften und Restaurants im Besitz russischstämmiger Immigranten sind keine Seltenheit und erinnern an die düstersten Kapitel der deutschen Geschichte. Während die Faschisten in

der Ukraine totgeschwiegen, gelehnet oder verherrlicht werden und die Distanzierung von ihnen fast schon als Vaterlandsverrat gewertet wird, müssen sich öffentliche Personen mit russischem Hintergrund in der Öffentlichkeit von Putin distanzieren, um nicht durch einen von den medialen Kriegshetzern aufgepeitschten Mob „gecancelt“ zu werden.

Der russische Präsident wurde zum absoluten Feindbild der Medien und Politiker, zum verrückten und machthungrigen Diktator. Ein alter Trick der Herrschenden, der immer wieder funktioniert: die Zwänge und Mechanismen des Imperialismus, der Drang zum Profit des Kapitals und die Funktion des Staats als ideeller Gesamtkapitalist, der diese Interessen umsetzt, werden so verschleiert und die Illusion geschaffen, dass die Welt gerecht wäre, wenn sie ein paar Verrückte loswerden würden. So wird gleichzeitig die eigene Herrschaft gesichert und die Wut der Bevölkerung über die ständig steigenden Lasten und Kriegskosten abgelenkt.

Flüchtlinge in Deutschland werden gleichzeitig aktiv durch die herrschende Politik gespalten: Auf der einen Seite die „guten“ ukrainischen Flüchtlinge, die einen Zugang zu Wohnungen, Bürgergeld und dem Arbeitsmarkt bekommen – auf der anderen Seite werden v.a. Flüchtlinge aus muslimischen und/oder afrikanischen Ländern weiterhin unter rassistischen Generalverdacht gestellt, als Kriminelle oder „Terrorunterstützer“ eigentlich „nicht hierher“ zu passen. Eine Behandlung zweierlei Maß wurde gerade in den letzten Wochen bei den schwierigen, geradezu unmöglichen, Aufnahmebedingungen der syrischen Erdbebenopfer deutlich. Die Heuchelei und Ungleichbehandlung wird wiederum von rassistischen Kräften aufgegriffen, um gegen das „Hofieren“ der Ukrainer zu protestieren, anstatt eine menschenwürdige Behandlung Aller unabhängig vom Herkunftsland zu fordern.

## **Wohin führt der Krieg?**

Die Gefahr einer Verallgemeinerung des Krieges, einer Eskalation in einen Weltkrieg, der höchstwahrscheinlich ein Atomkrieg mit unzähligen Millionen Todesopfern wäre, ist so groß wie seit vielen Jahrzehnten nicht mehr. Eine solche Eskalation bedarf nur noch eines Funkens aus der Glut. Ein versehentlicher oder absichtlicher Abschuss eines NATO-Flugzeugs durch eine russische Rakete könnte beispielsweise ausreichen, um in Europa einen Flächenbrand zu entfachen.



Der Frontverlauf in der Ukraine ist währenddessen festgefahren. Die Planungen Russlands, die ukrainische Armee in einem schnellen „Blitzkrieg“ zu überwinden und die Selenskyj-Regierung zu stürzen, sind gescheitert. Der Kampf ist in einen Stellungskrieg übergegangen, in dem es insgesamt trotz heftiger Kämpfe mit schweren Verlusten auf beiden Seiten über Wochen und Monate kaum Verschiebungen der Frontlinie gibt. An den Frontabschnitten, in denen es in den letzten Monaten zu größeren Bewegungen kam, ist insgesamt keine klare Tendenz zugunsten einer Seite sichtbar: Den bedeutenden Geländeverlusten der russischen Armee im Oblast Charkiw im Nordosten sowie bei Cherson im Süden der Ukraine steht die Eroberung von Sjewjerodonezk, Lyssytschansk und bald vermutlich Bachmut im Donbass gegenüber, die die ukrainischen Streitkräfte trotz massiver westlicher Waffenlieferungen nicht halten konnten. Tausende Soldaten wurden von beiden Seiten für eher geringe Geländegewinne geopfert. Bereits seit Monaten wird darüber spekuliert, dass sowohl die Ukraine als auch Russland eine neue Offensive im Spätwinter starten könnten, wofür auch seit längerer Zeit Reserven hinter der Frontlinie gesammelt werden. Es ist dennoch fraglich, ob eine der Kriegsparteien ihre weitreichenden Kriegsziele in absehbarer Zeit erreichen kann – im Falle Russlands mindestens die Eroberung der von Russland bereits formell annektierten Oblasts Donezk, Lugansk, Cherson und Saporischija, im Falle der Ukraine die gewaltsame „Befreiung“ aller von Russland besetzten Gebiete und auch der seit 2014 von Russland annektierten Krim. Die deutsche Bundesregierung unterstützt dabei mit ihrer Formulierung der „Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine“ die Maximalziele der ukrainischen Kriegsstrategen, die auch das Donbass und die Krim, wo sich der Großteil der Bevölkerung 2014 für die Abspaltung entschieden hatte, wieder mit militärischer Gewalt unter ihre Herrschaft zwingen wollen.

Die weitere Zuspitzung des Krieges äußert sich u.a. darin, dass die russische Kriegsstrategie von einer vergleichsweise begrenzten Operation mit begrenzten Kräften nach wenigen Wochen zu einer großflächigen Offensive unter massivem Einsatz der Artillerieüberlegenheit übergegangen ist und Russland nun einen zähen Abnutzungskrieg gegen die Ukraine führt; dass die NATO von einer begrenzten zu einer fast unbegrenzten Unterstützung der Ukraine übergegangen ist und immer mehr „rote Linien“, die einst formuliert wurden, überschritten werden, wie seit einigen Wochen die Lieferung von Kampfpanzern, die die ukrainische Armee befähigen soll, die russischen

Truppen bis an die Grenzen zurückzudrängen und die Krim zurückzuerobern; der massive Einsatz neuer Waffensysteme wie z.B. von Kampfdrohnen, um jeweils die feindliche Infrastruktur (auf ukrainischem UND russischem Gebiet) anzugreifen und Verluste zu verursachen.

### **Wer will den Krieg?**

Ein Krieg wurde von der NATO, der EU und ihren Verbündeten in Kiew seit Jahren vorbereitet. Entgegen der Propaganda der Herrschenden ist der Krieg nicht am 24. Februar 2022 vom Himmel gefallen. Das vom ukrainischen Präsidenten Selenskyj schon im März 2021 unterschriebene Dekret zur „Deokkupation“, also Rückeroberung des Donbass und der Krim war bereits eine klare Kampfansage an Russland. Die Truppenkonzentration der ukrainischen Armee Ende 2021 und Anfang 2022 sowie der verstärkte Artilleriebeschuss des Donbass kündigten einen möglichen Angriff auf das Donbass an, bei dem klar war, dass Russland nicht tatenlos zusehen würde. Die Eskalation des Konflikts durch alle ukrainischen Regierungen seit 2014 wurde von den NATO-Verbündeten mitgetragen, unterstützt und angeheizt, vor allem, indem die ukrainische Armee über Jahre aufgerüstet wurde, um im Donbass den verbrecherischen Krieg weiterführen zu können. Die USA im Besonderen versuchen seit vielen Jahren, eine Annäherung von Berlin (und Paris) an Moskau, eine Zusammenarbeit auf politischer oder ökonomischer Ebene zu verhindern. Die „Nord Stream“-Infrastruktur, durch die billiges Erdgas von Russland durch die Ostsee nach Deutschland transportiert wurde und die mit der „Nord Stream 2“ Pipeline noch ausgebaut wurde, war der herrschenden Klasse in den USA immer ein Dorn im Auge. Die Pipelines mussten verschwinden und sie wurden gesprengt – nach dem US-amerikanischen Investigativjournalisten Seymour Hersh durch ein Sprengkommando der USA. Damit haben die USA sehr wahrscheinlich eine weitere sehr gefährliche Eskalation des Krieges betrieben. Denn sofern ihre Täterschaft hinter dem Anschlag bewiesen werden sollte, wäre das ein eindeutiger Kriegsakt gegen Russland (und theoretisch auch gegen Deutschland, das aber sicherlich das Bündnis mit den USA deshalb nicht aufgeben würde).

Die deutsche Regierung hat trotz ihrer wirtschaftlichen Verflechtung mit Russland, v.a. durch den Erdgashandel, eine eindeutige Position für den Krieg eingenommen und spielt eine Schlüsselrolle darin. Die Freigabe der Lieferung

von Leopard-2-Kampfpanzern durch die Bundesregierung hat eine Lawine von Panzerlieferungen aus anderen Staaten ermöglicht. Als Speerspitze der Kriegshetzer tun sich immer wieder die Grünen hervor, während die Massenmedien die Begleitmusik dazu spielen und jeden, der den Westen oder das ukrainische Regime auch nur vorsichtig kritisiert, als Putin-Knecht denunzieren. Während die Grünen mit vermeintlicher „Weltoffenheit“ und geheuchelten Warnungen vor dem Klimawandel viele junge Wähler anziehen und sogar vielen immer noch als „links“ gelten, befeuern sie am vehementesten von allen Parteien die größte Umwelt- und Klimazerstörung überhaupt, nämlich den Krieg. Doch auch SPD, CDU/CSU und FDP tragen den Kriegskurs voll mit. Kräfte wie die Linkspartei vertreten vordergründig eine differenziertere Herangehensweise, jedoch ohne die eigentliche Kriegsursache, den Kapitalismus, infrage zu stellen und ohne die Loslösung Deutschlands aus allen imperialistischen Bündnissen (wie EU, Eurozone, NATO usw.) zu propagieren. Das kürzlich veröffentlichte „Friedensmanifest“ von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer erhebt zwar einige richtige Forderungen gegen die herrschende Kriegspolitik, unterschlägt aber völlig den Zusammenhang zwischen Kapitalinteressen und Krieg – es erscheint so, als wäre der Krieg nur eine Folge von Dummheit oder bösen Absichten Einzelner und als wäre es möglich, ihn durch Appelle an die Vernunft zu beenden. Auf der anderen Seite ist gerade die Position der AfD aber auf ganz andere Weise brandgefährlich, weil sie eine eigenständigere Rolle eines deutschen Imperialismus fordert, der unabhängig von den USA und gestützt auf eine starke Armee seine Interessen vertreten soll – so wie es Deutschland bereits in zwei Weltkriegen getan hat.

Es steht außer Zweifel: Die NATO hat den Krieg gewollt und die Konfrontation mit Russland so lange vorangetrieben, bis es zwischen der Ukraine und Russland zum offenen Krieg kam. Nach Darstellung des ehemaligen israelischen Premierministers Naftali Bennett waren sowohl Russland als auch die Ukraine im März 2022 bereit zu einer Beendigung des Krieges und zu bedeutenden Zugeständnissen an die andere Seite – und es waren die NATO-Staaten, insbesondere die USA, Frankreich und Deutschland, die einen Waffenstillstand verhinderten. Das Kriegsziel der NATO wird dabei offen ausgesprochen: Die Ruinierung Russlands hat die deutsche Außenministerin Baerbock bereits unmittelbar nach Beginn der russischen Invasion ausdrücklich als Ziel benannt. Und darum geht es der

NATO in diesem Krieg – die Schwächung ihres Rivalen Russland, die Sicherung der Ukraine als vorgeschobene Angriffslinie gegen Russland und als Markt für ihre Konzerne.

Ist die russische Regierung deshalb unschuldig? Sicherlich nicht. Russland hat den Überfall auf die Ukraine nicht begonnen, um das Land von Nazis zu befreien – auch wenn es wahr ist, dass die Regierung in Kiew jahrelang Nazis unterstützt und mit ihnen zusammengearbeitet hat. Es führt den Krieg auch nicht zum Schutz der Bevölkerung im Donbass, schließlich hat die russische Invasion die Zahl der Todesopfer vervielfacht. Es ging Russland um die Ausschaltung einer feindlichen Regierung, um ein starkes Signal gegen die NATO, um die Eroberung von wirtschaftlich und militärisch wertvollen Gebieten, insbesondere der Handels- und Militärhäfen am Schwarzen Meer.

### **Keine Parteinahme für die Kapitalisten der einen oder anderen Seite!**

Das heutige Russland hat nichts mehr mit der Sowjetunion zu tun – die Behauptung, Putin wolle die Sowjetunion wiederherstellen, ist eine schamlose Propagandalüge der Massenmedien in Deutschland. Damit soll der Präsident des Rivalen Russland als machtgieriger Tyrann dargestellt werden, während gleichzeitig der Kommunismus, der einzig wirkliche Feind ihres kapitalistischen Herrschaftssystems, für den verbrecherischen Krieg in der Ukraine verantwortlich gemacht wird. Doch die Wahrheit ist genau das Gegenteil: In der Sowjetunion lebten Ukrainer, Russen und viele andere Nationalitäten friedlich und solidarisch über Jahrzehnte zusammen und begannen, zu einem und demselben Volk zu verschmelzen. Die Zerstörung der Sowjetunion und des Sozialismus 1989-91, die Rückkehr des Kapitalismus hat die Völker der ehemaligen Sowjetunion wieder als Feinde aufeinander gehetzt und mit dem Gift des Nationalismus und Faschismus infiziert. Der Krieg in der Ukraine reiht sich ein in eine ganze Serie blutiger Kriege, die die Zerstörung des Sozialismus in der Sowjetunion und Osteuropa auslöste: In Jugoslawien, zwischen Armenien und Aserbaidshan, Tadschikistan und Kirgisistan, in Transnistrien und Georgien wurden als Folge dieser Konterrevolution, die bis heute zu einem Sieg der „Demokratie“ und „Freiheit“ umgelogen wird, tausende Menschenleben gewaltsam ausgelöscht.

Das heutige Russland unter Putins Präsidentschaft ist ein Regime des Großkapitals, in dem die Arbeiterklasse nichts zu sagen hat und täglich um das Lebensnotwendige kämpfen muss. Trotz der unzweifelhaften Mitschuld der NATO am Krieg ist also klar, dass wir uns nicht hinter die Regierung Russlands und ihren Krieg stellen können.

Auf der anderen Seite stehen die Staaten der NATO und EU, in denen ebenfalls das Kapital die Politik bestimmt und deren führende Staaten – einschließlich Deutschland – für zahllose verbrecherische Kriege mit Millionen Todesopfern allein in den letzten Jahrzehnten verantwortlich sind: In Irak und Afghanistan, Jugoslawien und Libyen, Mali und Jemen.

Das militärische Kräftemessen in der Ukraine lässt sich aber letzten Endes nicht verstehen, ohne den globalen Zusammenhang in die Betrachtung einzubeziehen. Ihm zugrunde liegt der sich zuspitzende Konflikt zwischen zwei imperialistischen Lagern, die sich im Zuge des Krieges verfestigen: den USA und der Europäischen Union auf der einen Seite, die ihre bisherigen führenden Positionen im kapitalistischen Weltsystem nicht verlieren wollen und bereit sind, dafür über Millionen Leichen zu gehen – und China und Russland auf der anderen Seite, teilweise im Bündnis mit Indien, dem Iran und weiteren Staaten in der Shanghai Cooperation Organisation (SCO), die die westliche Vorherrschaft herausfordern und ebenso wie das „westliche“ Lager danach streben, für ihr Kapital Absatzmärkte, Ressourcen und Transportwege zu sichern.

Russland, das in den 90er Jahren eine Phase der Schwäche durchgemacht hat, vertritt die eigenen Interessen bei der Neuaufteilung der Welt nun auch aggressiver nach außen – nicht nur in der Ukraine, sondern bereits seit Jahren in Syrien, in Kasachstan bei der Militärintervention gegen die Arbeiter- und Volksbewegung Anfang 2022, in der Zentralafrikanischen Republik, in Libyen und Mali, wo Russland ebenso wie die westlichen Staaten seine eigenen Stellvertreter unterstützt und mithilfe der Söldnergruppe Wagner die Interessen der russischen Großunternehmen vertritt. Auch wenn Russland für weitaus weniger Kriege, Tod und Zerstörung verantwortlich ist als die USA, liegt das nicht an einem grundsätzlich anderen Charakter dieses Staates. China, das heute mit den USA um den Spitzenplatz der imperialistischen Hierarchie konkurriert, führt bisher zwar keine direkten Kriege und unterstützt Russland im Ukrainekrieg auch nur vorsichtig und indirekt, gleichzeitig

unterstreicht es zunehmend mit militärischen Mitteln seine territorialen Ansprüche im südchinesischen Meer gegenüber schwächeren Ländern wie Vietnam und den Philippinen, und droht angesichts der militärischen Einkreisung durch die USA immer deutlicher damit, die Wiedervereinigung mit Taiwan auch gewaltsam durchzusetzen. Wirtschaftlich und militärisch ist der „westliche“ imperialistische Pol immer noch stärker, doch vor allem China holt mit großen Schritten auf, ist bereits je nach Berechnungsmethode die größte oder zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt und besitzt nach der Anzahl der Schiffe gerechnet die weltgrößte Kriegsmarine. Die westlichen Imperialisten, insbesondere in den USA, aber auch in Deutschland, können und wollen den Aufstieg eines Rivalen nicht hinnehmen, weshalb sie eine immer bizarrer anmutende antichinesische und antirussische Propaganda produzieren, mit absurden KZ- und Hitler-Vergleichen und unter völliger Ausblendung der aggressiven Rolle der NATO (und damit verbundener Bündnissysteme wie der EU und AUKUS im Pazifik), um China und Russland entgegen allen Tatsachen als die alleinigen Aggressoren darzustellen.

In dieser komplizierten Gemengelage versuchen alle kapitalistischen Staaten, ihre Interessen auch in Konkurrenz zu den eigenen Verbündeten durchzusetzen – auch innerhalb der beiden hauptsächlich imperialistischen Pole gibt es zahlreiche Bruchlinien und Konflikte: Während China und Indien sich in einem schwelenden Territorialkonflikt befinden, aber beide eng mit Russland kooperieren, versucht der NATO-Staat Türkei, sich als „Vermittler“ zu betätigen und trotz seiner Waffenlieferungen an die Ukraine die Beziehungen nach Moskau aufrecht zu erhalten. Die deutsche Regierung war nie bereit, den Gashandel mit Russland einzustellen und griechische Reedereien nutzen den Krieg, um mit ihrem Monopol auf den maritimen Gashandel mit Russland ihre Profite zu steigern, während beide Staaten massiv die Ukraine unterstützen. Ungarn wiederum hat trotz Mitgliedschaft in der NATO und EU die Beteiligung an der Eskalation gegen Russland weitgehend verweigert.

Der weltweite Konflikt zwischen den beiden Polen wird immer schärfer und gefährlicher, er wurde und wird an vielen Schauplätzen ausgetragen, teilweise auch militärisch (in Syrien, in Georgien 2008, in der Ukraine, in Zukunft

möglicherweise in Taiwan). Er droht, die Welt erneut in einen großen Krieg zwischen den Großmächten zu stürzen.

Es ist die kapitalistische Konkurrenz zwischen den Staaten, die für ihr Kapital die größtmöglichen Profite herauszuschlagen versuchen, weshalb der Kapitalismus den Krieg in sich trägt wie die Wolke den Regen. Der Kapitalismus ist der Grund, weshalb für den Profit immer wieder Millionen Menschen auf die Schlachtbank des Krieges geführt wurden. Forderungen nach Beendigung des Krieges, die die Kriegsursachen nicht benennen und den Kapitalismus nicht angreifen, laufen letzten Endes ins Leere. Sie schüren die Illusion, dass man die Herrschenden nur davon überzeugen müsste, dass der Krieg eigentlich in niemandes Interesse ist – was aber nicht den Tatsachen entspricht, denn die Kriegstreiber und -profiteure gibt es, sie haben Namen und Adressen.

Für uns kann es dabei keine Rolle spielen, welches kapitalistische Land das stärkere ist, welche Regierung die „schlimmere“ ist, oder wer den Krieg „angefangen“ hat – so oder so wird der Krieg von beiden Seiten nicht für die Interessen der Arbeiterklasse geführt, sondern für die der Kapitalisten. Beide Seiten handeln verbrecherisch, beide Seiten werden von uns nicht unterstützt.

Die Antikriegsbewegung in Deutschland ist in dieser kritischen Situation in einer tiefen Krise: Die Gewerkschaften und weitere Teile der ehemaligen Friedensbewegung sind auf den NATO-Kurs eingeschwenkt und haben alle ihre früheren Grundsätze vergessen um den vermeintlichen „Hitler“ Putin zu stoppen. Andere Teile der Friedensbewegung stellen sich auf die Seite Russlands, kritisieren ausschließlich die NATO und die Ukraine, während sie zum russischen Krieg schweigen oder ihn sogar unterstützen. Die erste Strömung ist für die Friedensbewegung aktuell die gefährlichere, weil sie die Bewegung in die Arme der eigenen herrschenden Klasse und der Kriegspolitik treibt. Für die kommunistische Bewegung ist die zweite Strömung die gefährlichere, da die berechtigte Ablehnung der NATO-Politik und die historische Verbundenheit mit der Sowjetunion viele, die sich als Kommunisten verstehen, zur Sympathie mit dem russischen Staat verleiten. Als Kommunisten haben wir aber keine andere Möglichkeit, als den Einfluss beider Tendenzen zu bekämpfen, denn beide halten die Arbeiterklasse davon ab, einen eigenständigen Standpunkt *gegen* den Krieg einzunehmen, sich dagegen zu organisieren, die Kriegsmaschinerie zu bekämpfen und zu

sabotieren wo es geht und sich der eigenen Vernichtung als Kanonenfutter im nächsten Weltkrieg zu verweigern.

Für uns hier in Deutschland ist es dabei vor allem notwendig, dass wir uns der Kriegspolitik der deutschen Bundesregierung, der EU und NATO konsequent entgegenstellen:

- gegen die Waffenlieferungen
- gegen die Unterstützung des reaktionären Regimes in Kiew
- gegen die Sanktionen
- gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr
- gegen die Militärbasen der USA in Deutschland
- gegen die Spaltung der Flüchtlinge in „gute“ und „schlechte“, für die Gleichbehandlung aller Flüchtlinge unter menschenwürdigen Bedingungen
- gegen die Politik des „Burgfriedens“ – heraus auf die Straße für unsere Rechte, gegen die Preissteigerungen und Verarmungspolitik der Bundesregierung
- für eine sofortige Beendigung des Krieges
- für eine Gesellschaft, in der nicht der Profit, sondern die Bedürfnisse aller im Mittelpunkt stehen und die Ursachen der Kriege beseitigt sind – für den Sozialismus!

Einen Ausweg aus dem Elend des Krieges kann es nur geben, wenn sich in allen beteiligten Ländern die Masse des Volkes der Kriegspolitik ihrer Herrschenden entgegenstellt und bereit ist, den Kapitalismus als Kriegsverursacher auf dem Müllhaufen der Geschichte zu entsorgen. Dafür brauchen wir eine eigene Partei der Arbeiterklasse, die konsequent die Interessen der breiten Masse der Bevölkerung vertritt. Wir versuchen, diese kommunistische Partei in Deutschland aufzubauen und stehen dabei an der Seite unserer Genossinnen und Genossen in der Ukraine, in Russland und überall auf der Welt. Wir rufen alle, die sich dem Krieg und der Verarmungspolitik konsequent entgegenstellen dazu auf, mit uns gemeinsam zu kämpfen!



## Negation der Negation

### **Heinz Ahlreip: Negation der Negation -- Der Kampf ist absolut**

In Lenins Ausführungen zur Dialektik scheint auf den ersten Blick ein Widerspruch vorzuliegen: In seinem Konspekt zu Hegels Wissenschaft der Logik 1914/15 gelangt er während des Studiums des Altmeisters durch dessen Untersuchung der Widerspiegelung der Bewegung der objektiven Welt als Bewegung der Begriffe zu dem Schluss: "Die Dialektik kann kurz als die Lehre von der Einheit der Gegensätze bestimmt werden. Damit wird der Kern der Dialektik erfaßt sein, aber das muß erläutert und weiterentwickelt werden" (Lenin, Aus: Konspekt zu Hegels 'Wissenschaft der Logik', in: Lenin, Ausgewählte Werke, Band 2, Dietz Verlag Berlin, 1973,532).

Einheit der Gegensätze – das ist eine Kurzfassung von ihr, von der Dialektik, die auch Konterrevolutionären genehm ist, die an der Einheit von Proletariat und Bourgeoisie interessiert sind, ein Umstand, der schon andeutet, wie dieser Prozess der Dialektik als objektiver in der Natur, in der Geschichte und als Reflex im menschlichen Denken weiterentwickelt werden muss. Es gehört zur Eigenart der Dialektik, dass als richtig das Gegenteil einer Entwicklung herauskommt.

In der Tat: In dem jahresgleichen Text 'Zur Frage der Dialektik' ist zu lesen: "Die Einheit (Kongruenz, Identität, Wirkungsgleichheit) der Gegensätze ist bedingt, zeitweilig, vergänglich, relativ. Der Kampf der einander ausschließenden Gegensätze ist absolut, wie die Entwicklung, die Bewegung absolut sind" (Lenin, Zur Frage der Dialektik, in: Lenin, Ausgewählte Werke, Band 2, Dietz Verlag Berlin, 1973,622).

Die Negation der Negation als objektiver Prozess in der Natur, in der Geschichte und im menschlichen Denken darf nicht isoliert betrachtet werden in einer Welt, die richtig als Komplex von Prozessen widergespiegelt wird, es liegt ein wechselseitiges Durchdringen mit der Einheit und dem Kampf der Gegensätze und mit dem Umschlag von Quantität in Qualität und umgekehrt vor. Dialektik ist selbst dialektisch zu nehmen, ein schematisches Auswendiglernen, gar ein Verorten in Kästchen ist unangebracht, wo doch ein

wechselseitiges Durchdringen der drei Gesetze angesagt ist. Marx spottete im Brief von Engels vom 8. Januar 1868 über Steins hölzerne Trichotomien. (Vergleiche Brief von Marx an Engels vom 8. Januar 1868, Werke, Band 32, Dietz Verlag Berlin, 1960,9).

Grob betrachtet ist die Dialektik eine Prozesswissenschaft, genauer eine wissenschaftliche Methode, durch die die innere Gesetzmäßigkeit von Prozessen richtig erfasst wird, so dass man in ihnen die im Kampf stehenden absterbenden und die sich entwickelnden Linien eruieren kann, durch deren kämpferische Unterstützung fortschrittliche Revolutionäre gesellschaftliche Umstände und sich selbst mitverändern. Je mehr sich die sozialistische Gesellschaft objektiv dem Kommunismus nähert, desto näher rückt der Zeitpunkt, an dem der Leninsche, einst mit Bankraub befasste Berufsrevolutionär sich subjektiv als solcher aufhebt.

Die unendliche dialektische Bewegung lässt nichts Heiliges, Unendliches, Absolutes bestehen, reißt jeden Heiligenschein runter, vor ihr existiert nur der unendliche Prozess des Werdens und Vergehens, sie weist primär die Vergänglichkeit auf, alles macht eine ununterbrochene Veränderung des Werdens und Vergehens durch, das gilt natürlich auch für das bürgerliche Privateigentum an den Produktionsmitteln, die die Arbeitsorganisation der Gesellschaft bestimmen *und auf das insbesondere der Marxismus seinen Schwerpunkt der Negierung legt.*

Die Figur der Negation der Negation, die für Hegel überhaupt die *Kernfigur* der Dialektik war, da sie den inneren Zusammenhang der einzelnen Entwicklungsstadien in der Regel, Hegel kennt auch den Rückschlag, als Vervollkommnungs- und Bereicherungsprozess durch Aufhebung (Bewahrung) der positiven Seiten angibt und Tendenzen eruieren kann, hat in ihrem Gesamtumfang eine weltgeschichtliche Dimension: Urkommunismus - Periode der Klassenkämpfe aufgeteilt in antike Sklaverei, feudale Leibeigenschaft und kapitalistische Lohnsklaverei – Kommunismus.

Wenn also Faust die Frage stellt, was die Welt im Innersten zusammenhält, hätte Hegel geantwortet: Es ist die Negation der Negation. Er nannte sein philosophisches Hauptwerk 'Logik', hätte es aber eben genauso gut 'Dialektik' oder 'Negation der Negation' nennen können. Es geht um die

Auskunft, wie die Welt sich *IN* sich selbst bewegt, um die totale Selbsterfassung des Universums, daher der Absolutheitsanspruch Hegels.

Er hatte eine großartige Intention, aber der Idealismus versauerte alles. Hegel sei von Gott berufen, der Menschheit die Idee Gottes vor seiner Schöpfung der Welt mitzuteilen. Die Idee ist im Idealismus archetypisch. Es ist die Idee Gottes, die Welt per Negation der Negation anzureichern.

Mit der Hegelschen Schlüsselkategorie der Dialektik, mit der von Marx zu Recht, wie wir eben sahen, materialistisch gewendeten, den objektiv vorhandenen Zusammenhang in der Welt herstellenden Negation der Negation, weist dieser im ersten Band des Kapitals nach, und nur hier, nur einmal verwendet Marx in den drei Bänden des Kapitals die Figur der Negation der Negation, was überraschend kommen mag, dass die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation zur Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln führen wird. (Vergleiche Karl Marx, Das Kapital, Werke, Band 23, Dietz Verlag Berlin, 1960,791). Falsch wäre es hier zu schreiben: „...zwingend führen muss“. Engels weist im Anti-Dühring darauf hin, dass Marx aufgezeigt habe, dass ein Vergesellschaftungsprozess teils schon tatsächlich abläuft, aber teils erst noch weiter ablaufen wird. Die geschichtliche Notwendigkeit ist eben noch nicht als historisch bereits abgelaufene bewiesen (Vergleiche Friedrich Engels, Anti-Dühring, Werke, Band 20, Dietz Verlag Berlin, 1960,125).

Das ist mehr als eine Nuance, es liegt vielmehr die Differenz zwischen dem dogmatischen und dem kreativen bzw. dynamischen Marxismus vor. Stalin war ein Verteidiger des letzteren, Chruschtschow ein Dogmatiker, als er 1961 auf dem XXII. Parteitag aus der Luft gegriffen, das Erreichen des Kommunismus für das Jahr 1980 voraussagte. Heute betreibt das Revisionistenpack eine Würfelverdrehung, indem es Chruschtschow, den Zerstörer des Blocks von Kommunisten und Parteilosen, noch immer als liberalen Kämpfer gegen den Personenkult präsentiert. Als die Trotzlisten auf der Aussage von Engels in seinen 1847 verfassten ‘Grundsätzen des Kommunismus‘ herumritten, in einem Land allein sei der Aufbau des Sozialismus unmöglich, schleuderte Stalin ihnen entgegen: Wenn Engels unsere Revolution sehen könnte, würde er ausrufen: Zum Teufel mit meiner alten Formel.

Diese eben angegebene Makrostruktur: Urkommunismus, Klassengesellschaften, Kommunismus auf hochtechnisch-industriellem Niveau muss unbedingt präsent sein, wenn wir uns mit Ideologien *aller* Art auseinandersetzen, die immer im Strom der Zeit eine feste Insel, eine feste Burg, einen festen Halt, einen Gott ... anbieten und die Wirklichkeit falsch widerspiegeln.

Nur die *materialistischen* Dialektiker überlassen sich bewusst dem reißenden, gleichwohl in sich gesetzmäßig entfaltenden Strom der unendlichen Bewegung der Materie und der Zeitgeschichte, wie es in der Mechanik Wirkung und Gegenwirkung gibt, so in der Gesellschaft den Klassenkampf.

Der Marxismus ist kein Halt, im Kommunismus ist er als Klassenkampf-Waffe obsolet. Der Marxismus selbst unterliegt auch der Negation der Negation: Negierung der bürgerlichen Gesellschaft als schließliche Selbstnegierung. *Der Kommunismus ist eine Gesellschaft ohne Gesellschaftswissenschaften.* Bereits Francis Bacon erkannte als den erkenntnistheoretischen Hauptirrtum seiner Zeitgenossen die Fixierung von Bewegung auf festzustehend scheinende Begriffe. Jahrhundertlang sind die Völker verdummt worden mit dem Satz: Gott, Allah ... sind ewig, selbst Tiere sind angebetet worden – und die Völker werden noch heute verdummt. So beten heute in der BRD die Geldsäcke vordergründig den Bundesadler an, um ihn durch Steuerbetrug hinterrücks abzurufen.

Die Negation der Negation steigert sich an sich selbst hoch in einem monistisch-materialistischen, immer reicher, immer vielfältiger werdenden Weltprozess. *Nur der Materialismus verbürgt eine rationale Weltauslegung.*

Der erste und größte Fehler irrationaler Denker liegt in der Verdopplung der Welt. Und es liegt in der Anlage des Irrationalismus, dass er unsere einzige Welt in einen Appendix eines imaginären Absolutums verdreht. Ideologie entwest die Welt und raubt den Menschen ihre Seele.

Diese Zweiteiler speisen sich aus der Zweiteilung der Gesellschaft in Herren und Dienern, eine herrschaftsfreie Gemeinschaft von Menschen kommt ohne Wahn des doppelten Sehens aus. So eben nicht Aristoteles als Sohn einer Sklavenhaltergesellschaft. Für ihn ist Gott der unbewegte Bewegte, es ist immerhin der Begründer der Logik, der dies von sich gibt, er musste zu dieser verschrobenen Form greifen, weil er eine Selbstbewegung der Materie, dass

sich eins in zwei teilt zur Erkenntnis seiner widersprechenden Bestandteile ausschloss.

Der wohl entscheidendste Gedanke und zugleich der entscheidendste Fehler der bürgerlichen Ideologen, gleichsam die Sonne dieser Ideologie, liegt in der Verkündigung des Satzes: "Das Privateigentum ist heilig, und man kann niemanden verwehren, Aktien zu kaufen, zu verkaufen, umzutauschen, zu verpfänden usw." (Vergleiche Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Ausgewählte Werke, Band 2, Dietz Verlag Berlin, 1973,691).

Die Dialektik lehrt, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln, als ein Beispiel unter Millionen und Abermillionen, in sich widersprechende Tendenzen birgt, durch die es sein eigenes Leben als objektive Bewegung entfaltet, die den Niedergang und den Tod einschließt. Es kommt zu einem Entscheidungskampf zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Der bürgerliche Ökonom Professor Liefmann gibt zum Beispiel 1909 in der Phase des beginnenden monopolistischen Imperialismus folgende Definition des Handels: "...Handel ist die Erwerbstätigkeit mittelst Sammelns, Vorenthaltens und Zur-Verfügung-Stellens von Gütern (Vergleiche a.a.O.,688). Demnach hätte schon der Urmensch gehandelt und Handel getrieben, wird auch im Kommunismus gehandelt und Handel getrieben. Hier haben wir sozusagen ein Musterbeispiel, wie man die Schablone eines bürgerlichen Ideologen auseinandernehmen muss. Alles im Fluss haltende, wissenschaftlich richtige Totalwiderspiegelung der Bewegung der Wirklichkeit versus letztendlich eigentumsbedingter Teilwiderspiegelung, die ideologisch verblendet mit Total-, also auch mit Ewigkeitsanspruch bewusst oder unbewusst Wissenschaftlichkeit vortäuscht, das ist immer der Glutkern unserer ideologischen Auseinandersetzungen mit den bürgerlichen, von Fetischen verblendeten Ideologen.

Alles ist vorübergehend, das ist der erste Merksatz der Lektion. Sie hängen an ihrem Privateigentum wie das Baby am Schnuller. Das Baby muss ihn haben, aber dem kapitalistischen Blutsauger muss man ihn aus der Fresse schlagen. Und jetzt kommen marxistische Sprachpfleger an und behaupten solche Wortwahl verletzte die streng wissenschaftliche Sprachetikette des Marxismus, ich komme auf diese Elemente noch am Schluss zu sprechen, die sich geziert ausdrücken können, aber die Furcht vor der proletarischen

Revolution hinter Sprachfeuerwerk, gespickt mit allerhand hochtrabenden Fremdwörtern, verbergen. Schon an der Sprache in Schrift und Ton kann man erkennen, dass bei diesen seichten Vertretern der tiefsten Revolutionslehre der Welt, dem Marxismus-Leninismus, kein gesunder Klassenhass und kein Vernichtungswille weder gegenüber dem bürgerlichen Staat noch gegenüber der bürgerlichen Klasse vorliegt.

Wiederholung bestimmter Züge einer niedrigeren Entwicklungsphase auf einer höheren, aber anders, auf höherer Stufe, und eine scheinbare Rückkehr zum alten, das charakterisiert die Negation der Negation, in der sich keine gradlinige Entwicklung ausbildet, sondern eine "Kurve, die sich einer Reihe von Kreisen, einer Spirale unendlich nähert" (Lenin, Zur Frage der Dialektik, in: Lenin, Ausgewählte Werke, Band 2, Dietz Verlag Berlin, 1973,627). In der Geschichte des Imperialismus zum Beispiel wiederholt sich der Kampf des Kleinkapitals gegen das Großkapital aus dem klassischen Kapitalismus auf einer höheren Stufe. Das charakterisiert die ganze Periode des Imperialismus und wird das höchste Stadium des Kapitalismus bis an sein Ende charakterisieren. *Die Klagen über die industrielle Großproduktion vor 1900 sind ab 1900 Klagen über den Terrorismus der Banken.*

Für Marx war die bürgerliche Gesellschaft nur ein Spezialfall der Dialektik, was sie für bürgerliche Ideologen nie sein kann, für diese ist sie wie schon für Hegel der Abschluss der Geschichte.

Marx und Engels schreiben im Kommunistischen Manifest: "Die interessierte Vorstellung, worin ihr eure Produktions- und Eigentumsverhältnisse aus geschichtlichen, in dem Lauf der Produktions- und Eigentumsverhältnisse vorübergehenden Verhältnissen in ewige Natur- und Vernunftgesetze verwandelt, teilt ihr mit allen untergegangenen herrschenden Klassen. Was ihr für das antike Eigentum begreift, was ihr für das antike Eigentum begreift, dürft ihr nicht mehr begreifen für das bürgerliche Eigentum" (Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke, Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960,478).

Voila! Ideologie ist sich entwicklungsmäßig zum Kristall verfestigende Bewegung, was einmal eine Entwicklungsform für aufstrebende Bewegung war, wird zu ihrer Fessel. So beinhaltet die Negation der Negation nicht nur in unseren Zeiten auch den Kampf des neuen Inhalts, der gegen die alte Form

mehr und mehr pocht und mit der Umgestaltung des Inhalts durch den Umschlag von Quantität in Qualität auch die Form bricht, so dass die Klassendiktatur des Proletariats als Negation des Bürgertums ein notwendiges Durchgangsstadium zur klassenfreien Gesellschaft ist. Der Demokratie liegt eine Doppelstruktur zugrunde: Es gibt eine Demokratie gegen den Feudalismus und eine gegen den Kapitalismus. Die gegen den Feudalismus negative Demokratie, die bürgerliche, wird durch die Demokratie gegen den Kapitalismus, die proletarische negiert; die Diktatur des Proletariats stirbt hingegen ab, ertrinkt in den Massen, wird schon nicht mehr durch eine Gegenkategorie negiert.

Es wird in einer proletarischen Revolution so sein, dass sich zunächst die akademisch gebildeten Marxistinnen und Marxisten in den Vordergrund drängen, die relativ wenig unter der Diktatur des Kapitals gelitten haben, und die Zeit hatten, Herrn Heidegger zu lesen; aber ist die Revolution gründlich, so werden die tagein tagaus Geschundenen, die Gedemütigten, die Hungernden, die Zwangsprostituierten, die Masse der ruinierten Kleinbauern, die Wohnungslosen, die unterbezahlten und sexuell belästigten Frauen, die Putzfrauen der Parlamente, Kellner, Diener, Chauffeure, die den Kopf zu senken hatten, sich zu Wort melden, die mit dem marxistischen Vokabular nicht so vertraut sind wie die Schmarotzerleute aus der Akademie, aber denen man täglich einen viertel Liter Blut abzunehmen pflegte.

*Eine proletarische Revolution, in der nicht die Woyzecks zum Sprechen kommen, ist keine. Denn diese sind die Standhaften, nicht die hektischen Intellektuellen.*

## Ein Beispiel für die heutige weltweite Spaltung der kommunistischen Bewegung

### ***XXII Internationales Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Havanna, 28./29. 10. 2022 -***

#### ***Resolution Nr. 1***

**Der Kampf gegen den US- und NATO-Imperialismus, der nach der Weltherrschaft strebt, ist die wichtigste Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte!**

**Erklärung der Teilnehmer des XXII. Internationalen Treffens der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Havanna am 28. und 29. Oktober 2022**

Vor den Augen der Völker der Welt vollzieht sich eine rasche Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Unfähig, die wachsenden Widersprüche zu bewältigen, wird der Imperialismus für die Menschheit immer gefährlicher. Er greift immer häufiger zu großen Provokationen und Konflikten. Seine Aktionen drohen mit einem neuen Weltkrieg und dem Einsatz von Atomwaffen.

In der Praxis dauert der Krieg als bewaffneter Kampf von Klassen, Nationen oder Staaten seit 2014 an, als die Straffaktion der Kiewer Nazis gegen die Bevölkerung des Donbass begann. Menschen wurden getötet, weil sie ihre russische Muttersprache sprechen wollten, sich weigerten, die Komplizen der Nazifaschisten als Helden anzuerkennen, der Zerstörung sowjetischer Denkmäler nicht zustimmten und die Beziehungen zu Rußland nicht abbrechen wollten. Heute verfolgen mehr als fünfzig räuberische Länder, die von der NATO unter Führung der Vereinigten Staaten organisiert und geleitet werden, durch die Hände der ukrainischen Anhänger von Hitlers Verbündeten - Bandera - eine Politik der faschistischen Expansion gegen Russland. Die kombinierten politischen, finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen des Weltkapitals, einschließlich ihrer menschlichen Ressourcen in Form von Söldnern, werden für die Unterdrückung und Zerstückelung Rußlands eingesetzt.



Die für das Großkapital charakteristische Aufgabe der Ausschaltung eines Konkurrenten und der Neuaufteilung der Einflusssphären wird vor allem in Europa gelöst. Das angestrebte Ziel ist die Errichtung der Welthegemonie des US-Imperialismus im 21. Jahrhundert unter aktiver und offensichtlicher Nutzung des Faschismus.

Kommunistische und Arbeiterparteien sind solidarisch mit dem gerechten antifaschistischen Kampf der arbeitenden Menschen im Donbass, unterstützt von den russischen Streitkräften. Wir wenden uns gegen den US-Imperialismus, der faschistische Methoden in der Außenpolitik anwendet und der unter direkter Beteiligung der NATO-Länder tatsächlich einen Krieg führt, um Rußland durch die Hände der Marionette des bürgerlich-nationalistischen ukrainischen Regimes zu besiegen.

Wir erklären, daß wir alles tun werden, um zu verhindern, daß Rußland das Schicksal Jugoslawiens, des Irak oder Libyens wiederholt, was den Interessen der weltweiten Arbeiterbewegung grundlegend zuwiderläuft. Die Reaktion strebt danach, ihre neue Ordnung fest und dauerhaft zu etablieren.

Rußland kann diesen Krieg gegen den Nazismus nicht verlieren.

Wir erklären unseren kategorischen Protest gegen die Politik des Faschismus, des Antisowjetismus und der Russophobie in allen EU- und NATO-Ländern. Wir protestieren gegen die von den USA und der NATO entfesselte Aggression gegen Rußland durch die Nazis der Ukraine. Wir bekunden unsere entschlossene Solidarität mit den Kommunisten und allen arbeitenden Menschen in der Ukraine und in Rußland. Wir bringen unsere entschlossene Bereitschaft zum Ausdruck, entschlossen und aggressiv gegen die wiederauflebende braune Pest zu kämpfen.

Die Position der Kommunisten ist unverändert: Dem Faschismus und der Gefahr eines nuklearen Weltkrieges für immer ein Ende zu setzen, ist nur möglich, indem man dem Kapitalismus ein Ende setzt. Wir werden all unsere Aktivitäten und unser Leben diesem Kampf widmen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

28./29. Oktober 2022 Kuba, Havanna

Beigesteuert von:

Kommunistische Arbeiterpartei Russlands und  
Kommunistische Partei der Russischen Föderation.

Die Erklärung wurde unterzeichnet von:

Kommunistische Partei von Aserbaidshan,  
Kommunistische Partei Brasiliens,  
Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens  
Deutsche Kommunistische Partei  
Kommunistische Partei (Italien),  
Ungarische Arbeiterpartei,  
Kommunistische Partei von Malta,  
Sozialistische Partei Lettlands,  
Libanesische Kommunistische Partei,  
Palästinensische Kommunistische Partei,  
Rumänische Sozialistische Partei,  
Kommunistische Partei der Russischen Föderation,  
Russische Kommunistische Arbeiterpartei,  
Partei der Kommunisten Serbiens  
Syrische Kommunistische Partei,  
(Vereinigte) Kommunistische Partei der Ukraine

***XXII Internationales Treffen der Kommunistischen und  
Arbeiterparteien, Havanna, 28./29. 10. 2022 -***

***Resolution Nr. 2***

**Zum imperialistischen Krieg auf dem Territorium der Ukraine**

**Resolution am 22. Internationalen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien (IMCWP), Havanna, 27.–29. Oktober 2022, vorgelegt von der Union der Kommunisten der Ukraine (SKU); deutsche Übersetzung in Verantwortung der Partei der Arbeit Österreichs (PdA).**

Wir, die Teilnehmer des 22. Internationalen Treffens der kommunistischen und Arbeiterparteien in Havanna von 27. bis 29. Oktober 2022, bekräftigen unser starkes Engagement für den Kampf des Proletariats auf globaler Ebene

sowie unsere Unterstützung für den langjährigen heroischen antifaschistischen Kampf der Proletarier des Donbass und den Widerstand der Arbeiter der Ukraine und Rußlands gegen die militaristische Politik des Imperialismus:

1. Wir verurteilen alle kriminellen Handlungen der Vertreter des Weltkapitals: der USA, der imperialistischen Bündnisse und Blöcke, der Russischen Föderation und der herrschenden Kreise der Ukraine selbst, die das letzte Mittel zur Lösung ihrer Widersprüche im Zeitalter des Imperialismus – den Krieg – auf dem Gebiet der Ukraine eingesetzt haben. Derzeit haben diese Widersprüche eine solche Tiefe erreicht, daß es unmöglich scheint, vorherzusagen, wie lange dieser Krieg dauern wird.

2. Wir unterstützen antimilitaristische Stimmungen und Aktionen in der Ukraine und der Russischen Föderation als Kampf der ausgebeuteten Klasse gegen die Ausbeuterklasse. Nicht nur die Logik der marxistischen Analyse, sondern auch die des acht Monate andauernden Krieges zeigen die Falschheit der von der russischen Regierung verkündeten Ziele, da ihre Umsetzung offensichtlich zu direkt gegenteiligen Ergebnissen führt: humanitäre Katastrophe, Tausende von zivilen Todesopfern, Militarisierung der Ukraine zusammen mit der Zerstörung ihrer Industriebetriebe und Städte, Zunahme der antirussischen Stimmung und der Zahl der faschistischen Kämpfer. Wie schon früher in der Geschichte manipulieren die herrschenden Eliten beider Länder die Slogans des „gerechten Krieges“ für ihre politischen Ziele, ihren wirtschaftlichen Gewinn und die Mobilisierung der getäuschten Völker zur Erreichung von Zielen, die ihnen fremd sind.

3. Wir lehnen jegliche Beteiligung der russischen Regierungspolitik an der antifaschistischen Bewegung und erst recht an der „prosovjetschen“ Stimmung entschieden ab. Die Russische Föderation ist als bürgerlicher Staat nur nominell, im Rahmen des bürgerlichen Rechts, der Erbe der UdSSR, während sie weder in ihrer Basis noch in ihrem Überbau etwas mit der UdSSR gemein hat. In den 30 Jahren der „Unabhängigkeit“ der Russischen Föderation wurde das Finanz- und Monopolkapital geschaffen, die Industrie, das Bildungs- und das Gesundheitswesen systematisch zerstört, die Arbeitslosigkeit erhöht, die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert, Arbeitnehmerrechte und demokratische Freiheiten beseitigt. Die Vertreter der bürgerlichen herrschenden Kreise der Russischen Föderation haben die Macht in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk an sich gerissen, die roten

Feldkommandeure – die Kandidaten des Volkes – wurden eliminiert und die politischen Aktivitäten der kommunistischen Organisationen wurden verboten. Alle von Putin und den offiziellen Stellen der Russischen Föderation mit der „militärischen Sonderoperation“ verfolgten Ziele sind gescheitert. Diese „Sonderoperation“ ist nicht nur falsch, sondern auch kriminell, was durch die humanitäre Katastrophe, die die Zivilbevölkerung der Ukraine betrifft, bestätigt wird.

4. Wir verurteilen auf das Schärfste die Militarisierung der Ukraine, die Förderung einer extrem reaktionären nationalistischen Ideologie, die Aufstachelung zu interethnischem Hass und die Bildung militanter nationalistischer Gruppen. Die Evakuierung von Zivilisten aus dem Kriegsgebiet wird im Wesentlichen von der Bevölkerung selbst durchgeführt. Die Rechte der Arbeitnehmer und die Meinungsfreiheit wurden erheblich beschnitten; die Verfolgung und Unterdrückung politischer Gegner hat nicht aufgehört.

5. Wir sind sicher, daß nur die ukrainische Arbeiterklasse, vereint mit dem russischen Proletariat und unterstützt von der weltweiten Arbeiterschaft, in der Lage ist, das imperialistische Gemetzel zu stoppen. Die ukrainische, russische und weltweite Bourgeoisie hat die Arbeiter mobilisiert und bewaffnet. Es ist notwendig, daß sich diese Bewaffnung gegen die Kriegsregierungen richtet, um den imperialistischen Krieg zwischen den Völkern in einen Bürgerkrieg zwischen den Klassen zu verwandeln. Nur so wird die Arbeiterklasse in der Lage sein, dem Imperialismus als Quelle von Kriegen ein Ende zu setzen und Arbeitermachtorgane zu bilden, sowie die kämpfenden Staaten im Interesse der arbeitenden Menschen umzuwandeln.

Es ist beschämend und kriminell, wenn Kommunisten in aller Welt den Regierungen der bürgerlichen Länder hinterherlaufen und für die Interessen ihrer nationalen Bourgeoisie arbeiten, den einen oder anderen Block der bürgerlichen Länder unterstützen. Unsere unabänderliche Aufgabe ist es, den Arbeitern auf der ganzen Welt zu helfen, zu erkennen, dass die imperialistischen Kriege nicht zur Emanzipation der Arbeit führen, sondern sie im Gegenteil noch mehr versklaven; daß die Arbeiterklasse im imperialistischen Konflikt keine Verbündeten unter den herrschenden Kreisen hat, sondern nur Feinde; daß ihre Freunde nur die Proletarier sind, egal welcher Nationalität. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, das Ende des

Kapitalismus als solchen herbeizuführen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene: das Ende des Kapitalismus ist das Ende der Kriege.

Für diese edle Sache, Kommunisten auf der ganzen Welt, vereinigt euch mit euren Proletariern!

Unterzeichnende Parteien:

SolidNet-Parteien:

1. Algerische Partei für Demokratie und Sozialismus
2. Kommunistische Partei Belgiens
3. Kommunistische Partei Dänemarks
4. Kommunistische Partei in Dänemark
5. Kommunistische Partei El Salvadors
6. Kommunistische Partei Griechenlands
7. Arbeiterpartei Irlands
8. Sozialistische Bewegung Kasachstans
9. Kommunistische Partei Maltas
10. Kommunistische Partei Mexikos
11. Neue Kommunistische Partei der Niederlande
12. Partei der Arbeit Österreichs
13. Kommunistische Partei Pakistans
14. Palästinensische Kommunistische Partei
15. Palästinensische Volkspartei
16. Paraguayanische Kommunistische Partei
17. Philippinische Kommunistische Partei (PKP-1930)
18. Kommunistische Partei Schwedens
19. Schweizerische Kommunistische Partei
20. Kommunistische Partei der Arbeiter Spaniens
21. Südafrikanische Kommunistische Partei
22. Kommunistische Partei Swasilands
23. Kommunistische Partei der Türkei
24. Union der Kommunisten der Ukraine
25. Ungarische Arbeiterpartei

Andere Parteien:

1. Revolutionäre Kommunistische Partei Frankreichs

2. Revolutionäre Partei KOMMUNISTEN (Frankreich)
3. Kommunistische Front (Italien)“

## Aus der Leser/innen-Post

### ***Harald Günterowitsch: Einige Gedanken***

Lieber Frank, anlässlich des Sonderheftes „Zur multipolaren Weltordnung“ habe ich einige Gedanken, die mir beim Lesen durch den Kopf gingen.

Sicher ist Putin ein überzeugter Antikommunist und Stalinhasser, doch kann man ihm nicht absprechen, dass er Russland vor der vollständigen Ausbeutung und Zerschlagung durch den Wertewesten gerettet hat. Er war am Anfang ein überzeugter liberaler Anhänger der westlichen Werte (wie leider viele der Mitarbeiter im KGB Andropows) und hat vom Westen erwartet, dass der Russland seinen Platz in der westlich orientierten und beherrschten „Weltgemeinschaft“ einnehmen lässt. Doch die Politiker im Westen waren vom Untergang der UdSSR und der Zerschlagung des sozialistischen Blocks so geblendet, dass sie glaubten, auf Russland, das wirtschaftlich und militärisch am Boden lag, keine Rücksicht nehmen zu müssen und es als Kolonie behandeln zu können. Deshalb wiesen sie alle Angebote und Bitten Putins zur gleichberechtigten Zusammenarbeit hochmütig zurück.

Dabei hatten sie aber nicht mit dem Charakter Putins gerechnet. Es scheint im Westen keinen zu geben, der ein normales psychologisches Profil von Putin erstellt hat. Der hat doch jahrelang förmlich um Anerkennung gebettelt, war jahrelang um Ausgleich mit den liberalen Kräften in Russland bemüht, und wenn man ihm entgegen gekommen wäre, hätte man ihn um den kleinen Finger wickeln können. So aber forderte man durch die ständigen Zurückweisungen und Beleidigungen die Trotzreaktionen von Putin und von Teilen der nationalen russischen Elite heraus, die dann folgten.

Putin hat keine Ideologie außer dem Gedanken, dass Russland wieder eine Großmacht werden muss, weil ihm dieser Platz in der Welt, seiner Meinung nach, zusteht. Ihm ist mit der Zeit auch klar geworden, dass es zu einer, evtl. auch militärischen, Konfrontation mit dem Westen kommen wird, weil der

Westen vor dem Problem seines unzureichenden Zugriffs auf Rohstoffe und Ressourcen steht und dieses Problem immer weiter verschärft wird. Russland hat davon im Überfluss, weshalb abzusehen war, dass der Westen versuchen wird, sich diese anzueignen, da es auch fast die einzige Chance ist, als System zu überleben.

Ich finde auch, dass man es Putin nicht verübeln kann, dass er die Russen als Volk in einem Staat vereinen will, zumal klar ist, dass es Russland an Bevölkerung fehlt (sie müssten ihre Bevölkerung verdoppeln), um autark zu sein und alle Projekte in dem riesigen, teils unerschlossenen Land, verwirklichen zu können. Ähnliche Gedanken haben nationale Führer in allen Teilen der Welt, die finden, dass Nationen auch ihr eigenes Staatsgebiet haben und dort zusammen leben sollten.

Es werden sich verschiedene regionale Machtzentren bilden (Russland, China, USA, evtl. Westeuropa, Südamerika, Teile von Afrika), an die sich die kleineren anliegenden Nationalstaaten anlehnen bzw. mit ihnen verbünden müssen, wenn sie nicht untergehen wollen. Deshalb ist Putins „Land einsammeln“ ein objektiver Prozess, der aber nicht im Aufgehen dieser kleinen Staaten in der RF münden muss, wofür auch Belarus ein Beispiel ist, das sogar eine positive Handelsbilanz mit Russland hat und viele nationale Feiertage pflegt.

Mir fehlt in dem genannten „Zur multipolaren Weltordnung“ auch gänzlich der Einfluss des Kampfes der nationalen Kräfte gegen die globalen Kräfte des internationalen Finanzkapitals, mit dem WEF an der Spitze, die nicht weniger vor haben, als die gesamte Menschheit unter ihre Kontrolle zu bringen und in nützliche und unnütze einzuteilen, wobei letztere als nicht lebenswert eingeschätzt werden und vernichtet werden können und damit auch zur „Klimaretung“ beitragen. Dazu nutzen sie einen großen Teil der internationalen Organisationen, die von ihnen bezahlt und massiv beeinflusst werden; UNO, WHO, WTO, OSZE, IOC u. a. sind Beispiele dafür. Sie wollen die Macht an transnationale Finanz- und Großkonzerne übergeben, die dann ohne jegliche Kontrolle durch nationale Regierungen über die Menschen herrschen.

**Die „Transhumanisten“ und Globalisten des WEF sind die wahren Gegner der Menschheit und der Kampf gegen sie sollte auch der Kampf**

**der gesamten Linken sein.** Insofern halte ich den Kampf der nationalen Bourgeoisie um den Erhalt und die Stärkung der Nationalstaaten durchaus für wünschens- und unterstützenswert. Deshalb ist mir sogar Orban in Ungarn sympathisch, der auch ein Kommunistenhasser und Nationalist ist und sich deshalb blendend mit Putin versteht. In der Feudalzeit hat die nationale Bourgeoisie zur Überwindung der feudalen Verhältnisse auch eine progressive Rolle gespielt und daran sollte man anknüpfen.

Mir ist dabei klar, dass es unter kapitalistischen Verhältnissen dabei wieder zu Verteilungskämpfen und die Neuaufteilung der Welt kommen wird. Dabei ist zu hoffen, dass es bei regionalen Konflikten bleibt und nicht, wie jetzt, auf einen atomaren Weltkrieg zugesteuert wird. Wenn man die letzten offiziellen Bekenntnisse der Westpolitiker zum „Krieg gegen Russland“ hört, kann einem wirklich Angst und Bange werden, denn offensichtlich haben die westlichen Eliten jegliche Scheu vor einem Atomkrieg verloren und provozieren Russland immer weiter und mit immer höherem Einsatz. Dabei haben sie Putins Aussage vergessen: „Wenn die Auseinandersetzung unausweichlich ist, muss man zuerst zuschlagen“. Es wird sehr ernst in den nächsten Wochen, denn bisher hat Putin seinen Worten immer Taten folgen lassen, weshalb er in vielen Ländern auch anerkannt und verehrt wird!

Auch Putin, der öffentlich erklärt hat, dass der Kapitalismus am Ende ist, wird irgendwann vor die Systemfrage gestellt werden und bis jetzt hat er da keinerlei Antworten anzubieten. Dabei drängt er aber den ausländischen und oligarchischen Einfluss in der Wirtschaft immer weiter zurück und nutzt den Sanktionskrieg zur Verstaatlichung vieler strategisch wichtiger Betriebe, indem er deren durch die Sanktionen stark abgewertete Aktien, mit Mitteln des Staates aufkaufen lässt (unter Nutzung des Staatsfonds, in den z.T. die Mehrgewinne der Öl- und Gaskonzerne eingezahlt werden).

Das Lustige ist, dass er in vielen ökonomischen Fragen den Plänen Stalins folgt, den er aber zutiefst verachtet und dies auch bei jeder Gelegenheit äußert. Er erwähnt auch nie, dass fast alle Erfolge, auf denen er aufbaut und die er übernommen hat, Stalin und dem sozialistischen System zu verdanken sind (Bildungswesen, Wissenschaft, Atomwirtschaft, Grundstoff- und Schwerindustrie, Energiesystem, starkes modernes Militär).



Er stärkt die Binnenwirtschaft und den Konsum, schafft eine breite Mittelschicht, die durchaus wohlhabend ist und nicht nur aus Beamten und Angestellten des Staates besteht. Sein Wohnungsbauprogramm ist einzigartig und die Vergabe von Wohnungen an junge Familien wird großzügig mit günstigen Hypotheken unterstützt.

Den IMK hält er unter strenger staatlicher Kontrolle und lässt keine außerordentlichen Profite zu, weshalb auch die Rüstungsausgaben trotz vieler großartiger Projekte relativ gering bleiben (und darin unterscheidet sich Russland bisher wesentlich von anderen imperialistischen Staaten) und der Westen diesmal keine Chancen hat, Russland durch Wettrüsten in die Knie zu zwingen. Eher wird es umgekehrt kommen und der Westen kann trotz zigfach höherem Rüstungsetat nicht mit der russischen Technik mithalten und rüstet sich tot. Es war kein Problem für Putin, die Wirtschaft auf Kriegswirtschaft umzustellen, mit 3 Schichten am Tag und Wochenendarbeit in den wesentlichen Betrieben. Im Westen wird man dies nicht schaffen und dem geht jetzt schon die Technik und die Munition aus und sie brauchen Jahre, um den Verbrauch in der Ukraine zu ersetzen.

Ich halte es auch für gut und richtig, dass man die traditionellen Werte wieder hochhält. Ich finde die LGBT-Werbung in D zum Kotzen, die überall, wo man hinblickt, zu sehen ist. Putins Spott über die „neuen“ Geschlechter im Wertewesten teile ich voll und ganz. Dabei stört mich sicher seine übertriebene Religiosität, denn von Gott und Heiligen halte ich gar nichts und es ist sicher ein Rückschritt, diesen ganzen alten Kram, gegen den die aufgeklärte Menschheit mehrere Hundert Jahre gekämpft hat, wieder aus der Müllecke der Geschichte hervorzuholen. Doch im Kampf gegen den Transhumanismus und die globalen Eliten sind auch die Religionen in vorderster Front.

Zu China: ich kann nicht beurteilen, ob es Weltherrschaftspläne in der chinesischen Führung gibt. Sie machen alles so, wie es ihnen der Westen vorgelebt hat, indem sie ihre Wirtschafts- und Finanzkraft voll im Interesse des chinesischen Staates ausnutzen. Ihre Methoden sind nicht eben schön, bleiben aber weit hinter denen des Westen zurück, die dieser im Verlauf der letzten 500 Jahre demonstriert hat. Außerdem hat China etwas geschafft, was kein westlicher Staat geschafft hat, denn China hat ca. 800 Millionen seiner Bürger aus der tiefsten Armut geholt. Russland macht da eine bessere

Außenpolitik und ist deshalb auch anerkannt, denn sie verhandeln wirklich auf Augenhöhe und schließen Verträge zum gegenseitigen Vorteil ab, die auch die Entwicklung der ehemaligen Kolonien beinhalten.

Du wirst es mir nicht verübeln, wenn ich für Russland und, in eingeschränktem Maß, auch für Putin bin. Der „Wertewesten“ war 60 Jahre lang mein Gegner und ich freue mich darauf, dass ich evtl. noch seinen Untergang erlebe, obwohl mir meine Verwandten und Bekannten im Westen Leid tun, doch die meisten von ihnen haben mich ausgelacht, als ich ihnen mitteilte, dass ich in den Osten ziehe und ihnen meine Gründe darlegte. Sie bleiben, wo sie sind und denken, dass es schon nicht so schlimm werden wird (das haben viele Juden 1933 in Deutschland auch gedacht und sind geblieben).

Ich war 20 Jahre lang Offizier der NVA der DDR, habe an einer sowjetischen Militärakademie studiert; war, bin und bleibe im Herzen immer DDR-Bürger und deshalb sind mir die Russen in allem näher als die gesamte westliche Gesellschaft, zumal ich 25 Jahre lang in der BRD selbständiger Geschäftsmann (Import- u. Export von und nach Belarus) war und die Fein- und Gemeinheiten des westlichen Wirtschaftssystems aus unmittelbarer Nähe erleben durfte.

**„Rache ist süß“ und „der Feind meines Feindes ist ein Verbündeter“ sind meine heutigen Lebensdevisen.**

**Wenn es eine sozialistische Alternative geben könnte, dann nur in Russland und einigen der ehemaligen Sowjetrepubliken, denn dort sind die Erinnerungen an das Leben im Sozialismus noch vorhanden und bei vielen positiv. Im „fortschrittlichen“ Westen wird sich da nichts tun, (da hatte sich Lenin schon Anfang des 20. Jahrhunderts geirrt, der dachte, dass die proletarische Revolution in Deutschland zuerst siegen wird, doch, wie heute auch, haben die Sozialdemokraten die Arbeiter verraten und deshalb siegten die Nazis ), dazu sind die Massen dort politisch viel zu ungebildet, zu träge und propagandistisch zu zugehörnt (sonst würden sie nicht „grün“ wählen und die grünen Minister auch jetzt noch für gut halten).**

Mit sozialistischem Gruß und Rot Front, Dein Günterowitsch

## **Joachim Becker: Strittige Auseinandersetzungen zu Russland und China**

In der Kommunistischen "Bewegung" gibt es gegenwärtig unterschiedliche, strittige Auseinandersetzungen zu Russland und China. Es gibt Genossinnen und Genossen, die Russland als "anti-imperialistisch" einschätzen und auch "auf dem Weg zum Sozialismus" sehen, die Putins Russland mit der ehemaligen Sowjetunion gleich setzen. Offen bleibt dabei die Frage, ob damit die sozialistische SU Lenins und Stalins oder die revisionistische SU unter Chruschtschow, Breschnew bis Gorbatschow gemeint ist. Und auch China wird "auf dem Weg zum Sozialismus" gesehen.

Nun hat der Genosse Marc Galwas eine sehr gute, aufschlussreiche Arbeit vorgelegt. Bleibt zu wünschen, dass diese zur Klärung der Verhältnisse in Russland und China beitragen kann.

### **Aus einem zweiten Leserbrief des Genossen Becker:**

Zur Ukraine: Für mich ist die Ukraine zum Spielball der Imperialisten geworden. Wieder einmal haben die Arbeiterklasse und die anderen ausgebeuteten Schichten, nicht nur in der Ukraine, unter dem Krieg zu leiden. Daher beziehe ich als Kommunist und Antiimperialist weder Position für den EU/US/NATO-Imperialismus noch für den russischen Imperialismus. Für uns Kommunisten gilt es nicht nur die Imperialisten im eigenem Land, sondern den Imperialismus weltweit zu bekämpfen.

Joachim Becker

## **Jens Röstel: ...ist ja echt der Hammer**

Guten Morgen Frank, habe nun auch das Heft 1-2023 durch. ist ja echt der Hammer, was hier über China so im Detail zu lesen ist. Dass es Unstimmigkeiten und etwaige Abweichungen gab, war mir schon bekannt, doch das diese in der Unterstützung der Imperialisten dieser Welt mündeten, war mir bis jetzt nicht bewusst. Da erscheinen einen auch die Ereignisse um 1989 in Peking bzw. die politische Annäherung der DDR an China in einem neuen Licht.

Mkg, Jens

## Jugendtreffen der KPD

Die Jugend der KPD lädt alle jungen Kommunistinnen und Kommunisten, sowie Interessierte zum Jugendtreffen der KPD ein.

Das Jugendtreffen wird  
**am Wochenende vom 26.08. –27.08.2023 in Berlin**

stattfinden.

Thema: Faschismus und Antifaschismus.

Unkostenbeitrag: 10€

Weitere Informationen folgen.

Bei Interesse meldet Euch per Mail bei: [jugend@k-p-d.org](mailto:jugend@k-p-d.org).

Wir werden eine Telegramm-Gruppe für die Kommunikation unter den teilnehmenden Genossinnen und Genossen einrichten.

Wir freuen uns auf ein lehrreiches und unterhaltsames Wochenende mit Euch!

Jugend der KPD

### **Impressum**

#### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,  
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com), Homepage: [www.offen-siv.net](http://www.offen-siv.net)

#### Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

---

#### Absender:

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,  
37194 Bodenfelde-Wahmbeck

Postvertriebsstück,

DPAG, H 14360

Entgelt bezahlt

